Heute: Genossenschaftswahl Weißenfels (Seite 10)

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Leipzigerstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Leipzigerstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22261. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 28. September 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 228

Tarifkündigung im Bergbau sabotiert

Reformistische Zustimmung zur Kohlenpreiserhöhung — Die Unternehmer gehen zum Angriff über
Soll es so weiter gehen? — Verhindert Verschleppung und Sabotage!

Das wachsende Mißtrauen, das in den Belegschaften der mitteldeutschen Braunkohlenbetriebe um sich greift, war nur allzu berechtigt. Die reformistische Verbandsführung hat bisher nicht nur den offenen Kampf, nicht nur den Streik, sondern auch ihre eigene mit großem Tamtam aufgezogene Aktion, die Einreichung der Kündigungen, sabotiert.

Die „Leipziger Neueste Nachrichten" vom 28. September bringen heute folgende Nachricht, die die Situation beleuchtet:

„Wie der D. H. D. von gut unterrichteter Seite erfährt, ist damit zu rechnen, daß die Streikbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, die von den Gewerkschaften in Szene gesetzt worden ist, im Sande verläuft. Der Schlußtermin, der für die Einsammlung von Kündigungszetteln gestellt worden war, ist mit dem Montag abgelaufen. Die Zettel sind den Bergwerksdirektionen nicht eingereicht worden, sondern liegen bei den Gewerkschaften. Bestätigt wird man in dieser Ansicht dadurch, daß die Funktionärversammlungen ebenfalls abgesagt worden sind." (!!)

Und die örtliche sozialdemokratische Presse bestätigt diese Tatsachen. Der „Volksbote" vom 27. d. M. bringt eine gewerkschaftsoffiziöse Mitteilung, in der er heißt, daß die endgültige Entscheidung über die Kündigung erst einer am 2. Oktober stattfindenden mitteldeutschen Funktionärkonferenz vorbehalten bleibt.

Auf den am 4. September stattgefundenen Konferenzen hieß es: „Im Falle der Ablehnung der gestellten Forderungen beschließt die Konferenz, die Kündigung der Arbeitsverträge durchzuführen."

Die Bergarbeiter haben es als selbstverständlich erachtet, daß die Kündigung sofort nach dem Abschluß der Unterschriftenkampagne erfolgen wird.

Das ist nicht geschehen!

Eine neue, gesiebte, diktatorisch zusammengesetzte Konferenz wird einberufen.

Inzwischen wird verhandelt, kuhhandelt über Preiserhöhung.

Die Unternehmer triumphieren.

Jede Woche, jeder Tag der Verschleppung ist für sie Gewinn.

Heute ist es klar: Die reformistische Verbandsführung will auf der am 2. Oktober stattfindenden Konferenz jede Kampfaktion abwürgen!

Und Ihr, Bergarbeiter? Wollt Ihr wieder nachher zu der bitteren Einsicht kommen: „Wir sind betrogen worden?"

Erhebt Eure Stimme bis zum 2. Oktober: Protestiert gegen die Sabotage des Kampfes. Es hängt von Eurer Energie, von Eurem selbständigen Willen ab, ob der Verrat noch verhindert werden kann.

Es ist nicht viel Zeit zu verlieren!

Betriebe in Front!

Scharfmacher vorstoß gegen die Bergarbeiter

Sie kündigen selbst — Die Folgen der reformistischen Verschleppungspolitik

Wie wir erfahren, wurden in der Grube Kamerad (Naundorf) 32 Bergarbeiter gekündigt. Dieser Vorstoß der Unternehmer zeigt deutlich, daß die weitere Kampfsabotage für die Arbeiterschaft nur die katastrophalsten Folgen haben kann. Die Unternehmer werden versuchen, die klassenbewußten Bergarbeiter, die sich für die Durchführung der Kündigungsaktion und für den offenen Kampf einsetzten, nacheinander herauszuschmeißen, die Kampffront zu zerreißen, die Belegschaften zu zermürben. Die bisherige schlappe, schwankende, kampfscheue Haltung der Verbandsführung ermutigt die Unternehmer zu immer kreischeren Vorstößen. Zieht die Lehren und handelt, so lange es nicht zu spät ist, um eine schwere Niederlage der Arbeiter zu verhindern!

Schandschiedsspruch im Rheinland

(WTB.) Köln, 27. September.

In der Lohn- und Arbeitszeitbewegung der Rheinischen Braunkohlenbergarbeiter sind die Verhandlungen mit einem Schiedsspruch beendet worden, der u. a. die bisherige Regelung der Arbeitszeit (9-Stunden-Tag) mit dem 1. Oktober 1927 wieder in Kraft setzt. Vom 2. Januar 1928 ab werden die Arbeitszeit und die Schichtzeit um je eine halbe Stunde verkürzt. Die Schichtzeit soll vom 2. April ab eine weitere Verkürzung von einer halben Stunde erfahren, während die Arbeitszeit von 8½ Stunden bestehen bleibt. Die Parteien haben sich zu dem Schiedsspruch bis zum 3. Oktober 1927, mittags 12 Uhr, zu erklären.

Vor der Generalaussperrung in Solingen

(WTB.) Solingen, 27. Sept.

Der Arbeitgeberverband für die Solinger Metallindustrie hat den Schiedsspruch des staatlichen Schlichters abgelehnt. Auch die Abstimmung in den Gewerkschaften ergab eine übergroße Mehrheit für die Ablehnung. Es ist für Donnerstag kommender Woche die Gesamtaussperrung zu erwarten, wenn bis dahin der Reichsarbeitsminister nicht in den Lohnstreit eingreift.

*

Der DMV.-Hauptvorstand verlangte eine Urabstimmung über den Elendsschiedsspruch von 5 Prozent Lohnerhöhung. Wird die Sabotage des Kampfes nun endlich aufhören?

Straße frei für das Proletariat!

Das Demonstrationsverbot für Breslau aufgehoben
Fort mit der Polizeidiktatur in Halle

In Breslau war ein Demonstrationsverbot für alle politischen Organisationen ausgesprochen worden. Dieses Verbot ist ausgerechnet am 24. September, kurz vor Hindenburgs Geburtstag, aufgehoben worden, wie folgendes Schreiben beweist:

Der Polizeipräsident. Breslau, den 24. Sept. 1927.
K. P. N. Nr. 2032/27.

Verfügung.

Die Verfügung vom 18. 8. cr. betr. Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel usw. wird mit Wirkung vom 26. 9. 27 hiermit aufgehoben.

gez. Kleibömer.

Beglaubigt:
Weiß, Krim.-Sekretär.

Damit hat der Breslauer Polizeipräsident gerade noch rechtzeitig den reaktionären Organisationen die Möglichkeit gegeben, am kommenden Sonntag für ihren Hindenburg zu demonstrieren. Denn der 2. Oktober wird überall von der Reaktion zu Kundgebungen nicht nur für Hindenburg, sondern besonders auch gegen die Republik und für die politische, soziale und kulturelle Reaktion ausgenutzt werden.

An solchen Tagen ist es selbstverständlich, daß die revolutionäre Arbeiterschaft auch hinausgeht auf die Straße, um der Reaktion zu zeigen, daß sie nicht gewillt ist, sich so ohne weiteres in die Mauselöcher werfen zu lassen. Darum haben in vielen Städten Deutschlands die verschiedenen Organisationen unter Führung der Kommunistischen Partei zu Kundgebungen und

Demonstrationen gegen den Hindenburg-Rummel

aufgerufen. Zu dieser selbstverständlichen Handlung ist der hallischen Arbeiterschaft der Weg durch das Verbot Oexles abgeschnitten worden. Trotzdem schon lange die Begründung des Verbotes vollkommen zusammengebrochen ist und trotzdem die Notwendigkeit des breitesten Massenaufmarsches gegen die Bürgerblockreaktion auch den Republikanern à la Oexle, Dubiel und Grützner so langsam klar geworden sein sollte, halten sie das Verbot von Demonstrationen und Umzügen für die KPD., RFB. usw. aufrecht.

Das bedeutet praktisch, daß diese strammen Republikaner Halle am 2. Oktober rest- und kampflos der Reaktion ausliefern. Damit kennzeichnet sich wiederum der Sozialdemokrat Grützner nebst den anderen Polizeihäuptern zu Helfershelfern der Reaktion.

Sie werden dulden, daß die monarchistischen Verbände jeden Klimbim, zu dem sie sich in der Lage fühlen, aufziehen, und sie werden umgekehrt, jeden Versuch der Arbeiterschaft, dem entgegenzutreten, mit dem Gummiknüppel zu ersticken versuchen.

Was sagt dazu die SPD.-Arbeiterschaft? Was sagen dazu die Betriebe und Gewerkschaften? Wollen sie diesem Treiben ruhig zulehen und damit auch zu Helfern der Reaktion werden — oder wollen sie mit aller Macht und gemeinsam mit uns Sturm laufen gegen diese niederträchtige Polizeidiktatur?

Für klassenbewußte Arbeiter gibt es nur eine Antwort:

Wir steigern überall den Kampf gegen das schändliche Demonstrationsverbot!

Das ist ein Geschäft!

Halle, 28. September.

Eine schwüle Stimmung im mitteldeutschen Bergbau . . . Die Bergarbeiter führen die Kündigungsaktion durch: aber die einfache gesunde Denkweise der Kumpels kann die Verschleppungsmanöver nicht begreifen. In den Gruben hat man Taten erwartet: statt dieser hört man Worte, Worte und immer Worte! Zuweilen arbeitsgemeinschaftliche Phrasen, zuweilen sehr radikale Phrasen, zuweilen üble Kommunistenhetze — aber immer nur Worte . . .

Man streitet über Preis und Lohn. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 27. September berichtet vom „Einlenken der Bergarbeiterorganisationen in der Preisfrage". Will das heißen, daß die Bergarbeiterverbands-Bureaukratie mit einer Preiserhöhung im stillen sich einverstanden erklärt? Das würde bedeuten, erstens, daß die Lohnerhöhung den Arbeitern durch Preiserhöhung wieder genommen wird. Das hieße, den Preiswucher zu unterstützen und damit an der Senkung der Reallöhne mitzuwirken.

*

Wie steht es mit den Profiten im Braunkohlenbergbau? Die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 27. September bringt Angaben, die schon sicherlich im Interesse der Unternehmer frisiert, gefälscht wurden. Und trotzdem! Welche Eingeständnisse! Welches Bild von der Glanzkonjunktur, von der steigenden Ausbeutung! So heißt es im Bericht:

„Der Betriebsgewinn hat im Verhältnis zur Absatzentwicklung sich günstig gestaltet, da er bei den meisten Firmen eine steigende Tendenz aufweist . . .

Gewaltige Steigerung der Leistung pro Kopf und Schicht in Mitteldeutschland:

Der Förderanteil stieg im Tiefbau von 1924 mit 3,03 Tonnen auf 3,70 Tonnen in 1926, von 4,74 Tonnen auf 6,43 Tonnen im Tagebau.

Diese gewaltige Steigerung der Förderung ging Hand in Hand mit einem brutal durchgeführten Massenabbau.

Die Zahl der Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland betrug:

1924	1925	1926
57 998	49 732	41 850

Massenabbau — Massenmord — Massenprofit . .

„Der Reingewinn" — heißt es weiter im Bericht — „zeigt eine leicht steigende Tendenz . . ."

Es ist interessant, zu erfahren, was für die Unternehmer eine „leichte" Steigerung bedeutet. Der Reingewinn pro Tonne Kohle betrug:

	1924	1925	1926
Anhaltische	0,13	0,30	0,42
Riebeck	0,37	0,37	0,53
Werschen-Weißenfels	0,70	0,82	0,89

Das nennt man „leichte" Steigerung! Und dazu kommt, daß die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sich noch viel günstiger gestalten! Mit zynischem Hohn bemerkt die „Bergwerkszeitung": „Bei dem bisherigen guten Einvernehmen (!!), das gerade in der Braunkohlenindustrie zwischen Arbeiterschaft und Betriebsleitung herrscht, wird man annehmen können, daß die Frage auf eine für beide Teile zufriedenstellende Art geregelt wird."

Die wahren Absichten der Braunkohlenbarone gehen aus den neuen Geheimverhandlungen über Preiserhöhung hervor.

Wir aber sagen: schärfsten Kampf gegen jede Koppelung der Preis- und Lohnerhöhung!

*

Es gilt zu begreifen: wir führen den Kampf nicht nur für die höheren Löhne, sondern gegen den Lohnraub überhaupt. Und jede Verringerung des Lohnanteils durch Massenabbau, aber auch jede Preiserhöhung ist Lohnraub!

Wie verhält sich zu diesen Grundsätzen der proletarischen Wirtschaftskämpfe die Verbandsbureaukratie?

Lippenbekenntnis gegen die Preiserhöhung — Hintertüre für eine Zustimmung. Das ist die Politik der reformistischen Verbandsleitung.

Der Bergarbeiterverband erklärt in einer Mitteilung an die SPD.-Presse mit einer kaum zu überbietenden Diplomatie:

„Haben die Unternehmer die zuständigen Stellen unter Vorlage unanfechtbaren Materials überzeugt, daß ohne Preis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0001

erhöhung die Forderung der Belegschaften nicht durchgeführt werden kann, und bleibt der Reichswirtschaftsminister trotzdem bei der bisherigen Auffassung, daß eine weitere Belastung für den Braunkohlenbergbau, also auch eine Lohnerhöhung, nicht tragbar ist, **dann muß seine Haltung zur Preisfrage anders werden als bisher.** Das bisherige Hin und Her erscheint uns als ein allzu durchlässiges Spiel der Unternehmer und des Reichswirtschaftsministeriums, dem endlich ein Ende gemacht werden muß."

Mit anderen Worten: Die Reformisten **halten es für möglich,** daß ein solches „unanfechtbares" Material, das die Notwendigkeit von Preiserhöhung **beweisen soll,** vorgelegt werden kann. Sie gehen auf das Betrugsmanöver des Braunkohlenkapitals ein. Sie geben ihnen direkt einen „guten Tip". **Und verlangen auf dieser Grundlage der Preiserhöhung eine Lohnerhöhung!**

Ist es überraschend, wenn unter diesen Umständen die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom Einlenken der Bergarbeiter spricht?

Tatsache ist, daß die „Deutsche Bergwerkszeitung" von der Kapitulation der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie schon Kenntnis hatte, bevor **die** sozialdemokratischen Arbeiter davon etwas erfahren durften.

Der reformistische Betrugsplan enthüllt sich immer deutlicher.

Wir warnen!

Die Monarchisten befehlen — die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gehorchen

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 28. September.

Der Aufruf der Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg zu einer Gegendemonstration gegen den Hindenburg-Rummel am 2. Oktober hat auf die Hindenburg-Anhänger von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wie eine Bombe gewirkt. Der Aufmarsch der Arbeiterschaft gegen die imperialistischen Kriegshetzer soll, **wie die „Rote Fahne"** aus sicherer Quelle erfährt, unter allen Umständen **verboten** werden. Das Organ des Grafen Westarp, die „Kreuzzeitung", schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe:

„Die Kommunistische Partei ruft in der „Roten Fahne" zu einer Massendemonstration gegen den Hindenburg-Aufmarsch des Bürgerblocks um 1½ Uhr im Lustgarten auf.... Unter roten Fahnen soll der Aufmarsch vor sich gehen. Es ist zu erwarten, daß das Polizeipräsidium die Demonstration, über deren provozierenden Charakter kein Wort verloren zu werden braucht, verbietet."

Die „Rote Fahne" teilt dazu weiter mit, daß in einer Berliner Journalistenkonferenz, die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel einberufen worden ist, offiziell mitgeteilt wurde, daß ein Verbot der kommunistischen Demonstration sicher sei. **Das Verbot werde aber so spät bekanntgegeben, daß eine Gegenaktion der Kommunisten erschwert wird.** Den bürgerlichen Journalisten wurde empfohlen, die Aufforderung der KPD., wie überhaupt die Gegenaktion gegen den Hindenburg-Aufmarsch, stillschweigend zu übergehen. Die „Rote Fahne" schreibt zu diesem geplanten sozialdemokratischen Schandstreich:

„Es soll ihnen nicht gelingen, die Arbeiterschaft kann sich den imperialistischen Aufmarsch des Bürgerblocks und seiner Garden nicht bieten lassen. Die Betriebe haben nun das Wort. Es soll den sozialdemokratischen Parteiinstanzen, sowie den Herren Zörgiebel und Grzesinski bedeutet werden, daß die Arbeiterschaft sich das Recht auf die Straße nicht nehmen läßt."

Arbeiterdemonstrationen werden verboten

(Eig. Meldg.) **Berlin,** 27. September.

In Witzenhausen in der Provinz Hessen-Nassau verbot die Polizeiverwaltung eine öffentliche Veranstaltung des Roten Frontkämpfer-Bundes, die für den 2. Oktober geplant war, da der RFB. eine Organisation sei, die die bestehende staatliche Ordnung, ihre Einrichtung und ihre Träger bekämpften. Am 2. Oktober müsse Hindenburg als des Staatsoberhauptes würdig gedacht werden. Es sei eine empfindliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten, selbst wenn die Demonstration nicht als Demonstration gegen die staatliche Ordnung und das Reichsoberhaupt gedacht sei. Das gelte **auch** für den am 1. Oktober abends geplanten Zapfenstreich.

Die Republikaner bilden Spalier

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Die deutschen Demokraten ehren den höchsten Repräsentanten der deutschen Nation, das erwählte Oberhaupt der deutschen Republik und zeigen an diesem Tage die Reichsfarben Schwarzrotgold. Flaggen heraus!" Die Deutsche Demokratische Partei von Groß-Berlin beteiligt sich am Sonntag an der Spalierbildung zu Ehren des Reichspräsidenten — der zufällig Hindenburg heißt und seinem Kaiser Treue geschworen hat.

Um die neue Besoldungsordnung

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 27. September.

Die Entwürfe zur neuen Besoldungsordnung liegen jetzt vor. Sie enthält Gruppengehälter und Einzelgehälter. Die Gruppengehälter umfassen 11 Gruppen. Die Reihenfolge ist umgekehrt gegenüber dem heutigen Zustand. Die Gruppengehälter beginnen mit Gruppe 1 von 8400 bis 12 600, in der sich u. a. Ministerialräte, Senats und Gerichtspräsidenten befinden. Sie endigen mit Gruppe 11 mit 1500 bis 2200 für Amtsgehilfen bzw. 1500 bis 2100, bei einem Wohnungsgeldzuschuß von 336 bzw. 528 Mark.

Die Beamten der Schutzpolizei sind besonders in 10 Gruppen eingestuft. Ein Polizeiwachtmeister erhält von 1410 bis 1860 Mark.

Die Wohnungsgeldzuschüsse erhöhen sich statt 10 auf 20 Prozent. Verheiratete weibliche Beamte erhalten nur die Hälfte, Ledige, die der nächstniedrigen Tarifklasse. Die Kinderbeihilfen betragen künftig einheitlich 240 Mark jährlich. Die Frauenzulagen sind in Fortfall gekommen. — Wir kommen darauf zurück.

Kommunistische Landtagsabgeordnete sind vogelfrei

(Eig. Meld.) **Magdeburg,** 27. Sept.

Heute fand vor dem Erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen den Genossen Grube statt, als verantwortlicher Redakteur unserer „Tribüne". Er war angeklagt wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wegen Veröffentlichung des bekannten „Hundegedichts". Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Nach anderthalbstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet auf fünf Monate Gefängnis und Vernichtung der Platten.

Die Immunität des Genossen Grube, der preußischer Landtagsabgeordneter ist, war bereits im Juni wegen dieser Anklage aufgehoben worden, da es sich „um einen besonders krassen Fall handele"

Der Endkampf um das Schulgesetz beginnt

Das Reichsschulgesetz vor dem Reichsrat. Der zuständige Ausschuß des Reichsrats wird sich, wie der „Zeitungsdienst" mitteilt, zum ersten Male am 3. Oktober mit dem Reichsschulgesetzentwurf und den preußischen „Abänderungsanträgen" beschäftigen. Die Berichterstattung hat der preußische Ministerialdirektor Kästner übernommen. Die Ländervertreter haben zugesagt, bis zu diesem Termin Instruktionen ihrer Regierungen zu den preußischen Abänderungsanträgen einzuholen.

Vorstöße gegen die Schulreaktion

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 28. September.

Im Preußischen Staatsrat, der heute zusammentritt, hat Genosse Meyer im Auftrage der kommunistischen Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem das Staatsministerium ersucht wird, im Staatsrat sofort über die vom Staat eingereichten vorbereitenden Anträge zum Schulgesetz Auskunft zu erteilen. Weiterhin wird darin gefordert, daß die Vertreter Preußens im Reichsrat angewiesen werden, gegen das Schulgesetz zu stimmen.

Die mißglückte Sensation

Der „Volksbote" hat wieder mal eine feine Sache gegen die Kommunisten entdeckt. Wenigstens glauben das die Herren Redakteure.

Sie veröffentlichten gestern ein Bild von Offizieren der Roten Armee, die an den Reichswehrmanövern bei Naumburg teilgenommen haben sollen und schreiben dann wörtlich weiter:

„Das Bild bestätigt, wie die Sowjetgranatengeschäfte, die enge Verbindung zwischen Roter Armee und Reichswehr..."

Künstler, der den Sowjetgranatenschwindel begonnen hatte, konnte trotz großmäuligster Ankündigung, daß er Beweise dafür erbringen wollte, keinen einzigen vor Gericht erbringen. Jetzt soll das Manöverbild zum Beweis dafür dienen!

Arme Gauner! Jedes politische Kind weiß, daß es unter Regierungen, die sich nicht gerade offen feindlich gegenüberstehen, üblich ist, nicht nur Diplomaten, sondern auch militärische Vertreter gegenseitig zu entsenden. Und so sind nicht nur sowjetrussische Offiziere zu den deutschen, sondern auch deutsche Offiziere zu den sowjetrussischen Manövern gefahren.

Schade, daß der „Volksbote"-Redaktion das letztere entgangen ist. Es wäre endlich wieder mal ein zugkräftiges Argumen: gegen den „Klassenkampf" gewesen...

Ein Kulturfortschritt

ist es, wenn es Dir gelingt, immer mehr von Deinen Kollegen und Nachbarn davon zu überzeugen, daß die bürgerliche Presse Gift ist, die den arbeitenden Menschen verdummt und ablenkt von den Aufgaben, die uns die Geschichte stellt. Nur die kommunistische Presse klärt auf, schult, berichtet die Wahrheit und erzieht zum Kampf in den Reihen der KPD., auch gegen Religion und Kirche, für Weltlichkeit der Schulen.

Endlich ein sozialistischer Aufruf gegen den Terror in Litauen

(Eig. Meldg.) **Berlin,** 27. September.

Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner Abendausgabe endlich einen Aufruf der Soz. Arb.-Int. an die Arbeiterschaft Litauens, in dem es u. a. heißt: „... Der Kriegszustand ist permanent, seit die Diktatur besteht. Jede Form von Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit ist vernichtet. Ein Dutzend Gewerkschaftsverbände wurden aufgelöst... Unter diesen Umständen ist es nur selbstverständlich, daß es immer wieder zu Versuchen kommen muß, die Usurpatoren der Macht mit jenen Mitteln zu stürzen, die sie selbst angewendet haben. Der Versuch, den die Arbeiter und Bürger in Tauroggen unternommen haben, um die Demokratie wieder herzustellen, ist gescheitert. Ihr sollt aber wissen, daß trotz alledem die Sozialistische Arbeiter-Internationale Euch nach besten Kräften zu unterstützen trachten wird, daß sie das wahre Gesicht der Verbrecher der europäischen Oeffentlichkeit zum Bewußtsein bringen wird..."

*

Dieser Aufruf ist die Jämmerlichkeit selber. Diese „große Internationale" hat weiter nichts zu tun, als „der europäischen Oeffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen", daß in Litauen der faschistische Terror herrscht, das weiß die „Oeffentlichkeit" schon lange, aber was sie dagegen tun soll, hat ihr die Sozialdemokratie nicht verraten. Diese Leute haben in den Regierungen der verschiedensten Länder, in Preußen, in Sachsen, in Belgien usw. ihre Parteigenossen sitzen, sie haben die größten Gewerkschaften der Welt in den Händen, sitzen in Genf, im internationalen Arbeitsamt — und keine dieser Positionen haben sie ausgenutzt auch nur zu einem papierenen Protest gegen die litauischen Henker!

Da kann auch dieser Aufruf nichts anderes sein als eine infame Heuchelei zur Beruhigung der sozialdemokratischen Arbeiter. Oder befürchtet man, daß energische Maßnahmen gegen die litauischen Henker diese zu der Antwort veranlassen könnte:

Was wollt Ihr, wir haben erst von Eurem Noske und Maerker, von Hörsing, Severing und Wabler gelernt.

Vor dem Verkehrsstreik in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 28. September.

Heute vormittag haben die Abstimmungen der Straßenbahner begonnen, durch die entschieden werden soll, ob der letzte Vergleichsvorschlag angenommen wird oder ob durch Streik neue Vereinbarungen erkämpft werden sollen. Heute vormittag haben die Straßenbahner der Nachtschicht abgestimmt, heute abend werden die Kollegen, die am Tage gefahren sind, ihre Entscheidung zu treffen haben. Die Abstimmung wird sich bis in die späten Nachtstunden hinziehen, so daß eine Auszählung erst im Laufe des Mittwoch vormittag möglich sein wird.

Zum Streikbeschluß müssen 75 Prozent aller Beschäftigten abstimmen. Gezählt werden nur die Zettel, auf denen ausdrücklich „Streik" steht.

Bei der Aboag haben heute vormittag die Verhandlungen über den Neuabschluß eines Manteltarifs begonnen. Auch hier fordern die Arbeiter eine Neuregelung der Arbeitszeit, Verbesserung des Urlaubs, Erhöhung des Zuschusses zum Krankenlohn.

Das Ergebnis der Urabstimmung bei den Straßenbahnern über Streik oder Arbeit liegt noch nicht vor. Für die Stimmung unter den Straßenbahnern ist jedoch folgendes Ergebnis bezeichnend. Straßenbahnhof Müllerstraße haben von 730 Abstimmungsberechtigten 612 für den Streik und nur 41 für Arbeit gestimmt.

Zehn Tage zu spät!

Verspätet

Die heute Nachmittag 3 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Louise, geb Schwickart, von einem muntern und kräftigen Söhnchen, beehrt sich, statt jeder besondern Meldung, ganz ergebenst anzuzeigen

Benckendorff von Hindenburg, Lieutenant und Adjutant.

Posen, den 2 Oktober 1847

Bei seiner Geburt: zehn Tage zu spät bringt gegen Bezahlung die Tante „Voß" die frohe Botschaft von dem munteren Leutnantsjungen.

Nach achtzig Jahren: zehn Jahre zu spät kommt er auf einen Thron . . . und regiert, als lebten wir noch vor dem November 1918.

Dieses Mißverständnis der Zeit wird ihm noch manchen „Freund" verschaffen.

Hermann Gorter gestorben

Am 15. September ist in einem Hotel in Brüssel, wo er auf der Durchreise von der Schweiz nach Holland Aufenthalt genommen hatte, der holländische Marxist und Dichter Hermann Gorter plötzlich gestorben.

Hermann Gorter gehörte zu den Begründern der neueren holländischen Literatur. „Mai", „Ein kleines Heldengedicht", „Pan" und andere Werke werden seinen Namen unvergeßlich machen.

Aber größer noch war Gorters Bedeutung als revolutionärer Marxist. Im Jahre 1898 schloß er sich zugleich mit der Schriftstellerin Henriette Roland-Holst der sozialdemokratischen Bewegung an. Von den ersten Tagen an stand Gorter mit in der vordersten Reihe im Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus. Im Jahre 1909 wurde er Mitbegründer der Partei der revolutionären Sozialdemokraten und 1914 stand er mit den revolutionären Elementen der Internationale im schärfsten Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Mehr noch als durch seine revolutionären Dichtungen wirkte Gorter durch seine populären marxistischen Propagandaschriften und Abhandlungen. Sein Büchlein über den „Historischen Materialismus" hat auch in Deutschland Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitern im Sumpfe der Bernsteinerei und des Reformismus den richtigen Weg gewiesen. Seine klassischen Propagandaschriften: „Die Grundprinzipien der Sozialdemokratie", „Marxismus und Revisionismus", „Imperialismus, Weltfrieden und Sozialdemokratie", „Die Weltrevolution" sind auch heute noch lesenswert.

Im Jahre 1917 begrüßte Gorter mit großer Begeisterung die russische Revolution und die Errichtung der Sowjetmacht. Aber später entfernte er sich wieder von der Kommunistischen Internationale. Auf Lenins Broschüre über die „Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus" antwortete er mit einem Offenen Brief, in dem er seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der agitatorischen Arbeit in Parlamenten und Gewerkschaften zu begründen versuchte. So geriet Gorter mehr und mehr ins syndikalistische Fahrwasser, bis er sich gänzlich aus dem politischen Kampf zurückzog, um sich ausschließlich theoretischen und literarischen Arbeiten zu widmen, die noch nicht veröffentlicht worden sind.

Hermann Gorter stand zwar nicht im Lager des Kommunismus — aber niemals hat er irgendeine Gemeinschaft gehabt mit den berufsmäßigen Verleumdern der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale von der Art der Stampfer. Sein ganzes Leben hat Gorter dem Kampfe der Arbeiterschaft gewidmet mit der ganzen Hingabe, deren er fähig war. In glühenden Dichtungen hat er dem Leid der Arbeiterklasse und seinem Kampfeswillen erschütternden und starken Ausdruck verliehen. Jahrzehntelang wirkte er zugleich als eifriger Lehrer und Propagandist, der einen großen Teil der heutigen erwachsenen Generation der revolutionären Marxisten in die schwierigsten Fragen des historischen Materialismus und der Dialektik eingeführt hat. Darum wird sein Name in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung unvergessen bleiben.

Politische Randbemerkungen

„Bombenerfolge" der Hindenburg-Spende

Ganze 613.10 Mk. haben die Leser der „Halleschen Zeitung", des Leib- und Magenorgans der Stahlhelmmeute von Mitteldeutschland, bisher zur Hindenburg-Spende beigetragen. Mit diesem Ergebnis können sich diese Leute wirklich sehen lassen! Die Herren Studienräte, Direktoren, Oberbeamte, Kraut- und Schlotbarone verdienen ja so wenig, daß es ihnen schwer fällt, ihrem vaterländischen Gefühl die Tat folgen zu lassen.

Das sind die „Linken"

Daß sich die linken Sozialdemokraten in nichts unterscheiden von Kleinbürgern, daß auch sie voll und ganz aufgehen in spießbürgerlicher Vereinsmeierei, beweist allein schon folgendes Inserat, das wir in riesiger Aufmachung im „Volksbote" fanden:

Frauengruppe der SPD. Weißenfels
Donnerstag, 29. September, abends 8 Uhr, im „Tivoli"
Frauenversammlung.
Tagesordnung: Bericht von der Reichs-Frauenkonferenz und der Tagung der Arbeitswohlfahrt. Anschließend: **Gemütliche Kaffeestunde.** Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen wird erwartet. **Der Vorstand.** J. A.: **Wackwitz.**

Gemütliche Kaffeestunden, das ist wirklich etwas, was eine Arbeiterpartei in heutiger Zeit zu lösen hat!

Wenn sie es wünschen . . .

Sierra Leone ist eine englische Kolonie in **Westafrika** an der Küste von Ober-Guinea. Dort herrscht nicht nur immer noch die Sklaverei, sondern auch die Jagd auf entlaufene Sklaven durch Militär und Gendarmen. Jetzt endlich hat sich die englische Regierung dazu bereit erklärt, den Gouverneur der dortigen Kolonie zu beauftragen, eine Verfügung zu erlassen, daß „vom 1. Januar 1928 an die 220 000 Sklaven der Kolonie, wenn sie es wünschen sollten, ihre gegenwärtigen Herren verlassen dürfen". Diese Art der Aufhebung der Sklaverei ist eine elende Heuchelei der frommen englischen „Kulturträger". Lauf, Sklave, in Steppe und Sonnenbrand und verhungere, dann bist Du ein — freier Mann. Ein Rezept, das sicherlich den Chamberlains im Völkerbund empfohlen worden ist.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt!

Der Hindenburg-Rummel wird auch im Auslande groß aufgezogen. In allen großen Städten Amerikas, in Chikago, Neuyork, veranstalteten die deutschen Klubs große Hindenburg-Feiern, in denen die Generalkonsule nationalistische Reden hielten.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland wurden wieder aufgenommen.

Die Zentrale der russischen Emigrantenorganisation in Paris hat an Pilsudski ein Schreiben gerichtet, in welchem sie gegen die Ausweisung russischer Emigranten aus Warschau und Wilna Klage führt. Bekanntlich erfolgten diese Ausweisungen infolge der Ermordung des Sowjetgesandten Woikow durch den russischen Emigranten Kowerda.

Nach Moskau sind aus dem Auslande die Vertreter des Staatlichen Bauamts für die chemische Industrie „Chimstroj", Dugow, Juschkewitsch und Gladkow zurückgekehrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0002
DFG

Briand „demonstriert" gegen Hindenburg

Plötzliche Abreise aus Genf — Stresemann macht einen Rückzug und läßt Hindenburg fallen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 28. September.**

Die plötzliche Abreise Briands aus Genf hat großes Aufsehen erregt, zumal noch vorgestern abend durch eine vom französischen Außenamt bestätigte „Havas"-Meldung seine Abreise auf frühestens Dienstag angekündigt wurde. An der Sitzung des Völkerbundsrates, die gestern nach Schluß der Vollversammlung stattfand, hat Briand nicht teilgenommen. Ueber den Grund seiner Abreise liegen nur Vermutungen vor. Einige Pressevertreter wollen wissen, daß Briand durch Poincaré aufgefordert worden sei, plötzlich abzureisen und daß seine Abreise eine von Poincaré versteckte Demonstration gegen Deutschland sei.

Ueber den Gegenstand der vorgestrigen Unterredung zwischen Stresemann und Briand liegen ebenfalls keine genauen Nachrichten vor. Der „Matin" berichtet, daß Stresemann einige Erklärungen zur Tannenberg-Rede Hindenburgs abgegeben habe, die Briand befriedigt hätten. Ferner seien die Folgen des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion besprochen worden.

Nachmittags trat der neue Völkerbundsrat zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Danziger Westerplattenfrage und die Frage der Abrüstung. Die Verhandlungen über die Westerplattenfrage wurden auf Antrag Stresemanns vertagt. Zur Frage der Abrüstung wurde die von der Völkerbundsversammlung angenommene Kompromißresolution vom Rat bestätigt. Der Absatz, in dem Methoden vorgeschlagen werden zur Beschleunigung der Herbeiführung von Entscheidungen bei auftretenden Konflikten, wurde auf die Septembertagung vertagt.

Die technischen Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz sollen so beeinflußt werden, daß die vorbereitende Abrüstungskommission Anfang nächsten Jahres in der Lage ist, ein Programm für die allgemeine Konferenz aufzustellen.

Der Völkerbund vertagt

(Eig. Meld.) **Genf, 27. September.**

Die heutige Völkerbundsversammlung beschäftigte sich mit der Kodifizierung des internationalen Rechts, mit der Vorbereitung der geplanten Haager Konferenz, für die die Tagesordnung wie folgt festgelegt wurde:

1. Staatsangehörigkeit.
2. Territoriale Gewässer.
3. Die Verantwortlichkeit der Staaten für Schädigungen, die auf ihrem Gebiete dem Leben oder dem Eigentum von Ausländern zugefügt werden.

Dann hielt der Präsident Guani eine Schlußrede. Die Einmütigkeit der Völkerbundsversammlung wäre größer als in früheren Jahren gewesen. Die Gefahr einer abermaligen Enttäuschung lag außerordentlich nahe. Dennoch seien zahlreiche Vorurteile allmählich gefallen. Einmütig war der Wille, den Angreifer außerhalb des Gesetzes zu stellen. Mit größerer Klarheit werden die Grenzen dem praktisch Möglichen und dem Idealen in der Abrüstungsfrage unterschieden.

Damit wurde die 8. Tagung des Völkerbundes geschlossen.

Umgruppierungen in der englischen Arbeiterpartei

(Eig. Meld.) **Berlin, 27. September.**

Wie aus London berichtet wird, ist John Wheatley, der Führer des linken Flügels der Arbeiterpartei, der im Kabinett Macdonald das Wohlfahrtsministerium verwaltete, aus der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgetreten.

Differenzen im Kabinett der englischen Kriegshetzer

Auch Lord Balfour muß gehen

Der „Manchester Guardian" kündigt, nach der „Voss. Ztg.", wesentliche Aenderungen im englischen Kabinett an. Lord Balfour, der amtsmüde sei, werde als Präsident des Geheimen Rates durch den bisherigen Kultusminister Lord Percy ersetzt werden. An Percys Stelle, der sich durch reaktionäre Reden in einem für die kommenden Wahlen gefährlichen Umfang bei der Lehrerschaft verhaßt gemacht habe, werde wahrscheinlich der von den Liberalen zu den Konservativen übergegangene ehemalige Finanzdiktator von Polen, Hilton Young, der bereits jetzt in Genf für die Regierung tätig sei, Kultusminister werden.

Kanzler des Herzogtums Lancaster an Stelle von Lord Cecil werde der bisherige Vertreter Indiens im Völkerbund, Lord Lytton.

Der Verlust von Lord Balfour, der ein Gegner der Antisowjetpolitik und ein erfolgreicher englischer Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz in Washington war, würde einen weiteren schweren Prestigeverlust der Regierung unmittelbar vor den Neuwahlen bedeuten. Er soll sich in besonders starkem Gegensatz zu Chamberlain befinden.

Wir sehen also, daß bei den Auseinandersetzungen in der englischen Regierung die absoluten Kriegshetzer gegen die Sowjetunion vorläufig die Sieger geblieben sind.

Terrorurteile der französischen Klassenjustiz

Schwere Bestrafung der französischen Abgg. Duclos und Marty

(WTB.) **Paris, 27. September.**

Die kommunistischen Abgeordneten Duclos und Marty, die zurzeit eine Gefängnisstrafe verbüßen, sind heute wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam zum Zwecke anarchistischer (!?) Propaganda zu je fünf Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt worden. Mit ihnen wurden wegen des gleichen Vergehens abgeurteilt der frühere und der gegenwärtige Geschäftsführer der „Humanité" und drei weitere Kommunisten, gegen die sämtlich auf je drei Jahre Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe erkannt wurde.

Pilsudskis Regiment erschüttert

(Eig. Drahtm.) **Warschau, 28. September.**

Die Aufhebung des Pressedekrets durch den Sejm wird von der Pilsudski-Regierung nicht anerkannt. Nach wie vor beschlagnahmt sie die oppositionelle Presse und nunmehr vor allen Dingen die sozialdemokratischen Zeitungen. (Kommunistische erscheinen nur illegal!) So wurde in Warschau das Organ der polnischen Sozialdemokratie, welches einen Bericht über einen gegenwärtig tagenden Eisenbahnerkongreß brachte, beschlagnahmt. Weiterhin wurde die sozialdemokratische Volkszeitung in Lodz und ein linksradikales Blatt verboten. Auf der Tagung der Eisenbahner wurden scharfe Reden gegen die Pilsudski-Regierung gehört, was ein Zeichen für die außerordentliche Verschiebung der innerpolitischen Situation Polens ist, denn es waren die Eisenbahner, die im Mai-Putsch 1926 der Pilsudski-Regierung zum Siege verhalfen.

Erfolgreiche Bauernaufstände in Südchina

Swatau von Aufständischen besetzt

Schanghai, 27. September.

Das Vorrücken der revolutionären Armeen Yehtings und Holungs in der Richtung auf die Grenze von Kwantung hat in den Bezirken Chaoan und Meikiang einen großen Bauernaufstand hervorgerufen, dessen Zweck es ist, die vorrückenden Revolutionsarmeen zu unterstützen.

Die Truppen Yehtings befinden sich gegenwärtig im Vormarsche in der Richtung auf Tschautschau im nordöstlichen Teile von Kwantung. Die von Litsischen aus Kanton entsandten Truppen ziehen sich vor der Revolutionsarmee schnell zurück.

Die revolutionäre Bauernbewegung wächst auch in der Gegend von Tschangscha und im östlichen Teile der Provinz Hunan an, wohin Regierungstruppen entsandt wurden.

Teile von Bauerndetachements, die mit der Yehting-Armee zusammen arbeiten, zogen in Swatau ein. Die regulären Truppen der Yehting-Armee besetzten am 23. September Tschauchow und begannen am selben Tage den Vormarsch auf Swatau.

Neue Opfer des weißen Terrors

Schanghai, 26. September.

Die Hinrichtungen von Kommunisten in Wuhan dauern fort. Die jüngsten Opfer des weißen Terrors waren die Genossen Wangschimin, Lihaitscheng und Tungtschaulung.

Kommunistenverfolgungen in Japan

(Eig. Meldg.) **Berlin, 27. September.**

Die „Welt am Abend" weiß aus Tokio zu berichten, daß in Yokohama eine große Razzia gegen die Kommunistische Partei stattgefunden hat. Im Hafen wurden 40 Schiffe nach Kommunisten und Agitatoren durchsucht. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet, unter denen sich einige russische Staatsangehörige befinden sollen.

Die Behörden in Korea haben ebenfalls scharfe Maßnahmen gegen kommunistische Propaganda getroffen.

Der Botschafter Japans in Moskau soll mit einem Protest beauftragt sein.

Die Henker Litauens schließen ein Konkordat ab

(WTB.) **Rom, 27. September.**

Heute wurde im Vatikan das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Litauen unterzeichnet.

Ein Konkordat, das ist es, was die litauischen Arbeiterschlächter am nötigsten haben!

1150 Delegierte fahren zur Revolutionsfeier

Moskau, 27. September.

Verschiedene Organisationen der Sowjetunion luden aus verschiedenen Ländern ungefähr 1150 Gäste zur Jubiläumsfeier der Oktober-Revolution ein. Die Mehrzahl der Gäste besteht aus Mitgliedern der vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion eingeladenen Delegationen von Gewerkschaften. Man erwartet die Teilnahme von Delegationen aus Deutschland und England, bestehend aus je 60 Delegierten. Aus Nordamerika werden 50, aus Frankreich 30 Delegierte erwartet. Unter den vom IRGSU. eingeladenen Gästen befinden sich Mitglieder von Arbeiterdelegationen der Gewerkschaften Indiens, Südamerikas, Südafrikas, Algeriens und anderer Länder, die das erstemal die Sowjetunion besuchen werden. Ebenfalls das erstemal lud der IRGSU. Delegationen von Landarbeiterorganisationen ein. Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Sowjetunion lud über 100 Vertreter von Bauernorganisationen verschiedener Länder ein.

Die Delegierten werden in der Sowjetunion ungefähr drei Wochen verbringen, wobei ihnen der Besuch nicht nur Moskaus, sondern auch der übrigen größeren Zentren ermöglicht wird.

Die „Prawda" gegen die Spalter

(Inprekorr.) **Moskau, 27. September.**

Der Leitartikel der „Prawda" befaßt sich mit der Tätigkeit der aus der Komintern ausgeschlossenen Renegatengruppen in Frankreich und Deutschland und weist darauf hin, daß diese Gruppen die besondere Protektion der Führer der Opposition in der KPSU. genießen. Die oppositionellen Führer hoffen, mit diesen politischen Abfallelementen einen linken Flügel innerhalb der Komintern zu bilden.

Die Monatte-Gruppe hat auf dem Kongreß der CGTU. die Forderung aufgestellt, die CGTU. möge keine Verbindung mit der Kommunistischen Partei unterhalten. Dieses Auftreten der rechten Renegaten ist der frechste Opportunismus. Das Auftreten gegen die kommunistische Führung in der Unitaren Gewerkschaftsföderation, die ihre Erfolge unter den Massen gerade dieser Führung verdankt, treibt nur Wasser auf die Mühle der französischen Reformisten, bedeutet eigentlich nichts anderes als Kampf gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale und Zusammenarbeit mit Amsterdam

Die Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste der Urbahns-Maslow-Gruppe bei den Hamburger Senatswahlen ist höchst symptomatisch, sie zeigt die Absicht der deutschen Ultralinken, auch bei den Landtags- und Reichstagswahlen in Deutschland eigene Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Ultralinken, die im Reichstag und in Landtagen nur von der KPD. Deutschlands gestohlene Mandate besitzen, verraten ihren Wunsch, eine ganz unabhängige Partei zu bilden, die mit der KPD. und der Komintern nichts Gemeinsames hat.

Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß die Urbahns-Maslow-Gruppe ebenso wie die anderen Renegaten-Gruppen bei der 2. Internationale landen werden. Es ist bemerkenswert, daß die deutschen Ultralinken ihre offene Aktion gegen die Komintern gerade in dem Moment beginnen, wo ihre Verteidiger und Anhänger innerhalb der KPSU. ihre Wiederaufnahme in die Komintern verlangen.

Die „Prawda" erklärt:

„Bis jetzt konnten wir nicht nur nicht beobachten, daß die Opposition in der KPSU. von den Ultralinken in Deutschland abgerückt wäre, sondern im Gegenteil, wir haben eine Reihe von Beweisen über ihre gegenseitige Solidarität."

Während das Organ der Maslow-Gruppe, „Die Fahne des Kommunismus" erklärt, daß die Linie der Opposition in der KPSU. unvereinbar mit der Linie der KPSU. ist, fährt die Opposition fort, die Wiederaufnahme der deutschen Ultralinken in die Komintern zu fordern.

Die „Prawda" schließt:

„Es ist vollständig klar, daß das Ziel einer solchen Taktik nur eines sein kann, die Organisierung von Elementen innerhalb der Komintern zwecks Bildung einer anderen Partei, die Vorbereitung einer Spaltung der Komintern im internationalen Maßstabe. Die Partei erklärte schon öfters unserer Opposition, daß sie ihre organisatorische Verbindung mit den aus der Komintern ausgeschlossenen Elementen nicht dulden kann. Das neue Auftreten der Renegaten im Auslande zwingt unsere Partei, über den politischen Charakter des Kampfes, den die Opposition im Verein mit diesen Renegaten führt, noch mehr nachzudenken. Die fraktionellen Spalter müssen unschädlich gemacht werden."

Der Gefangene von Potsdam

50]

Von **Heinrich Wandt**

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Der Ekel machte mich erbrechen. Ich sprang auf die Füße, stieß den Schemel unter das Fenster, stellte mich auf ihn, riß es auf und zwängte meinen Kopf zwischen zwei Gitterstäbe. Ein Königreich für eine Nase voll frischer Luft!

So verblieb ich, bis der neue Tag heraufgegraut war und ein Schlüsselbund vor meiner Zelle rasselte, die Tür aufging und das Kommando des Aufsehers erscholl: „Kübel raus! Wasserkrug raus!"

„Hast Du nichts zu pusten?" flüsterte mir geschwind hinter dem Rücken des Wachtmeisters der Kalfakter zu. Er lächelte mich verschmitzt an und machte die Bewegung des Zigarettenrauchens. So ein Gannove duzt sich mit dem Papst, wenn der hinter Schloß und Riegel sitzt.

Eine halbe Stunde später wurde mir das opulente Frühstück hereingereicht. Es bestand aus einer Schnitte Schwarzbrot und einem mittels einer Schöpfkelle in die obligate Blechschüssel gekippten halben Liter „Kaffee", der noch um ein Erkleckliches schlechter mundete als sein Bruder, mit dem die teure Heimat im vierten Kriegsjahr Bekanntschaft schließen durfte.

Na, wenn man so nach einer Kalbshaxe und einer Flasche edelsten Chambertins ganz unverhofft verhaftet und in das „Kittchen" geworfen worden ist, wie es Worm und mir geschah, dann ist einem alle Eßlust vergangen.

Das Verhör

Es verflossen noch einige Stunden quälenden Wartens und folternder Ungewißheit. Endlich gegen Mittag wurde ich von dem kleinen quecksilbrig umhertänzelnden Kriminalbeamten, der mir bei der Festnahme mit seinem Revolverchen so aufgeregt unter der Nase herumgefuchtelt hatte zum Verhör geholt.

Kriminalkommissar Mercier, der es in sehr korrekter und höflicher Weise leitete, spannte mich nicht lange auf die Folter. Er eröffnete mir, daß ich nicht wegen meiner Etappenprozesse festgenommen worden sei, sondern in Sachen Ziehe. Und nun vernahm ich zu meiner maßlosen Ueberraschung, daß Z., der in der Folge unter dem Rubrum „Ziehe und Genossen" als mein „Komplize" bezeichnet wurde, die mir leihweise überbrachten alten Aktenstücke nicht, wie er mir stets versicherte, in seiner Dienststelle, der Abwicklungsstelle des Gardekorps in Spandau, an sich genommen, sondern daß er sich dieselben im Reichsarchiv auf dem Bräuhausberg in Potsdam verschafft hatte.

Es war ihm in der Zeit vom August bis zum September 1921 gelungen, mehrfach in daselbe zu gelangen, indem er sich einen falschen Namen beilegte und sich als Offizier ausgab, also eine kleine Köpenickiade aufführte, auf die einfältige, aber stramm deutschnational fühlende Gemüter immer wieder hereinfallen. (Siehe Prinz Harry Domela.)

Die Aktenschränke hatte er meist mittels eines einfachen Kommodenschlüssels geöffnet, und nur einmal war, wie der Bericht der Kriminalpolizei meldete, ein zugeschlossener, aber nicht gehörig eingeriegelter Schrank mittels gewaltsamen Ziehens an der Mittelleiste von Ziehe unter Anwendung von Kraft aufgemacht worden.

Ziehe hätte, wie aus derselben amtlichen Darstellung ersichtlich ist, seine „sonst aber auf ordnungsmäßigem Wege" erfolgten unbefugten Besuche des Reichsarchivs bis in die Puppen fortsetzen können, wenn er nicht einer Putzfrau dieses Instituts, die vielleicht weniger deutschnational gesonnen, aber dafür mit etwas mehr Grips begabt war, verdächtig vorgekommen wäre. Sie hatte ihn belauert, und sie hatte die Beamten und damit auch die von denselben eiligst alarmierte Kriminalpolizei auf seine Spur gebracht. Und er selbst schien sich auch nicht mehr sicher gefühlt zu haben, denn das letztemal war er nicht durch die Tür gekommen, sondern über eine Mauer geklettert, und da war er, wie er nach den Akten Niederländer weiter suchte, den bereits auf ihn lauernden Häschern in die Hände gefallen.

Der falsche Prinz

Harry Domela schildert nach Beendigung untenstehenden Romans seine Abenteuer bei dem Potsdamer Adel, der Heilsarmee, den Heidelberger Korpsstudenten, den Hamburger Freudenmädchen, den Spiritisten, Generalen, Patrioten, Verbrechern, Agrariern, Ganoven, Philosophen, Bahnhofsvorstehern und Grafen hier im „Klassenkampf". In diesen Spiegel der deutschen Republik muß jeder blicken, der sowohl Sinn für Humor wie für den Ernst und die Umgestaltung dieser Verhältnisse hat. Darum liest alles den „Klassenkampf" und empfängt

Harry Domela in Halle

Er war sofort auf das Polizeipräsidium in Potsdam gebracht und dort von dem Oberkommissar Steinhauer sehr eingehend verhört worden. Man hatte ihn nicht durch Prügel, wie es noch anderswo in Preußen in Uebung zu sein scheint, sondern durch Vorhaltung der schweren Zuchthausstrafen, die auf „Verrat militärischer Geheimnisse" gesetzt sind, zu dem Geständnis gebracht, daß er nicht mit der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin oder irgendeiner anderen Ententestelle in Verbindung stehe, sondern mit mir, dem Chefredakteur der „Freien Presse" und Verfasser der „Etappe Gent".

Daraufhin war sofort die „C. St." im Berliner Präsidium, die sogenannte Staatspolizei, von deren Bestehen ich bis dahin noch keine blasse Ahnung besessen hatte, von dem Ergebnis dieses Verhörs unterrichtet worden, und diese hatte danach getrachtet, sich so schnell wie möglich meiner gefährlichen Persönlichkeit zu bemächtigen. Der „Mann mit dem Bullengesicht" und seine werten Kollegen hatten nicht wegen des Haftbefehls, der auf Antrag des Staatsanwalts Oelrichs gegen mich erlassen worden war, so energisch auf mich gefahndet, sondern wegen der schweren Gefahr, die dem lieben deutschen Vaterland nach Meinung dieser diensteifrigen Beamten von meiner Seite drohte. Und weil sie nicht wußten, daß ich mich wegen des seit dem 6. September gegen mich schwebenden rigorosen Haftbefehls verborgen hielt, so hielten sie mich der Schuld in Sachen „Ziehe und Genossen" vollkommen überführt, und hier lautete die zuerst ausgesprochene Bezichtigung auf Anstiftung zum schweren Diebstahl und versuchten Verrats militärischer Geheimnisse!"

Beinahe hätte ich in dem Bewußtsein meines guten Gewissens nach Anhörung dieser mich geradezu wahnsinnig anmutenden Anklage laut hinausgelacht. Aber dann packte mich doch der Ernst. Ich spürte im Geiste die Fäden, aus denen mir übelwollende Organe der Polizei und der Justiz den Strick zu drehen vermochten, den mir meine Gegner schon seit langem mit Wonne um den Hals legen wollten.

Da schossen allerhand Fragen gleich grellen Blitzen durch mein Gehirn. Was tat sich da nun eigentlich? Wer war eigentlich Max Ziehe? War er der uneigennützige Helfer und Gesinnungsgenosse, für den ich ihn hielt, oder ein gewissenloser Lockspitzel, den mir „meine lieben Freunde" auf den Hals gehetzt hatten? Warum hatte er mir verschwiegen, daß die Aktenstücke nicht aus seiner Spandauer Dienststelle, sondern aus dem Reichsarchiv stammten? Warum hatte er mir, obwohl er ganz genau wußte, daß mich nur die „Akten Niederländer" retten konnten, jene anderen Stücke in meine Wohnung geschleppt, die für meine Verteidigung vollkommen wertlos und damit für mich selbst auch ohne jedes Interesse waren? Warum hatte er sich immer beharrlich geweigert, diese für mich gänzlich unnützen und von mir gar nicht gewünschten Kriegsdokumente gleich wieder mitzunehmen? Warum war er sofort damit einverstanden gewesen, daß ich sie nicht versteckte, sondern in meiner, polizeilichen Haussuchungen so häufig ausgesetzten Wohnung so leicht auffindbar verstaute? Und warum war es den sonst so wenig zimberlichen Kriminalbeamten, die wegen dieser Akten auf mich fahndeten und während des dreiwöchigen Katze- und Mausspiels so oft in meine Zimmer eindrangen, nicht ein einziges Mal eingefallen, dort auch nach den Dokumenten zu suchen, die nun auf einmal für die Sicherheit des deutschen Staates so ungeheuer wichtig sein sollten. Warum? Ja, warum? Was bedeutete das alles?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0003

Theater, Konzerte und Vorträge

3. Volkskonzert im „Volkspark“

Der gestrige Abend wurde eingeleitet mit der Ouvertüre zum Liederspiel „**Die Heimkehr aus der Fremde**“ von F. Mendelssohn-Bartholdy. Das Programm sollte diesmal wohl Anregungen aus dem Publikum entsprechen, und so gab es denn auch verschiedene Wiederholungen aus vergangenen Konzertabenden. Davon besonders zu erwähnen ist die fein (im Sinne des Wortes) Humoreske op. 101, Nr. 7, von Anton Dvořák. Die vorausgeschickten Worte des Herrn Kapellmeisters Schütze zu diesem, wie zum nächsten Stück des nordischen Komponisten Ed. Grieg, **Hochzeitstag auf Troldhaugen**, dienten zum besseren Verständnis der Besucher, die sich ja aus in musikalischen Dingen unerfahrenen Hörern zusammensetzen. Diese Erziehungsmethode ist wie keine andere dazu angetan Orchester und Publikum einander näherzubringen. Das schwermütige „**Lied der Wolgaschlepper**“, **Burlaki**, wurde so beifällig begrüßt, daß es wiederholt werden mußte.

Leider fand das Programm keinen guten Abschluß, denn abgesehen davon, daß in dieses Programm von Opern- und Operettenmusik kein revolutionäres Lied hineingehört, hatte der zum Vortrag gebrachte **Rotgardistenmarsch „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“** eine neue **unmögliche** Bearbeitung erfahren. Der Beifall kann nur für das allgemein bekannte Thema gebucht werden. Für einen Rotgardistenmarsch ist aber ein Walzertakt, wie man diesen nennen könnte, einfach ein Unding. Trotz der durch großen Beifall erkämpften Wiederholung — die alte Melodie ist doch die gegebene. Ki.

Genossinnen und Genossen!

Hunderte von Unterschriften sind bereits eingegangen.

Das genügt aber noch nicht.

Die Besitzrechte am „Volkspark“ und „Gewerkschaftshaus“ können wir unmöglich den 50 Treuhändern überlassen. Damit diese ihre von den Mitgliedern erhaltenen Befugnisse nicht mißbrauchen können, muß jedes Mitglied schnellstens ein Vollmachtsformular ausfüllen und an Genossen A. Illgenstein, Harz 42/44 (Volksbuchhandlung) einsenden. Wer 1920 bei der Verschmelzung noch Mitglied im Sozialdemokratischen Verein für Halle-Saalkreis (VSPD.) war, muß ein solches Formular ausfüllen, wenn er nicht auf seine Rechte verzichten will.

Bezirksleitung der KPD.
Halle-Merseburg.

Stadttheater. Aus dem Bureau wird uns geschrieben: Die Oper „Die Macht des Schicksals“ („La forza del destino“) von Verdi, die am Donnerstag, dem 29. September, zum ersten Male in Szene geht, kommt in einer textlichen Neugestaltung von dem Dichter Franz Werfel zur Aufführung. Schon die Petersburger Uraufführung von 1862 und ebenso die späteren Aufführungen hatten gezeigt, daß der Text Piaves (der auch der Textdichter zur „Traviata“ war) dem musikalischen Ringen Verdis in keiner Weise entsprach. Daher hat Werfel, der Dichter des Verdi-Romans, es unternommen, durch Umgestaltung des Textes unter Beibehaltung des Handlungsverlaufes die Idee des Schicksals schärfer in den Vordergrund zu stellen. Er ließ sich dabei von dem Grundsatz leiten, nicht der Musik einfach einen neuen Text unterzulegen, sondern ein einheitliches Werk aus dem Geist der Musik heraus zu schaffen. Die Aufführung dieser neugestalteten Oper ist zum musikalischen Ereignis im Theaterleben geworden.

Sudermanns 70. Geburtstag begeht das Stadttheater am Freitag, dem 30. September, mit einer Aufführung des Einakter-Zyklus „Rosen“. Montag, 3. Oktober, findet das 1. Städt. Sinfoniekonzert statt. Oeffentliche Hauptprobe Sonntag vormittag 11 Uhr.

Für das 1. Städtische Sinfoniekonzert am 3. Oktober konnte Walter Gieseking als Solist gewonnen werden. Der Künstler spielt das Klavierkonzert von Robert Schumann.

Volksbühne. Der Schwarzmeiersche Kinderchor aus Berlin singt mit 300 Kindern am 30. September und 1. Oktober, 8 Uhr abends, im Thalia-Saal vierstimmige Volkslieder. Karten für unsere Mitglieder in unserer Geschäftsstelle. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr „Orpheus“ für Theatergemeinde C. Die Spieltage für die Oper „Die Macht des Schicksals“ sind: am 5. Oktober (G); am 15. Oktober (H) und am 17. Oktober (J). Die Mitglieder der Theatergemeinde G werden gebeten, ihre Karten bis spätestens 3. Oktober in der Geschäftsstelle einzulösen. In der anderen Spielreihe wird „Der Prinz von Homburg“ gegeben. Für die Hauptprobe zum ersten städtischen Sinfoniekonzert am Sontag, 2. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Stadttheater liegen die Karten in unserer Geschäftsstelle zur Abholung bereit. Anmeldung neuer Mitglieder täglich in der Geschäftsstelle Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Walhalla-Theater. Von der erfolgreichen Ausstattungsrevue finden nur noch drei Vorstellungen statt. Ab 1. Oktober beginnt das Sensations-Gastspiel „Celly de Rheidt“, dazu der fabelhafte Varietéteil mit Rudolf Mälzer.

Photographisches Preisausschreiben 1927. Die nach langer Regenzeit wieder auftretende sonnige Spätsommerwitterung gibt dem Wirtschafts- und Verkehrsverband Veranlassung, auf das photographische Preisausschreiben nochmals hinzuweisen. An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, daß 19 Preise im Gesamtwerte von 700 Mark zur Verfügung stehen, davon der erste Preis mit 200 Mark in bar. An dem Wettbewerb mit Einsendungsschluß am 15. Oktober 1927 kann sich jedermann beteiligen. Die genauen Bedingungen sind durch das Verkehrsbureau „Roter Turm“, Halle/Saale, Marktplatz 25, kostenlos erhältlich.

Werbt für den „Klassenkampf“

Die Eröffnung unserer vollständig umgestalteten u. neu hergerichteten **Ausstellungsräume** erfolgt am **Donnerstag, dem 29. September, vorm. 11 Uhr**

Bis zur genannten Zeit bleibt unser Geschäft wegen notwendiger Umänderungen geschlossen!

2609

Um zwanglose **Besichtigung** unserer **Ausstellung** in fertig eingerichteten **Wohnungs-Einrichtungen, Einzelmöbeln, Dekorationen** u. **Beleuchtungskörpern** wird gebeten

Reinicke & Andag, Halle a. d. S., Große Klausstraße 40 (gegenüber der Marktkirche)

Werkstätten für Raumkunst u. Innendekoration — Inh.: Hans Reinicke u. Geschw. — Werkstätten für Raumkunst u. Innendekoration

Thalia-Saal

Freitag, den 30. September, und Sonnabend, den 1. Oktober 1927, abends 8 Uhr:

Schwarzmeierscher Kinderchor aus Berlin, mit 300 Kindern

Zum Vortrag gelangen vierstimmige Volks- und Kunstlieder

Chormeister Bernh. Klauk, Berlin
Chorvorsitzender: Dr. Häusler, Direktor des Jugendamtes in Berlin

Glänzende Urteile aus dem In- und Ausland 2611

Eintritt 1,50 und 1,00 Mk.

Zur Anfertigung **feiner Herrengarderobe** nach Maß empfiehlt sich **Otto Bartelt, Dreyhauptstraße 7**

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für **Heiligental-Lochwitz** gesucht

Meldungen beim Gen. Friedrich Schmelzer, Lochwitz

Stadt-Theater

Heute 2613
Mittwoch 8 Uhr
Orpheus und Eurydike
Donnerstag, 8 Uhr
Die Macht des Schicksals

Walhalla

Anfang 7.45 Uhr
Nur noch 3 Tage
Wien und die Wiener
Original Wiener Ausstattungs-Revue in 25 Bildern
Musik 2581 von Karl May
60 Mitwirkende
500 Kostüme
Gewöhnliche Preise

Geschäfts-Verlegung

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Weißenfels** und Umgegend zur Kenntnis, daß ich meine bisher in der **Saalstraße 13** betriebene

Fleischerei

nach **Lutherstraße 16 verlegt und am Dienstag dem 27. Sept. eröffnet habe**

Indem ich für das bisher erwiesene Vertrauen bestens danke, bitte ich auch weiterhin um gütigen Zuspruch

Hochachtungsvoll
Curt Zweig, Fleischermstr.
Weißenfels
2647

Wir eröffnen Donnerstag früh 9 Uhr

Steinweg 30a

direkt am Rannischen Platz

eine weitere Verkaufsstelle. Alle Hilfsmittel der modernen Technik sind hier in Anwendung gebracht, sodaß peinlich saubere und hygienische Handhabung der Ware gewährleistet wird. Es werden hier genau dieselben Waren in bekannter Güte, in gleich großer Auswahl, zu gleichen Preisen wie im Hauptgeschäft dargeboten

Täglich von 10 bis 7 Uhr

unseren rühmlichst bekannten Backfisch, heiß aus der Pfanne, aus einem Backofen neuesten Systems 2614

Deutsche Dampffischer.-Gesellsch. **„Nordsee“**

Fischhandel — Fischhandel — Fischindustrie
Größtes fischwirtschaftliches Unternehmen

Ansichtskarten empf. die Volksbuchhandlungen Lerchenfeldstr. 14 u. Harz 42/44

Weißenfelser Volks- und Herbstfest

Heute abend auf dem Schützenplatz **Große Illumination**

Freitag abend **Großes Brillant-Feuerwerk** 2652

Um gütige Unterstützung bitten — Die Unternehmer

Sohlleder-Ausschnitt
Gummi-Absätze liefert billigst 1901
Paul Anderich
Magdeburger Straße 8

Zahle hohe Preise für getragene **Anzüge** Hosen, Jacketts etc.
Hirsch, Brüderstr. 3

Spendet für die „Rote Hilfe“

Geschäfts-Eröffnung!!

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Zeitz** und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Maß- u. Reparatur-Werkstatt

errichtet habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mir zugedachten Arbeiten sauber und gewissenhaft auszuführen. Indem ich um gütige Unterstützung bitte, zeichne hochachtungvoll

Franz Peinelt, H.-W. gepr. Schuhmacher
Gartenstraße 1-2 **Zeitz** Gartenstraße 1-2

NB. Um dem geehrten Publikum entgegenzukommen, bin ich in der Lage, meine Preise wie folgt anzukünden:

Herrensohl. u. Abs. 4,50 M. — Herrenabs. 1.30-1,50 M.
Damensohl. „ „ 3,00 M. — Damenabsätze 0,70 M.
Kindersohl. „ „ 1.50-2,50 M. — Kinderabsätze 0,90 M.

Keine Maschinenarbeit, sondern die alte gute Handarbeit bürgt für lange Lebensdauer Ihrer Schuhe!
Schnellste Bedienung! Schnellste Bedienung!

TAUSCHE

meine Wohnung, bestehend aus Kammer und Küche 25 qm' Stall, Keller usw. gegen andere
Ammendorf, Waldstraße 22 II

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark?**

Den werten Bewohnern zur gefl. Kenntnis, daß ich am **Sonnabend dem 1. Okt.** in der Eisdiele der Firma **Eckstein** in **Halle a. S. (Spitze)** eine **Bäckerei- u. Konditorei-Filiale** eröffne. Als Spezialität führe ich Berliner Gebäck auf Bestellung

Ich bitte mein Unternehmen unterstützen zu wollen und zeichne

hochachtungsvoll
Max Frenzel, Nietleben
Schulhof 21
2648

Pelzbesätze
Gazelle . . . . 9,—
Veline 10,50
Mövekau 12,50
Klondyke 4,20
Umarbeitungen billigst!
Eichbrunn
An der Ulrichskirche
Leipziger Straße 97

Alle Parteischriften empfehlen die **Volksbuchhandlungen**
Harz 42/44 — Lerchenfeldstraße 14

Bekanntmachung

Einladung zur öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 4. Oktober 1927, um 17 Uhr.

Die Tagesordnung [illegible] den Mitgliedern des Kollegiums zu und hängt außerdem am Schwarzen Brett aus.

Nach der öffentl[illegible]det noch eine nichtöffentliche statt.

Delitzsch, 27. September 1927. Der Stadtverordnetenvorsteher. P. Schmidt

Bekanntmachung

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 33 701 bis 37 700 (Pfandscheine Januar 1927 in rotem Druck) wird vom 11. Oktober 1927 von 9 Uhr vormittags an im Leihamt An der Marienkirche 4 stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen. Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 1. November 1927 bis 31. Oktober 1928 abgehoben werden. *2300

Halle, den 16. September 1927. Das Leihamt der Stadt Halle.

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Markenfahrräder auf Teilzahlung
Musikwerk- u. Fahrrad-Vertrieb
Bitterfeld, Mühlstr. 4

Grammophone — Schallplatten stets das neueste
Musikwerk- und Fahrrad-Vertrieb
Bitterfeld, Mühlstr. 4

Vernickeln und Emaillieren von Motor- u. Fahrrädern sowie alle geeigneten Gegenstände liefert sauber und preiswert
W. Ziesche
Niemegk
Galvanische Anstalt

Leder-Ausschnitt!
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Gummiabsätze billigst
Reinhold Hannibal
Bitterfeld
Hallesche Straße

Möbel in bekannt guten Qualitäten
ARTMANN
Bitterfeld, Bismarckstr. 56
Auf Wunsch Zahlungserleichterungen

Kinderwagen Fahrräder billig und gut
M. Schneider
Bitterfeld
Wasserschläuche - Nähmaschinen
Reparaturen

Torpedo-Fahrräder
Nähmaschinen — Kinderwagen
Alex Jackoski
Bitterfeld, Bismarckstr. 67
Grammophone - Schallplatten
Fahrrad-Reparaturwerkstatt

Schulartikel Schreibwaren
politische u. schöngeistige Literatur
kauft man billig in der
Volksbuchhandlung
Bitterfeld, Burgstr. 40

Möbel
erhalten Sie bei geringster An- und Abzahlung im
Bitterfelder Möbel-Kredit-Geschäft
O. Krug
Wiesenstraße 4

Herren- und Knaben-Konfektion
Herren-Artikel, Schuhwaren
Kaufhaus
Hermann Henze
Bitterfeld, Rathenaustr. 1
Aeltestes Spezialgeschäft am Platze!

Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
Gustav Hofmann
Petersroda, Amt Roitzsch
Täglich frisches
Kaffee- u. Teegebäck
Mehl- und Hefe-Verkauf

August Henze
Salamander-Schuhhaus
Bitterfeld
1877 50 1927

Lest den
Klassenkampf

Gewerkschaftsbewegung

Ortsausschuß Wittenberg gegen Reichsschulgesetzentwurf, gegen Verteuerung aller Lebensmittel, für Kampf um Lohnerhöhungen

Die Sitzung tagte am 24. September im Gewerkschaftshaus. Der Kollege Bassüner hielt einen Vortrag über den Reichsschulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung und die Stellungnahme der Gewerkschaften. Er zeigte auf, daß gerade die Gewerkschaften, vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus betrachtet, alle Ursache haben, zu verhindern, daß die Schule der Kirche ausgeliefert werden soll. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Diskussionsredner schlossen sich den Ausführungen des Kollegen B. an. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der Ortsausschuß des ADGB. Wittenberg wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung, der die Schule der Kirche ausliefert. Durch die Errichtung der Bekenntnisschule wird das einheitliche Schulwesen zerschlagen und an dessen Stelle leistungsunfähige Zwergschulen errichtet. Den Gemeinden entstehen dadurch weitere unerträgliche Lasten, welche auf die unteren Volksschichten abgewälzt werden, wodurch deren wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtert wird. Der Ortsausschuß sieht in der

Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens

die besten Voraussetzungen, um den gesamten Schulbetrieb und das Unterrichtswesen im Interesse des proletarischen Nachwuchses auszugestalten. Der Ortsausschuß unterstützt daher alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Schulgesetzentwurf zu Fall zu bringen."

Im nächsten Tagesordnungspunkt gibt Kollege Privenau Aufklärung über die Linda-Fahrradwerke. Die Delegierten nehmen davon Kenntnis.

Kollege Potschulte führt Beschwerde über die Preiserhaufsetzung der Milch durch die Händler. Er findet die Erhöhung in Anbetracht der guten Futtermittelernte als vollkommen ungerechtfertigt. Im Laufe der Diskussion, die sehr gründlich geführt wurde, sagte der Kollege Hildebrandt mit Recht, daß man sich nicht allein mit der Milchpreiserhöhung, sondern mit der Verteuerung aller Lebensmittel und sonstiger Bedarfsgegenstände beschäftigen müsse. Ferner wurde die Frage der langfristigen Lohntarife aufgerollt, die in einem Mißverhältnis zu der Preissteigerung stehen. Der Vorstand des Ortsausschusses wird schließlich beauftragt, den ADGB. zu ersuchen, daß er die Gewerkschaften mobilisiert, um durch entsprechende

Lohnerhöhungen

die Verteuerung aller Lebensmittel, Mieten usw. wieder wettzumachen.

Et lewet noch!

Das Gewerkschaftskartell Naumburg nämlich

„Große Ereignisse" werfen ihre Schatten voraus! Das hat sich wieder einmal bewahrheitet in bezug auf das Gewerkschaftsleben in Naumburg. Dreimal haben die Reformisten gesoffen, um sich eine angenehme „Arbeitsteilung" zurechtzubrauen. Seitdem Wernicke seinen Segen zur Vergewaltigung der starken oppositionellen Minderheit als Vertreter des ADGB. neuerdings hatte — schlummert das Kartell. Der Fabrikarbeiter Müller hat z. B. schon vier Sitzungen geschwänzt. Am 8. September eröffnete der Vorsitzende Rublak die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Protokoll (das nicht gegeben werden konnte, weil der Schriftführer nicht erschien). 2. Tarifabschluß mit den Berufsmusikern. 3. Konsumwahlen. 4. Kulturkartell. 5. Verschiedenes.

Zu Punkt 2 verlas Rublak die abgeschlossenen Vereinbarungen mit den Berufsmusikern einerseits und dem Kartell andererseits. Abschriften gehen den einzelnen Gewerkschaften in nächster Zeit zu.

Zu Punkt 3: Konsumwahlen erklärte der **wegen genossenschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossene Rublak**, daß sich die Verhandlungen mit der Verwaltung zerschlagen hätten und deshalb zur Wahl geschritten werden muß. Es sei nun

Aufgabe des Gewerkschaftskartells, helfend der SPD.-Aufbauliste beizustehen.

Auf den Antrag des ausgeschlossenen Rublak hin beschlossen die SPD.-Delegierten, einen Aufruf an das „Licht der Welt" zu bringen, worin aufgefordert wird, daß alle Gewerkschaftler die Aufbauliste wählen müssen.

Der Reichsbanner-„Mimer" Naumann regte sich darüber auf, daß sein Parteigenosse Wieglerp an alle Wähler Wahlscheine durch die Post zustellen lasse, das sei doch eine Geldverschwendung.

Dann kam noch etwas vom SPD.-Vorstand geflattert. Die „glückliche Geburt" eines Kulturkartells, mit dem die SPD. über ein Jahr schwanger ging. Alles wird aufgefordert, in das Kulturkartell einzutreten.

Der Vertreter der Lebensmittel- und Getränkearbeiter schilderte dann noch einen Fall des Hennenbraueredirektors. Einige Arbeiter mußten Sonntags Heu einfahren als Notstandsarbeiten, weil das „Manöver" bevorstand. Kollege R. als Vertreter der Belegschaft erhob Einspruch gegen die Arbeit und verlangte 50 Prozent Sonntagszuschlag. Bei der Berechnung des Lohnes stellte es sich heraus, daß nur 25 Prozent gezahlt waren. Der Rest von 25 Prozent muß ebenfalls noch ausgezahlt werden. Der „Herr Direktor" hatte dem seit 27 Jahren an der Arbeitsstelle beschäftigten Belegschaftsvertreter zugeflüstert, daß er nicht das „Maul" auftun sollte, denn seine Arbeitskraft sei auch nicht die eines jungen Mannes. Der alte Kollege, der immer im Fahrwasser der Reformisten schwamm, kann daraus ersehen, daß auch die beste „Arbeitsgemeinschaft" und die längste Arbeitstreue" von dem Ausbeuterpack nicht gewürdigt wird. Schluß der Sitzung 9.15 Uhr.

Bemerken wollen wir noch, daß Rublak „sein Bureau" und somit „seine Dauerstellung" als Ortsausschußvorsitzender nach dem Rosengarten Nr. 7 verlegt hat. Dieser Gewerkschaftsbeamte hat es aber nicht nötig, den einzelnen Gewerkschaften davon Mitteilung zu machen.

*

In der Stellungnahme zu den Konsumwahlen offenbart sich wieder einmal der genue von den Reformisten aufgezogene Schwindel von der „Neutralität" der Gewerkschaften. Die Maßnahmen der Naumburger Gewerkschaftsreformisten werden aber keinen klassenbewußten Arbeiter davon abhalten, statt der SPD.-Liste die genossenschaftliche

Liste „Arbeiterkonsum" zu wählen.

Gebrochene Unternehmerwillkür

fl. Vor kurzem berichteten wir von den Entlassungen einiger Arbeiter bei der Firma Ochsler, Möbeltischlerei in Eisleben. Dieselben waren aber zu unrecht erfolgt. Da die entlassenen Kollegen alle freigewerkschaftlich organisiert sind, hatten sie dem Holzarbeiterverband zur Durchführung ihrer Klage gegen die Firma angerufen. So fand am Montagvormittag vor dem hiesigen Arbeitsgericht der Prozeß statt.

Nach den üblichen Formalitäten begann die erste Klage des Betriebsrates gegen die Firma. Laut Betriebsrätegesetz kann der Unternehmer nicht den Betriebsrat entlassen, bevor der Betrieb nicht stillgelegt ist. Aber hier gab es einen Streitfall. Bis dato hat Herr Ochsler stets mit den betreffenden Arbeitern verhandelt, **sie als Betriebsräte anerkannt**, doch beim Prozeß focht er die Wahl an, da sie nicht vorschriftsmäßig getätigt worden sei. Nach langem Hin- und Hergerede wurde die Klage von den Klägern fallen gelassen, da kein Resultat zu erzielen war.

Die Holzarbeiter vertrat der Gewerkschaftsangestellte Dittmann, Magdeburg, welcher korrekt die Klage gegen Ochsler durchführte. Er machte wirklich eine rühmliche Ausnahme gegenüber seinen anderen angestellten Kollegen in der Vertretung von Arbeiterinteressen. Die Firma Ochsler hatte als Vertreter den Innungsleiter Voigt. Einen hervorragenden Eindruck von Intelligenz bei der Verteidigung der Ochslerschen Firma gab er wirklich nicht ab.

Die Entlassungen waren aus folgendem Konflikt entstanden. Der Schlichter des Arbeitsministeriums hatte einen Schiedsspruch für den Bezirk Leipzig, wozu Eisleben gehört, für verbindlich erklärt. Folglich mußte die Firma Ochsler diese Löhne zahlen. Jedoch Herr Ochsler erkannte dieselben nicht an, sondern setzte ein Schreiben mit einer Erklärung auf, wo die Arbeiter unterschreiben sollten, daß sie mit seinen niedrigen Löhnen einverstanden seien.

Wer nicht unterschrieb, galt als entlassen.

Ein Teil der Belegschaft lehnte dies ab und die Betriebsräte versuchten, Herrn O. auf sein ungesetzliches Handeln hinzuweisen, um in gütlicher Verhandlung den Konflikt beizulegen. Ochsler lehnte es strikte ab, mit den Arbeitern zu verhandeln. Somit waren zirka zehn Arbeiter entlassen, da sie sich weigerten, weil es gegen ihre freigewerkschaftliche Ueberzeugung gingen, als Tarifbrecher und Schmutzarbeiter zu gelten. Sie erhielten dementsprechend auch ihre Papiere und Entlassungsscheine.

Vor dem Gericht glaubte nun Herr Ochsler den Unschuldigen markieren zu können. Er erklärte, er habe keinen entlassen. Die Arbeiter konnten doch unterschreiben, weiterarbeiten und wenn sie glaubten, benachteiligt zu sein, konnten sie den Weg zum Gericht dann auch noch beschreiten. Er habe bisher nach dem Leipziger Tarif gezahlt, sogar einige über Tarif,

andere jedoch unter Tarif.

Einen Ausgleich wolle er nur schaffen und **die Arbeiter nach Leistung bezahlen.** (?) Desgleichen stecke er in Geldschwierigkeiten. Die Bank sperre ihm den Kredit. Von seinem persönlichen Vermögen habe er bereits 10 000 Mark in den Betrieb gesteckt. **Er habe bloß Sorgen und schlaflose Nächte und persönlich keine Lust, den Betrieb weiterzuführen.** Die Arbeiter hätten ja auch kein Interesse am Betrieb, das zeige ihr Verhalten. Das wäre doch noch schöner, wenn er nichts mehr in seinem Betriebe zu sagen habe. Da können doch die „Herrschaften" (gemeint sind die entlassenen Arbeiter) gleich den Betrieb nehmen und weiterwurstein"!

Der Gewerkschaftsvertreter Dittmann gab ihm treffend zu verstehen, daß sein Vorgehen als

Erpressung

anzusehen ist. Ochsler versuchte, mit dem Hunger, d. h. der Androhung von Arbeitslosigkeit, den Arbeitern durch die Unterschreibung der Erklärung niedrigere Löhne zu zahlen. Dies müßte schon nach dem bürgerlichen Gesetzbuch bestraft werden. Uebrigens wäre sein Betrieb schon längst vergessen, wenn vor 1½ Jahren die Arbeiter nicht

vier Wochen lang auf ihren Lohn verzichtet

hätten, bis der Betrieb aus seinen Zahlungsschwierigkeiten sich herausgearbeitet hatte. Nachträglich haben sie erst ihr Geld erhalten. Die Proleten verdienten mehr Dank, doch heute sind sie von Ochsler entlassen worden. Dittmann klagt für Erstattung des Lohnes ab der Zeit, wo die Arbeiter auf der Straße liegen.

Amtsrichter Bode versuchte darauf auf den Unternehmer Ochsler einzureden, der sein Verhalten zu seinen Ungunsten aussalle. Doch dieser beharrte starr auf seinem Unternehmerstandpunkt. Hier verhaute O. sich noch kräftig, daß er erklärte,

es sei genügend Arbeit vorhanden.

Durch die Entlassungen habe er noch Arbeit anderen Firmen abgeben müssen. Und da will Ochsler nichts verdienen? Da soll es scheitern um die paar Pfennige Lohnerhöhung?

Der Entlassungsschein sei für ihn nur eine „Formalität" gewesen. Doch hier unterbricht ihn der Amtsrichter und gibt ihm die Antwort „daß das alles faule Sache" ist.

Nach zweistündiger Verhandlung mußte der Termin abgebrochen werden. Die Einigung sollte vor der Handwerkskammer stattfinden.

In letzter Minute fand sich jedoch Ochsler mit den Arbeitern nebst ihrem Vertreter zu einer Einigung bereit. Festgelegt wurde:

„Alle entlassenen Arbeiter werden zu dem jetzigen Tariflohn eingestellt. Jeder erhält drei Tage Lohnausfall entschädigt. Sollte ein Arbeiter innerhalb eines halben Jahres entlassen werden, hat er Anspruch auf eine Woche Lohn."

Somit ist die Firma billiger weggekommen, als wenn sie es bis vor das Landgericht getrieben hätte. Denn dann mußte sie den ganzen Lohnausfall seit der Entlassung zahlen.

Jedenfalls ist dieser Prozeß eine Lehre für die Arbeiterschaft. In jedem Betriebe, mag er noch so klein sein, hat eine Betriebsratswahl stattzufinden nach den gesetzlichen Vorschriften. Niemals dürfen sich die Proleten für Sonderabmachungen mit der Firma hergeben, die schlechter als die Tarifbedingungen sind. Versucht ein Unternehmer, sie zu erzwingen unter Drohung von Entlassung, so ist das sofort der zuständigen freien Gewerkschaft mitzuteilen, um Gegenmaßnahmen zu treffen. Trotz aller Unternehmerschikanen kann man ihnen die Stirn bieten. Das beweist dieser Prozeß. Doch Vorbedingung ist, daß man freigewerkschaftlich organisiert ist, sonst kommen die tariflichen Abmachungen für den unorganisierten Arbeiter nicht in Frage. Er wird vor dem Gericht abgewiesen.

Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften, stärkt die revolutionäre oppositionelle Kampffront!

Eisenbahner, paßt auf!

Zur augenblicklichen Lohnbewegung wird uns von einem linksorientierten Eisenbahner geschrieben:

Das Vorspiel zu der Lohnbewegung der Eisenbahner zeigt wieder deutlich, daß der Kuhhandel zwischen Eisenbahnverwaltung und Gewerkschaftsbureaukratie in bester Blüte steht und die Eisenbahner große Gefahr laufen, bei Abschluß dieser Bewegung mächtig über das Ohr gehauen zu werden. Daß die jetzigen Löhne einer gründlichen Aufbesserung bedürfen angesichts der dauernden rapiden Preissteigerungen, daran wird kaum ein Mensch zweifeln können. Die Aussichten für eine allgemeine Lohnerhöhung sind aber nicht so sehr günstig, trotz der dringenden Notwendigkeit, wenn die Kollegen nicht noch in letzter Minute einen endgültigen Strich durch dieses ekhonische Kuhhandelsgeschäft machen. Es ist doch geradezu eine tolle Verhöhnung, wenn die Vertreter der Reichsbahngesellschaft erklären, sie seien an den Tarif gebunden, welcher bis zum 31. März 1928 läuft. Derselbe sieht eine Lohnerhöhung von 1 Pf. ab 1. Oktober 1927 vor und ist vor einem halben Jahre schon abgeschlossen worden. Zu einer allgemeinen Lohnerhöhung täten keine Gründe vorliegen. Ueber diesen Standpunkt braucht man sich nicht zu wundern, denn es ist der übliche Unternehmerstandpunkt. Wenn man aber in letzter Zeit die Haltung der Gewerkschaftsbureaukraten des Einheitsverbandes der Eisenbahner beobachtet, dann erkennt man sofort, daß an eine konsequente Durchführung der jetzigen Lohnbewegung nicht gedacht wird. Denn die Schreibweise des „Deutschen Eisenbahner" verrät das zu deutlich. Es heißt darin, daß eine allgemeine Lohnaufbesserung notwendig ist, aber hinterher wird gleich scharf betont, daß es außerordentlich schwer sei, jetzt etwas herauszuholen, weil der Tarif bis zum 31. März 1928 Gültigkeit habe. Wenn der bestehende Tarif nun als großes Hindernis in den Vordergrund geschoben wird, dann tragen daran einzig und allein die Gewerkschaftsstrategen die Schuld. Denn wie können sie es wagen, für die Eisenbahner auf ein Jahr hinaus 1 Pfennig Lohnerhöhung anzuerkennen, trotz der andauernden Preissteigerungen? Und wenn diese papiernen Tarife wirklich solche Gültigkeit haben sollen, warum haben die Herren Vorstände nicht so klug gehandelt und den tariflichen Tarif mit dem Vorbehalt angenommen, daß die Interessen in dieser Zeit nicht steigt. Man kommt durch diesen Zustand auf den Gedanken, daß die Gewerkschaftsführer diese Gelegenheit nur benutzen, um bei späteren Lohnkämpfen einen Vorsprung im Kuhhandel zu haben. Wenn der Abschluß nicht zur Zufriedenheit ausfällt, ist immer noch ein Beruhigungsmittel für die Mitglieder vorhanden. Die Herren werden dann erklären, wenn sie von den Gewerkschaftsmitgliedern zur Rede gestellt werden: „Ja, es ist bitter wenig, was wir erreicht haben, aber die wahren Verhältnisse betrachtet, ist es doch viel. Von Rechts wegen hätten wir wegen des bestehenden Tarifs gar kein Recht, etwas zu fordern". „Der deutsche Eisenbahner" schreibt noch mehr in dieser Sache. Er vergleicht die Bilanz der Reichsbahngesellschaft und winselt sie geradezu an, kommt doch den Arbeitern etwas entgegen. Ihr habt doch einen schönen Ueberschuß gemacht. Also, wenn der Ueberschuß nicht vorhanden wäre, könnten die Eisenbahner verhungern nach der Ansicht der Gewerkschaftsführer. Daraus kann man so richtig den Standpunkt der Reformisten erkennen: Erst den Kapitalismus ein paar mal führen, vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für vielleicht bleibt denn auch etwas für die Arbeiter übrig. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Ursache, sich Sorgen zu machen, ob das Unternehmen eine Lohnerhöhung vertragen kann. Gerade die Reichsbahngesellschaft wäre zuletzt als ein solches Sorgenkind zu betrachten und zu schützen. Jedes Kind in Deutschland weiß, daß seit der Dawesierung der Eisenbahn ungeheuer mit dem Gelde gewüstet wird zugunsten des Kapitalismus. Man erinnere sich nur an die ungeheuren Summen von Schmiergeldern, die dauernd ausgeworfen werden. Oder an die hohen Summen, welche an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt werden als Vergütung für

geheure Reichtümer zuschanzen. Auch in dieser Angelegenheit ist die Haltung des Vorstandes des Einheitsverbandes keine saubere. Statt in aller Oeffentlichkeit dagegen zu kämpfen, daß derartige Summen für den Verwaltungsrat aus den Taschen des „Volksvermögens" gezahlt werden, bettelt er förmlich, auch mit an die Krippe zu kommen. Er schreibt in früheren Nummern im „Deutschen Eisenbahner", es wird die höchste Zeit, daß auch das Eisenbahnpersonal im Aufsichtsrat eine Vertretung bekommt, denn der ehemalige Reichskanzler Luther hätte das Vergnügen, neben seiner Ministerpension die Aufsichtsratsentschädigung der Reichsbahngesellschaft mit einzustecken. An und für sich wäre nichts dagegen einzuwenden, daß das Personal Gelegenheit bekommt, im Interesse des Personals selbst und letzten Endes für die Gesaltung des Unternehmens mitzubestimmen. Aber bei einer solchen Art Vertretung, als einzelner im Aufsichtsrat, kommt auch nicht das Geringste für das Personal heraus. Das weiß auch jeder Eisenbahner, und für eine solche Vertretung werden sich die Kollegen schön bedanken. Gerade die Posten und Aemter sind es, welche die SPD.- und Gewerkschaftsführer auf die schiefe Bahn gebracht haben. Man spricht in der Oeffentlichkeit von 100 000 Mark für jedes Aufsichtsratsmitglied, und für sechs Jahre gewählt, ergibt dies die Summe von 600 000 Mark. Da ist es sehr begreiflich, daß sich verschiedene Leute nach solchen Aemtern drängeln. Bei solchen Zuständen wagt man aber noch, durch alle juristischen Kniffe und Spitzfindigkeiten den Eisenbahnern ihr Existenzminimum zu verweigern. Aber, wie gesagt, es ist nicht die Schuld der Eisenbahnverwaltung und auch nicht der Gewerkschaftsvorstände, denn von beiden ist nichts anderes zu erwarten, wenn sie nur so lange und klanglos weiterwursteln können. Das hat die Vergangenheit schon tausendmal bewiesen. Es liegt an den Eisenbahnern selbst, weil sie teilweise in dieser Angelegenheit eine ziemliche Gleichgültigkeit bewahren und immer noch der Meinung sind, die Gewerkschaftsführer werden es schon in unserem Sinne machen. Das und die Unorganisiertheit vieler Eisenbahner sind die Ursachen des großen Uebels, denn nicht der Vorstand verkörpert den Verband, sondern wir Eisenbahner stellen die Waffe und die Masse dar, und wenn jeder Kollege seiner Ansicht im Interesse der Arbeiterschaft innerhalb des Verbandes Geltung verschafft, ohne Rücksicht auf die Irreführung der jetzigen Führer, dann muß es anders werden. Dazu ist gerade jetzt die höchste Zeit, damit uns die jetzige Lohnbewegung das bringt, was notwendig ist.

Eisenbahnermord!

Drei Opfer der Dawes-Bahn

Auf dem Güterbahnhof Leipzig-Wahren wurden am letzten Donnerstagabend den Oberheizer Stüve von Radefeld infolge Ausgleitens beide Arme abgefahren. Er wurde dem Krankenhaus St. Georg zugeführt, wo er am anderen Tag verstorben ist. Nachts zuvor wurde in den ersten Dienststunden ein Aufsichtsdienst ausführender Oberlokleiter umgefahren und am Kopfe schwer verletzt. Der in Lebensgefahr schwebende Mann wurde ebenfalls demselben Krankenhaus zugeführt. Weiter wurde am vergangenen Sonnabend einem im Nachtdienst befindlichen Güterbodenarbeiter beim Verladen von Stückgut ein Arm abgebrochen. Auch dieser wurde in obiges Krankenhaus geschafft. Innerhalb von drei Tagen drei schwere Opfer. Für die von den oberen Verwaltungsbeamten raffiniert ausgeklügelten Arbeitsmethoden werden untere Beamte und Arbeiter abgehetzt und totgemergelt. Wieder ein Beweis dafür, wie Beamte und Arbeiter zusammengehören, um Dienstvorschriften durchzusetzen, wo wirklich menschenwürdig gearbeitet werden kann.

ORGANISIERT EUCH
IN DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS
DER FÜHRERIN DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0005

Stadt Halle

Wer kämpft gegen das Reichsschulgesetz?

„Da wird immer so viel gegen den neuen Gesetzentwurf für das Reichsschulgesetz geschimpft und geschrieben, aber ich habe bisher noch keine Zeitung gesehen, die wirklich gesagt hätte, worum es sich eigentlich handelt. Warum wird der Wortlaut des Gesetzes nicht veröffentlicht? Man will sich doch ein eigenes Urteil bilden. Gerade der „Klassenkampf" müßte das doch tun." So ereiferte sich ein bürgerlicher Herr vor einigen Tagen. Ihm wurde bedeutet, daß seine Aufregung ganz zu unrecht geschehe, denn **der „Klassenkampf" hat bereits am 30. August den vollständigen Wortlaut des Gesetzes veröffentlicht.**

Wer es nicht weiß, an dem liegt die Schuld selbst. Denn wer den „Klassenkampf" regelmäßig liest, wird finden, daß die kommunistische Presse zu allen diesen Fragen frühzeitig und ausführlich genug Stellung nimmt. Und erst, wenn es brennt, in zwölfter Stunde, kommen andre Blätter, manchmal die sozialdemokratischen manchmal ein paar radikale bürgerliche hinterher, und protestieren. Die Leser dieser Zeitungen erfahren denn auch erst in letzter Stunde, daß irgendwo ein Protestkampf ausgefochten wird, und da sie nicht wissen, daß die kommunistische Zeitung schon viel eher die ganzen Grundlagen der einzelnen Fälle aufgedeckt hat, glauben sie, nicht genügend informiert zu werden.

Einem Arbeiter, der den „Klassenkampf" liest, weiß er die Zeitung seiner Klasse ist, kann das also nicht passieren. Unsre Genossen müssen jedoch aus diesem Vorfall die Lehre ziehen und unter den noch Indifferenten energisch auf Abonnementgewerbung ausgehen. Gerade an Hand des Beispiels mit der Schulfrage oder der Mieterbewegung, die auch in den letzten Tagen besonders akut wurde, können sie diese belehren, daß allein der „Klassenkampf" die richtige Information gibt.

Die Schuldfrage zum Eisenbahnunglück

wird bereits eifrig ventiliert. Die „Hallesche Zeitung" hat nichts Eiligeres zu tun, als die Schuld auf den Lokomotivführer zu wälzen, der angeblich über eine Weiche hinausgefahren sein soll. Diese Zeitung stellt es so dar: „Der Lokomotivführer wollte mit seiner Lokomotive vom Eilzugstellwerk HP II nach dem Lokomotivschuppen 2 fahren, und er hatte sich vorher, wie dies immer üblich ist, für diese Fahrt beim Weichensteller die Erlaubnis geholt. Er hatte den Auftrag, bis zur Weiche vorzufahren, die sich auf der Delitzscher Brücke befindet. Hierbei ist er nun über die Weiche hinausgefahren und hat den Personenzug 574 gerammt."

Daß aber in Wirklichkeit ganz andere Ursachen vorliegen müssen, geht schon aus dem Bericht der „Hallischen Nachrichten" hervor. Diese stellen fest, daß dem Führer der Lokomotive offenbar wegen der im Gleistunnel stehenden toten Post- und Personenwagen die Aussicht geraubt war, so daß dieser nicht sehen konnte, daß auf dem Kasseler Bahnsteig ein Zug stand.

Weitere Op'er der Eisenbahn

An einem Bahnübergang der Gisperslebener Landstraße bei Erfurt überfuhr die Kleinbahn ein hallisches Auto, dessen Besitzer, der Schauspieler Karl Schmalfuß, getötet wurde.

Vom Zuge erfaßt wurde bei einer Herfahrt auf der kurvenreichen Straße am Bahnübergang oberhalb von Alersbad ein mit zwei Damen und zwei Herren besetzter Bugatti-Wagen aus Halle. Das Nahen des Zuges zu beobachten, ist an dieser Stelle, an der eine Reihe Buschholz kulissenartig den Bahnkörper verdeckt, sehr schwer möglich. Der Kraftwagen wurde von der Lokomotive mehrere Meter mitgeschleift, und da die Geschwindigkeit des Autos nicht groß gewesen war, kamen die Insassen bis auf den einen Herrn, der durch Glassplitter derbe Schnittwunden erlitt, mit dem Schrecken davon.

Kriegsop'erprotest gegen Hindenburg-Rummel

Nur der Internationale Bund ist konsequent

A.-K. Am 13. September hat eine Sitzung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene im Reichsarbeitsministerium stattgefunden, die sich mit der Hindenburg-Spende zu befassen hatte. Alle dazu herangezogenen Organisationen halten die Hindenburg-Spende prinzipiell gebilligt und lediglich eine Verteilung an der Verwaltung und Verwendung der Gelder gefordert. **Allein die Vertreter des Internationalen Bundes haben die Hindenburg-Spende prinzipiell abgelehnt** mit dem Hinweis darauf, daß diese Spende ein bewußter Schachzug der Bürgerblockregierung ist, um die Fürsorgelasten zu verschleiern und eine wirkliche Verbesserung in der Versorgung zu verzögern. Nach längeren Debatten hat der Reichsausschuß folgende Resolution angenommen:

„Der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, Körperschaft des öffentlichen Rechts, er sich nach reichsgesetzlicher Bestimmung aus den Vertretern der deutschen Hauptfürsorgestellen, der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, sämtlicher Kriegsopferverbände sowie der „Freien Wohlfahrtspflege" zusammensetzt, begrüßt, daß die dem Herrn Reichspräsidenten zu seinem 80. Geburtstage zugedachte Spende des deutschen Volkes nach der Bestimmung des Herrn Reichspräsidenten zur ergänzenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Reichsausschuß gibt im Hinblick auf den Verwendungszweck der Spende der Erwartung Ausdruck, daß er bei der Verwaltung und Verwendung der Spendenmittel beteiligt wird."

Diese Resolution beweist, daß der Reichsausschuß es abgelehnt hat, irgendwie prinzipiell gegen die Hindenburg-Spende Stellung zu nehmen, die in eine monarchistische Propaganda ausgeartet ist. Die Vertreter des IB. haben aus grundsätzlichen Erwägungen gegen diese Resolution gestimmt mit dem Hinweis darauf, daß zuerst die Versorgungsfürsorge in geordnete Bahnen zu bringen sei, ehe man daran denken könne, mit solchen Spendenmitteln einen sogenannten sozialen Ausgleich in Härtefällen herbeizuführen. Die gegen die Resolution abgegebene Stimme ist nach erneuerter Debatte in Stimmenthaltung umgewandelt worden.

Für die Kriegs- und Arbeitsopfer sowie die gesamte Arbeiterschaft ist es ganz selbstverständlich, daß die Hindenburg-Spende, deren Ergebnis ähnlich sein wird wie bei der Nationalen Stiftung für Hinterbliebene und bei der Ludendorff-Spende, keinerlei Unterstützung finden darf.

Unsere Parole heißt also bei dem Rummel für den 2. Oktober, dem Geburtstag des „Retters":

Taschen zu!

Massenversammlung gegen Kulturreaktion

Am nächsten Freitag, dem 30. September, spricht Genosse Peter Maslowski, Berlin, im „Volkspark" in einer öffentlichen Versammlung des hallischen Kampfbundes gegen die Schulreaktion über das Thema: „Fort mit dem reaktionären Schulgesetzentwurf!" Alle Arbeiterorganisationen von Halle haben diesen Tag unbedingt freizuhalten und dafür zu sorgen, daß ihre Mitglieder sich restlos an der Veranstaltung beteiligen. Es wird kein Eintritt erhoben werden.

Ein Rattenkönig von Gülland-Prozessen

Herr Gülland muß sich auf seiner Italien-Reise großartig erholt haben. Denn nachdem er wieder in Amt und Würden ist, hat er nichts eiligeres zu tun, als eine Offensive gegen den „Klassenkampf" zu erreichen, die wahrhaft ereignend ist. Er benutzt dazu nicht nur den kommenden Prozeß, sondern auch die bürgerliche Presse, in der er seiner Wut freien Lauf läßt. Ausgenommen die „Hallischen Nachrichten", jenes „objektive Blatt", das z. B. für die Mieter gar nichts, für die Hausbesitzer aber alles übrig hat, bringen in ihrer gestrigen Nummer eine lange Erklärung des Landgerichtspräsidenten Gülland, aus der hervorgeht, was dieser Herr in seinem Zorn alles anzustiften gedenkt. So hat er nicht nur gegen den „Klassenkampf" eine Reihe neuer Prozesse angestrengt, sondern auch gegen alle anderen Zeitungen, welche sich mit dem Fall beschäftigten, als da sind: **„Montag-Morgen", Berlin, „Das rote Echo", Erfurt, „Arbeiter-Zeitung", Aachen.**

Und dann gibt Gülland — wenn es ein schäbiger Zivilist tut, nennt man so etwas Eingriff in ein schwebendes Verfahren — den Hallischen Nachrichten" genaue Auskunft über den Stand der Dinge. Er erklärt da:

„Die eingehenden Ermittelungen, die die hiesige Polizei und Staatsanwaltschaft nach dem Verschwinden des Hausmädchens Ida Bergmann angestellt haben, befinden sich in den Strafakten 25 J 1903/26. Dieses Verfahren ist durch Verfügung der Staatsanwaltschaft vom 7. Februar 1927 eingestellt.

Zwei andere Verfahren richten sich gegen Lademann und betreffen die Artikel des „Klassenkampf" bezüglich des Verschwindens der Ida Bergmann. **Diese Akten liegen zurzeit mit einem Bericht des Herrn Generalstaatsanwalts dem Justizministerium vor.** Auf meine Anregung hat mir der Herr Oberlandesgerichtspräsident durch ein Schreiben vom 22. September mitgeteilt, er habe den Herrn Justizminister gebeten, die betreffenden Akten dem hiesigen Amtsgericht Abt. 21 unmittelbar zu übersenden."

Wer den Papst zum Vetter hat, wird Kardinal. Und es ist nur natürlich, wenn sich das Justizministerium auf Güllands Seite schlagen würde. Geht es doch in diesem am 3. Oktober stattfindenden Prozeß nicht um eine einfache Beleidigungsklage gegen das Redaktionsmitglied einer kommunistischen Zeitung, sondern um eine Rechtsfrage dieser Justiz (die in den weitaus größten Bevölkerungsschichten allerdings gar keins mehr zu verlieren hat). Gülland ist hier nicht eine Einzelperson, sondern er ist Symbol für diese Richtr. Symbol für die Gerechtigkeit im bürgerlichen Klassenstaat. Und die ist auch danach.

Freis'pruch für das Op'er des sozialdemokratischen Amtsvorstehers Richter aus Brachstedt

Das Ende einer schmutzigen Geschichte

Unseren Lesern wird noch bekannt sein, daß vor nahezu vier Jahren der Mühlenbesitzer Schröder aus Brachstedt vom Schöffengericht in Halle zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt wurde. Schröder sollte an der jetzt 26 Jahre alten Dienstmagd Loebe eine Abtreibung erfolgreich durchgeführt haben. Die Loebe selbst hatte die Geschichte zur Anzeige gebracht und den Mühlenbesitzer als denjenigen bezeichnet, durch den sie in Schwangerschaft geriet und der ihr auch eigenhändig die Leibesfrucht wieder abgetrieben haben sollte. Schröder hat stets seine Unschuld beteuert, und obwohl er nur von der damals mit angeklagten Loebe belastet wurde, glaubte das Gericht seinen Unschuldsbeteuerungen nicht sprach ihn schuldig und verurteilte ihn zu der obigen Strafe. Die Loebe selbst erhielt damals 6 Monate Gefängnis.

Alle Versuche Schröders, die Strafsache von neuem aufzunehmen, scheiterten. Seine Revision wurde verworfen, und nur seinen zahlreichen Gelubden und Anträgen auf Strafaussetzung hat er es zu danken, daß das rechtskräftig gewordene Urteil bisher nicht vollstreckt wurde. Durch einen Zufall kam es dann an den Tag, daß Schröder tatsächlich die ihm zur Last gelegte Straftat nicht begangen hat. In einer anderen Abtreibungssache gegen eine hiesige Einwohnerin erwähnte diese, daß sie auch bei der Loebe die Abtreibung vorgenommen habe. Schröder mußte also unschuldig sein und es tauchte nun die Frage auf, was die Loebe veranlaßt haben könne, gegen Schröder eine wissentlich falsche Aussage zu erstatten. Gleichzeitig aber schwirrten durch Brachstedt die mildesten Gerüchte, die wie sich in späteren Strafverfahren herausstellte, meistens auf Wahrheit beruhten. Demnach sollte der sozialdemokratische Amtsvorsteher und Sattlermeister Richter aus Brachstedt mit der Loebe ein sehr intimes Verhältnis unterhalten haben. Sie war mit kurzen Unterbrechungen längere Zeit bei Richter bedienstet gewesen. Auch hat es Richter verstanden, in seiner Sattlerei die Polizeiarbeiten zu lassen, wobei er dann immer dafür sorgte, daß er mit dem Mädchen allein war.

Bei der Loebe handelt es sich um eine kleine verunstaltete Person die geistig gar nicht dazu fähig war, eine solch formgerechte Anzeige gegen Schröder, wie sie seinerzeit vorlag, aufzusetzen. Daraus ergab sich daß ihr dieser Schritt von anderer Seite suggeriert sein mußte. Der Verdacht lenkte sich auf den Sozialdemokraten Richter der als Schürzenjäger und skrupelloser Mensch selbst in den Kreisen seiner eigenen Parteigenossen verschrien war. Als diese Akte von Amtsanwalt darauf verhaftet werden sollte hatte er bereits Lunte gerochen und **war bei Nacht und Nebel geflüchtet.** Richter wollte nach Bulgarien, wurde jedoch erwischt und in das Untersuchungsgefängnis Halle eingeliefert.

Bei dem darauffolgenden Prozeß hielt das Gericht auf Grund der umfangreichen Zeugenvernehmung für erwiesen, daß Richter die Loebe veranlaßt hat, die falsche Anzeige gegen Schröder zu erstatten. Richter wurde seinerseit zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und Ehrverlust verurteilt. In einer zweiten Verhandlung vor der Berufungsinstanz wurde dieses Urteil dann allerdings auf 1 Jahr und 8 Monate Zuchthaus unter Beibehaltung des Ehrverlustes gemildert.

Jetzt hatte sich das Schöffengericht nun im Wiederaufnahmeverfahren nochmals mit der Strafsache gegen Schröder zu beschäftigen. Als Zeugen waren die Loebe und die Frau, die seinerzeit die Abtreibung an ihr vornahm, geladen. Es wurde einwandfrei festgestellt daß Schröder zu Unrecht verurteilt worden war. Die Loebe selbst erklärte, daß sie sich an Schröder habe rächen wollen, weil dieser, nachdem er einmal Geschlechtsverkehr mit ihr betrieben hatte sie nachher verschmähte. Das Gericht kam auf Grund dieser Beweisaufnahme zu der Ansicht daß Schröder tatsächlich unschuldig verurteilt worden ist. Er wurde nunmehr völlig freigesprochen und soll auch die ihm entstandenen notwendigen Auslagen in seiner Strafsache aus der Staatskasse erstattet erhalten.

Damit ist der Rattenkönig von Prozessen in dieser vielbesprochenen Angelegenheit endlich zerfiel. Lernen kann man aus diesen Prozessen wie unendlich leicht es ist, einen Menschen auf Grund falscher Verdachtsmomente ins Gefängnis zu bringen, und wie ebenso schwer es ist, ein Wiederaufnahmeverfahren erfolgreich durchzuführen. Im vorliegenden Falle hat nur der Zufall dazu beigetragen, das Fehlurteil des Schöffengerichts gegen Schröder erkenntlich zu machen. Weiter hat jeder sich aber ein Bild über die Zustände innerhalb der SPD. machen können. Hätte man die Ratschläge verschiedener Funktionäre befolgt, so hätte man Richter schon vor Jahren aus der SPD. ausschließen müssen. Die SPD.-Führung hat ihren äußerst ehrenhaften Genossen jedoch bis zuletzt verteidigt und zuletzt auch noch auf, als die Zuchthausstrafe von 3 Jahren auf 1 Jahr und 8 Monate reduziert wurde.

Rumtrüffel, die nach Seife schmecken

waren die Ursache für ein Strafverfahren, das sich gegen einen hiesigen Nahrungsmittelhändler richtete. Einem kleinen Zuckerwarenfabrikanten wurde von seinen Abnehmern die gelieferten Rumtrüffel zurückgeschickt, weil diese einen ranzigen Geschmack hatten, der auf verdorbene Zutaten schließen ließ. Der Fabrikant glaubte die Ursache im verdorbenen Kakao gefunden zu haben, den er, da sein Großhändler nicht liefern konnte, von einem hiesigen Kleinhändler bezogen hatte. Da sich der Kleinhändler nicht bereit erklärte, für den Schaden aufzukommen, erstattete der Fabrikant nun Strafanzeige.

Die Angelegenheit verlief jedoch wie das Hornberger Schießen, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß der verdorbene Kakao von dem angeklagten Kleinhändler stammte. Vielmehr hatte der Fabrikant auch noch von einer anderen Firma gelieferten Kakao verwendet. Das Nahrungsmittelunterluchungsamt hatte zwar festgestellt, daß eine Kakaoprobe tatsächlich verdorben war. Die von dem Kleinhändler entnommene Probe war hingegen als einwandfrei befunden worden Außerdem wurde von einem Sachverständigen des hiesigen Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes nachgewiesen, daß der seifige Geschmack niemals von dem verdorbenen Kakao herrühren könne und vielmehr darauf schließen lasse, daß die verwendete Cocosfettmasse ranzig gewesen sei oder Unachtsamkeit bei der Fabrikation vorgelegen habe. Der Kleinhändler wurde daraufhin freigesprochen.

Interessant aber ist noch der Gewinn, den die Schokoladenfabrikation einbringt, und der selbst bei den Richtern einiges Staunen hervorrief. Aus 1 Pfd. Kakao, 2 Pfd. Cocosfett, etwas Rumöl, Fondant und Schokoladenstäuseln ergibt sich beispielsweise eine Trüffelmasse, ausreichend für 20 Pfund Rumtrüffel. Im niedrigsten Falle bezahlt der Verbraucher für ein Pfund Rumtrüffel 1 Mark, während der Preis für die verwendeten Zutaten 15 bis 20 Pf. pro Pfund betragen dürfte. Bedenkt man weiter, daß beispielsweise die großen Schokoladenfabriken ihre Rohstoffe im en-gros-Kauf, also noch weit billiger beziehen, sich der modernsten Maschinen zur Herstellung bedienen und sich ihre Fabrikate weit teurer bezahlen lassen, dann kann man sich ein Bild über den Riesengewinn machen, der diesen „süßen" Fabrikanten in die Tasche fließt.

Wieder eine Fahrradgeschichte

Großes Pech hatte ein Fahrradmarder namens Riedel, der sich dieser Tage vor dem Amtsgericht zu verantworten hatte. An einem schönen Sommerabend machte er die Bekanntschaft eines Radlers, den die Langeweile zu plagen schien. Schließlich wurde man sich einig, die Freudenhäuser der Straße Schlamm aufzusuchen. Beide tranken hier mehrere Flaschen Bier, die der neu gefundene Freund mit je einer Mark bezahlte. Als dieser dann noch von weiteren Freuden kosten wollte, benutzte Riedel die Gelegenheit, das im Hausflur stehende Rad des Verliebten zu nehmen und damit das Weite zu suchen.

Der moderne Casanova merkte jedoch etwas, ließ seine bezahlte Partnerin im Stich, um sein Fahrrad zu retten. Als er auf die Nikolaistraße kam, sah er gerade noch, wie Riedel die Große Ulrichstraße überquerte und in die Steinstraße einbog. Obwohl es aussichtslos war, einem Radfahrer mit einem solchen Vorsprung nachzulaufen, setzte der betrogene Freund dem Riedel nach. Und es hat sich gelohnt. Der Besitzer konnte noch am gleichen Abend sein Rad wieder in Empfang nehmen. Riedel hatte im Eifer seines dunklen Vorhabens und im Bestreben, möglichst schnell den Ort seiner Tat weit hinter sich zu lassen, vergessen, daß es bereits dunkel war. Er fuhr geradenwegs einem Schutzpolizisten in die Arme, der ihn nach seinem Namen fragte, weil er ohne Licht fuhr. Riedel gab dem Beamten gegenüber einen falschen Namen an. Inzwischen hatte aber der Eigentümer des Rades seinen angehaltenen Freund erreicht und bezichtigte ihn des Diebstahls. Riedel wurde nun vorläufig festgenommen und hatte sich jetzt wegen Diebstahls zu verantworten.

Er versuchte glaubhaft zu machen, daß er die Tat in vollständig betrunkenen Zustand begangen habe und sich kaum an alles erinnern könne. Aber dieser Entschuldigungsversuch glückte nicht. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er gar nicht so betrunken war. Wegen des Diebstahls bekam er eine Gefängnisstrafe von einem Monat, und weil er auf dem gestohlenen Rade die Flucht ergriffen hat, ohne vorher ordnungsmäßig die Laterne anzuzünden, hat er außerdem noch eine Ordnungsstrafe von fünf Mark zu zahlen.

Wozu Stenographie?

Vom Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bund wird uns geschrieben:

Mit der körperlichen Entwicklung und Stählung muß auch die geistige Schritt halten. Beide vereint werden die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen vorwärts bringen. Jeder einzelne geht in Versammlungen, hört sich Vorträge an, liest, oder ist Funktionär in einer Bewegung, muß Tagungen besuchen, beteiligt sich an Kursen. Dabei muß er sich der Schrift bedienen. Eine große Erleichterung, Zeit- und Geldersparnis bietet dafür die Stenographie. Die Arbeiterschaft hat eine solche Organisation seit über 30 Jahren, die ihnen diese Kenntnisse durch die Arbeiterstenographie, die Volkskurzschrift Arends, vermittelt. Die Erfolge sind auf Grund der Einfachheit, Kürze und praktischen Anwendung sehr gute. Deshalb kann sie auch der Handarbeiter leicht erlernen und sich bei schriftlichen Arbeiten sehr viel Zeit ersparen. War an mündlichen Kursen in unseren Mitgliedschaften nicht teilnehmen kann lerne brieflich und fordere die Unterrichtsbedingungen an vom Arbeiter-Stenographen-Bund, Zentrale für beruflichen Unterricht, Waldenburg i. Schl., Fürstensteiner Straße 41.

Hallische Tageschronik

Selbstmordversuch wegen Krankheit. Am 27. September gegen 12.15 Uhr versuchte an der Genamer-Brücke eine 27jährige weibliche Person in selbstmörderischer Absicht in die Saale zu springen. Von zwei Männern wurde sie zurückgehalten und der Polizeiwache zugeführt. Der Grund zu der Tat ist in Nervenkrankheit zu suchen.

Und noch ein Selbstmordversuch. Am 28. September gegen 7.30 Uhr versuchte in seiner Wohnung in der Blumenhalstraße ein 21jähriger Mann durch Oeffnen von drei Gashähnen sich das Leben zu nehmen. Der Lebensmüde wurde mittels Krankenwagens dem Diakonissenhaus zugeführt. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

Im Stadtbankprozeß werden sich nicht weniger als 29 Angeklagte, darunter Direktor Berger zu verantworten haben. Herr Seydel fehlt allerdings unter den Angeklagten. Die in kleiner Schrift gedruckte Anklageschrift ist über 200 Seiten stark. Der Beginn des Prozesses steht noch nicht fest. Man hat ja Zeit und muß inzwischen Kommunisten aburteilen

Scheckschwindler. In letzter Zeit ist in verschiedenen Städten ein Scheckschwindler aufgetreten, der in Geschäften Waren in kleineren Mengen einkauft und diese mit einem Scheck der Gewerbebank Bochum bezahlt. Da der Scheck auf eine größere Summe lautet, als der Wert der Waren ausmacht, läßt er sich die Restsumme auszahlen. Die Schecks sind gefälscht. Der Schwindler ist ca. 22 Jahre alt, 1.65 groß, hat schwächliche Gestalt und schmales Gesicht. Vor dem Schwindler wird gewarnt.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Am Sonnabend, dem 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer) fällige Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

(Schluß des lokalen Teils im Hauptblatt auf Seite 4)

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark"

Wichtige Sitzung

aller Parteigenossen im RFB. Kein Genosse darf fehlen. Partei- und RFB.-Buch mitbringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Die Dresdener Fußball-Städtemannschaft in Wien 2:6 geschlagen

Die Dresdener waren nicht in der Lage, ihre Ostern auf heimischem Boden erlittene 1:3-Niederlage in Wien wieder wettzumachen. Vor 4000 Zuschauern mußten sie sich dem besseren Spiel der Wiener beugen.

Bei dem tags darauf in Graz durchgeführten Spiel gingen die Dresdener dreimal in Führung. Zu weiteren Torerfolgen reichten die Kräfte jedoch nicht mehr aus. Die letzten 20 Minuten gehörten den Niederösterreichern. Ein Unentschieden wäre gerechter gewesen, schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung".

Berichterstatter-Zentrale

Am Sonntag, dem 2. Oktober, vormittags ½10 Uhr, findet im „Volkspark" eine Berichterstatterversammlung statt. Dazu hat jeder Berichterstatter bei Vermeidung von Strafe zu erscheinen. Laut versandtem Rundschreiben Nr. 1 werden die Vereinsleiter gebeten, an dieser Versammlung teilzunehmen. J. A.: Franz Pabst.

Fußball

Am Sonntag, dem 2. Oktober, auf dem Teutonia-Sportplatz

Meisterschaftsspiele

1	11 Uhr	Wörmlitz 1. Jugend — Fichte 1. Jugend	Uebe, Trotha
2	¼13 Uhr	Diemitz 2. — Trotha 3.	Schade, Wörmlitz
3	14 Uhr	Diemitz 1. — Trotha 2.	Thomaß, Lettin
4	¾16 Uhr	Zörbig 1. — Lettin 1.	Friedemann, Viktoria

Zu Spiel Nr. 1 stellt Lettin 2, zu Spiel Nr. 2 stellt Fichte 2, zu Spiel Nr. 3 stellt Wörmlitz 2 Linienrichter. Zu Spiel Nr 4 haben als Linienrichter zu erscheinen: Sportgenosse Uebe, Stone (Trotha), Arendt und Kaps (Diemitz). Die Spiele finden auf dem Teutonia-Platze statt. Teutonia sorgt für ordnungsmäßigen Aufbau des Platzes. Jede spielende Mannschaft hat einen spielfähigen Ball mitzubringen. Umkleidelokal: Müllers Restaurant, Cröllwitzer Straße.

Gesellschaftsspiele

1	½10 Uhr	Teutonia Jugend — Minerva Jugend	Trotha
2	½13 Uhr	Lettin Jugend — Diemitz Jugend	Teutonia
3	15 Uhr	Lettin 3. — Diemitz 3.	Fortuna
4	½10 Uhr	Cröllwitz 1. — Wörmlitz 1.	Thamhayn, Ammendorf
5	11 Uhr	Cröllwitz 2. — Wörmlitz 2.	Lettin
6	10 Uhr	Fortuna 2. Jugend — Teutonia 2. Jugend	Viktoria
7	14 Uhr	Fortuna 3b — Cröllwitz 3.	Askania
8	½16 Uhr	Fortuna Schüler — Giebichenstein Schüler	Cröllwitz
9	14 Uhr	Merseburg 2. — Kayna 2.	Bocke, Minerva
10	½16 Uhr	Merseburg 1. — Kayna 1.	Bocke, Minerva
11	½15 Uhr	Trotha Jugend — ASC. Jugend	Teicha
12	16 Uhr	Trotha 1. — ASC. 1.	Bergmann, Gröbers
13	12 Uhr	Gröbers Jugend — Teicha Jugend	Bruckdorf
14	½15 Uhr	Gröbers 2 — Brachstedt 2.	Bruckdorf
15	16 Uhr	Gröbers 1. — Brachstedt 1.	Krause, Ammendorf
16	½13 Uhr	Reideburg Jugend — Fichte Jugend	Minerva
17	14 Uhr	Reideburg 2. — Fichte 2.	Gröbers
18	16 Uhr	Reideburg 1. — Fichte 1.	Stenzel, Cröllwitz
19	½10 Uhr	Viktoria 3b — Mötzlich 3.	Fichte
20	11 Uhr	Viktoria 1. Schüler — Dölau 1. Schüler	Giebichenstein
21	12 Uhr	Viktoria 1. Jugend — Dölau 1. Jugend	Löbejün
22	13 Uhr	Viktoria 3. — Dölau 3.	ASC.
23	½15 Uhr	Viktoria 2. — Dölau 2.	Teicha
24	16 Uhr	Viktoria 1. — Dölau 1.	Gneist, Teicha
25	½13 Uhr	Minerva Schüler — Viktoria Schüler	Minerva
26	½14 Uhr	Minerva 2. — Teutonia 2.	Viktoria
27	15 Uhr	Minerva 1. — Teutonia 1.	Hübler, ASC.
28	13 Uhr	Löbejün 2. — Passendorf 1.	Brachstedt
29	½15 Uhr	Löbejün Jugend — Bruckdorf Jugend	Teicha
30	16 Uhr	Löbejün 3. — Bruckdorf 3.	Lettin
31	14 Uhr	Bruckdorf 2. — Giebichenstein 2.	Viktoria
32	½16 Uhr	Bruckdorf 1. — Giebichenstein 1.	Damm, Fortuna
33	½11 Uhr	Amsdorf 1. — Töllme 1.	7. Bezirk
34	¼14 Uhr	Lettin 2. — ASC. 2.	Askania
35	½13 Uhr	Askania Jugend — Sandersleben Jugend	Cröllwitz
36	½14 Uhr	Askania 2. — Sandersleben 2.	Giebichenstein
37	½16 Uhr	Askania 1. — Sandersleben 1.	Schulze, Teutonia
38	10 Uhr	Wörmlitz Schüler — Mötzlich Schüler	Wörmlitz
39	11 Uhr	Minerva 3. — Teicha 3.	Wörmlitz
40	½17 Uhr	Teicha 1. — Ammendorf 1.	Hillebrecht, Minerva
41	10 Uhr	Ammendorf 1 Jugend — Wörmlitz 1. Jugend	Bruckdorf
42	15 Uhr	Ammendorf 2. — Mötzlich 1.	Diemitz
43	½17 Uhr	Ammendorf 3a — Mötzlich 2.	Zörner, Askania

Zu Spiel Nr. 1 haben Sportgenosse Franz Stricksner und Franz Bertram (Trotha) zu erscheinen. Umkleidelokal: Müllers Restaurant, Cröllwitzer Straße. Zu Spiel 23 haben Sportgenosse Willi Nitzer und Herm. Beyer (Teicha) zu erscheinen. Lokal: „Eisbörse", Mansfelder Straße. Spiel 1 hat noch zu erscheinen: Knauth (Diemitz), Spiel 23; Hillebrecht (Minerva). Der Obmann: A. Pezold.

Der Tabellenerste spielt auf eigenem Platz unentschieden!

Was niemand erwartet hatte, traf am Sonntag ein. Der Tabellenführer Greppin ließ sich ein Unentschieden von 2:2 aufzwingen. Sandersdorf siegt gegen Wolfen überraschend hoch mit 6:1 (2:0). Greppin 1. — Petersroda 1. 2:2 (2:1). Greppin hat Anstoß und legt das Spiel sofort in des Gegners Hälfte. Petersroda muß sich in der ersten halben Stunde zweimal für besiegt erklären, vermögen jedoch aus dem Gedränge heraus das Ergebnis auf 2:1 abzuschwächen. Nach Wiederanstoß ist Greppin weiterhin überlegen, ohne jedoch jeglichen Erfolg zu erzielen. Petersroda hingegen gelangt durch Selbsttor des Greppiner linken Verteidigers zum Ausgleich. Beide Mannschaften befleißigen sich einer fairen und ruhigen Spielweise. Schiedsrichter leitete einwandfrei. Sandersdorf 1. — Wolfen 1. 6:1 (2:0). Das Ergebnis entspricht ganz dem Spielverlauf. Sandersdorf ist im ganzen Spiel überlegen und stellt das Resultat bis zur Pause auf 2:0. Nach der Halbzeit ist Sandersdorf weiterhin in Front, während Wolfen sehr nachläßt. Der Sandersdorfer Sturm nützt dies aus und stellt das Ergebnis bis zum Schluß auf 6:1, dem Wolfen nur das längst verdiente Ehrentor entgegensetzen kann. Schiedsrichter leitete einwandfrei. Untere Mannschaften: Sandersdorf 2. gegen Wolfen 2. 2:2. Zscherndorf 1. — Radis 1. 8:0. Sandersdorf 1. Jugend gegen Wolfen 1. Jugend 2:1. Der Neuling Zscherndorf brachte eine recht beachtliche Leistung zustande.

Wacker-Hohenmölsen 1. — Zeitz 1. 2:2

Eins der schwersten Spiele fand hier seine Erledigung. Z. an nächster Stelle hinter dem Bezirksmeister marschierend, ist als äußerst spielstark bekannt. H. schaffte es und nur haarscharf entging Z. der Niederlage, erst in den letzten Minuten erzielten sie den Ausgleich. Beide Mannschaften gaben alles her, um den Sieg zu erringen, doch keinem gelang es, sie mußten sich die Punkte teilen. Z. technisch etwas besser. Leider verstanden sich H. nicht immer, das erste Tor für Z. war zu verhindern. Der Turm in der Schlacht war der H. Tormann. Er riß gestern die Zuschauer von seinen Leistungen zu großem Beifall hin. Zum Spiel kurz folgendes: Z. hat Anstoß, kommt aber nicht durch. Torbesuche hüben und drüben, bis H. erstmalig einsendet. Z. will aufholen, immer weiter auf und ab. In schönem Zusammenspiel kommt H. zu Nr. 2. Bei diesem Stande geht es in die Pause. Nach Wiederanstoß dasselbe Bild, jedes sucht neue Vorteile. Z. hat jetzt etwas mehr vom Spiel. Durch den groben Fehler des H. Verteidigers kommt Z. dann zum ersten Tor. Auch für H. lagen weitere Erfolge mehrfach in der Luft, doch weiß vor allem die Mitte nichts mit den Bällen anzufangen. — Hohenmölsen 2. gegen Teuchern 2. 1:2. Nach beiderseitigem offenen Spiele ließ sich H., trotzdem sie in Führung lagen, noch diese Niederlage beibringen. — Hohenmölsen 3. — Teuchern 3. 1:0. — **Fußball am Sonntag, dem 2. Oktober:** Hohenmölsen 1. — Wählitz 1. in W., Anstoß 15 Uhr; Hohenmölsen 2. — Wagnest 2. in H., Anstoß 12.30 Uhr; Hohenmölsen 3. — Trebnitz 2. in H., Anstoß 9 Uhr.

Hindenburg-Rummel oder Arbeitersport

Denunziantenstückchen der „Halleschen Zeitung"

Das Länderhandballspiel Oesterreich—Deutschland hat für den Arbeitersport in Halle einen werbenden Abschluß gefunden. Das Spiel war eine Delikatesse und ein Beweis der Vielseitigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Aber auch in politischer Hinsicht hat das Länderspiel etwas Interessantes gebracht, nämlich die offenen Anfeindungen der bürgerlichen Presse. In der Sonntagmorgen-Ausgabe der „Hallischen Zeitung" finden wir einen Artikel mit der Ueberschrift

Kommunisten-Rummel in Halle.

Da stehen Sätze drin, die eben nur ein „Treuteutscher" schreiben kann, der wohl weiß, daß am Hindenburg-Geburtstage ein großer bürgerlicher Sportrummel herrscht. Die Einteilung und Bearbeitung der hiesigen Arbeitersport-Organisationen kann dieser Herr nicht kennen. Und deshalb ist der Artikel reif für den „Gemütlichen Sachsen". Es verlohnt, den ganzen Artikel abzusetzen damit die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Sportler sehen, wie die bürgerliche Pressekanaille versucht, das Arbeiter-Sportkartell, als das „sogenante" recht klein und unscheinbar hinzustellen. Der Artikel lautet:

Halle, 25. September.

Kommunisten-Rummel in Halle

Auch eine Ausrede

Aus Anlaß des Handball-Länderspieles zwischen Deutschland und Oesterreich, das heute in Halle stattfindet, fühlte sich das sogenannte „Arbeiter-Sportkartell" — in Wirklichkeit sind es die Kommunisten — veranlaßt, einen regelrechten kommunistischen Rummel zu veranstalten. Nachdem sie ihre „Kollegen" aus Oesterreich vom Bahnhof abgeholt hatten, ging es unter dem üblichen Tamtam durch die nach ihrem Bestimmungsort führenden Straßen.

An und für sich wäre ja gar nichts dabei, wenn die ganze Geschichte nicht einen Haken hätte. Es ist bekannt, daß der Regierungspräsident anläßlich der bedauerlichen Vorfälle bei der Sacco-Vanzetti-Affäre jegliche Umzüge der Kommunisten verboten hat. Und nun auf einmal muß man es erleben, daß trotzdem wieder ein solcher Umzug stattfindet. Das „Arbeiter-Sportkartell" trifft keine Schuld; denn es hatte für diesen Umzug um Erlaubnis gebeten und sie auch erhalten. Natürlich den Kommunisten räumt man ein, was man anderen verwehrt. In Halle weiß jeder Mensch, daß das „Arbeiter-Sportkartell" keine freigewerkschaftliche, sondern nicht mehr und weniger eine rein kommunistische Vereinigung ist. Und im Polizeipräsidium hätte man vorher wissen müssen, daß das „Arbeiter-Sportkartell" den ganzen Umzug nur deshalb veranstaltet hat, um Reklame zu schinden. Aber dort hat man natürlich davon keine Ahnung und läßt die Kommunisten tun, was sie wollen.

Es muß jetzt einmal dem Herrn Polizeipräsidenten in aller Form klar und deutlich gesagt werden, daß wir keine Lust haben, uns derartige einseitige Maßnahmen länger gefallen zu lassen; denn die Erlaubnis für diesen Umzug ist mehr oder weniger eine Verbeugung nach Links von seiten des Polizeipräsidenten.

Unsere „Kollegen" aus Oesterreich sind aber nicht nach Deutschland gekommen, um beim Sport recht unfair zu spielen, oder um sich „national" zu bewegen, wie es bei den bürgerlichen Sportlern üblich ist, sondern die österreichischen Arbeitersportler sind als überzeugte Genossen gekommen und wollen sich mit uns international verbrüdern gegen die Reaktion, gegen die Kriegstreiber.

Nicht das Arbeiter-Sportkartell hat den Umzug angemeldet, sondern die Turnersparte im Auftrage unseres Bundes. Somit verfehlen die Anwürfe der „Hallischen Zeitung" ihr Ziel. Das Arbeitersport- und Kulturkartell Halle ist der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege angeschlossen, da verfangen die orte, es sei eine reine kommunistische Vereinigung, nicht. Auch das Polizeipräsidium weiß genau, daß alle vom Arbeitersport- und Kulturkartell Halle veranstalteten Werbeumzüge und Demonstrationen ständig in aller Ordnung durchgeführt sind. Aber den bürgerlichen Sportlern fällt die intensive zielbewußte Führung der hiesigen Arbeiter-Sportorganisationen auf die Nerven. Die Zuschauermengen auf den bürgerlichen Sportplätzen lassen wohl nach?

In dem letzten Absatz des Denunzianten-Artikels wird dem Polizeipräsidenten Oerle der Vorwurf gemacht, zugunsten der ††† Kommunisten Verbeugungen zu machen, und es wird die Drohung ausgesprochen, einmal abrechnen zu können.

Wir haben in unserer Montagnummer die näheren Umstände veröffentlicht, unter denen Herr Oerle bzw. seine Dubiel-Polizei sich vor den Arbeitersportlern „verbeugt" hat. Das Vorgehen der Polizei war geradezu provozierend. Von „Jungkommunisten" war bei dem Umzug nichts zu sehen, wohl aber von jungen Sportlern, die kommunistischen Organisationen angehören. Ob nun die Teutschnationalen keine Lust haben, sich von der Polizei einseitig behandeln zu lassen, kann uns gleichgültig sein. Wer aber gesehen hat, wie Herr Dubiel mit seinen Getreuen stierhaft um die einfache, schlichte rote Fahne kämpfte, um diese zu beschlagnahmen, der muß erkennen, daß die Drohung und Forderung der Teutschnationalen an den Polizeipräsidenten der Schrei ist, nach weiterem blutigen Eingreifen (Pietzker-Mord, Sacco-und-Vanzetti-Demonstration) bei günstigen Gelegenheiten. Das nennt man Diktatur der Reaktion.

Arbeitersportler Halles! Nun erst recht hinein in die Kommunistische Partei. Lest den „Klassenkampf", der ständig die Reaktion entlarvt, und werbt für einen klassenbewußten Arbeitersport.

Freier Wassersportverein Halle

Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 2.30 Uhr

Gr. Hallen-Schwimmfest

im Stadtbade

Nach Beendigung im „Volkspark" großer Ball.

Eintritt 50 Pf. [673] Der Vorstand.

Freie Thüringer Fußball-Vereinigung, 5. Kreis, 4. Bezirk. Bezirk Zeitz. Bezirksschiedsrichtertag am 18. September 1927.

Sportgenosse W. Brösel, welcher vom Bezirksvorstand beauftragt war, einen Schiedsrichtertag einzuberufen, eröffnet denselben ½9 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Präsenz, 2. Organisatorisches, 3. Anträge, 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift Sportgenosse Darstein als Bezirksleiter das Wort und begrüßt die Delegierten im Namen des Bezirksvorstandes und wünscht der Tagung einen guten Verlauf im Interesse der Bewegung. Zu 1: Laut Anwesenheitsliste wird festgestellt, daß von 22 Vereinen 15 vertreten sind mit 23 Delegierten. 5 Vereine fehlen unentschuldigt, 2 entschuldigt. Es wird beschlossen, die fehlenden Vereine Trebnitz, Teuchern, Droyßig, Theißen und Zerbau mit 5 Mark zu bestrafen. Zu 2: Sportgenosse Darstein gibt in kurzen Umrissen bekannt, was den Bezirksvorstand bewogen hat, die Tagung einzuberufen, und wünscht, da die Verhältnisse mit dem Obmann nicht mehr so weitergehen können, endlich eine Klärung in der Schiedsrichterbewegung. Der Obmann, Sportgenosse W. Scholz, ergeht sich in Entschuldigungen und führt aus, daß der gesamte Bezirksausschuß, besonders aber der Sportgenosse Darstein, verantwortlich zu machen sei für seine Haltung dem Bezirk gegenüber infolge einseitiger und persönlicher Handlungen. Sportgenosse Darstein tritt den Ausführungen des Obmanns entgegen und weist alle Anschuldigungen desselben zurück. Desgleichen die Genossen Meißner und Brösel. Sportgenosse Otto Juch macht dem Obmann einen strenge Vorwurf und sagt, daß es unbedingt Pflicht war, seine Unlust in der Bezirksleitung bekanntzumachen, um etwaige Mängel auszumerzen, und es keine Art und Weise ist, ohne weiteres den Sitzungen des Bezirksausschusses fernzubleiben und sich somit direkt einer schweren Vernachlässigung seines Amtes zuschulden kommen zu lassen. Nach längerer Diskussion fordert Sportgenosse Darstein den Obmann auf, sein Amt weiterzuführen, wie er es übernommen hat, und hofft auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Bezirksvorstand. Sportgen. W. Scholz lehnt jedoch ab, da es seine wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr erlauben, und wünscht Neubesetzung seines Amtes. Die sich nunmehr notwendig machende Neuwahl ergibt die Wahl des Sportgenossen Otto Juch mit 13 gegen 4 Stimmen. Sportgenosse Felsch dankt dem Obmann im Namen der Schiedsrichtervereinigung für seine geleistete Arbeit. Desgleichen Sportgenosse Brösel im Namen des Bezirksvorstandes und hofft und wünscht, daß der neue Obmann sich restlos zur Verfügung stellen möge. Zu 3: Sportgenosse Darstein stellt den Antrag, in aller Kürze einen weiteren Schiedsrichtertag einzuberufen, welcher sich mit den neuen Regeln zu befassen hat. Der Antrag wird angenommen. Sportgenosse W. Scholz stellt den Antrag, daß für jede gemeldete Mannschaft ein Schiedsrichter gestellt werden muß. Derselbe soll am Bezirkstag weitergeleitet werden. Zwei weitere Anträge werden zurückgezogen, einer zum nächsten Schiedsrichtertag zurückgestellt. Zu 4: Sportgenosse W. Brösel bemängelt, daß zu den bisherigen Kreisspielen nie Schiedsrichter aus dem Bezirk Zeitz berücksichtigt worden sind. Die sich anschließende Diskussion ergibt, daß ein diesbezüglicher Antrag an den Kreis gestellt werden soll. Alle Schiedsrichterangelegenheiten gehen an den Sportgenossen Otto Juch, Weißenfels a. S., Marienstraße 1.

Handball

Gesellschaftsspiele am 2. Oktober

10 Uhr	Achilles 1. — 09 1.	Diener, ASC.
11 Uhr	Achilles 2. — 09 2.	Bergholz, Kanna; Robitsch, Seeben.
11 Uhr	Adler 2. — Passendorf 1.	Moian, Beuchlitz; Meinke, 09
15 Uhr	Bennstedt 1. — Nauendorf 1.	Achilles
15 Uhr	Dieskau 2. — Canena 2.	Fichte, Ammendorf
11 Uhr	Seeben 2. — Löbejün 1.	Sportlust
12 Uhr	Achilles — 09 Sportlerinnen	Adler
14 Uhr	Löbejün — Teicha	Seeben
15 Uhr	Naundorf b. N. — Passendorf	Minerva
14 Uhr	Bennstedt — Nauendorf	Achilles
13 Uhr	Zwintschöna — Dieskau	Schraplau
10 Uhr	Trotha — Fichte	Seeben
11 Uhr	Frisch auf — Dieskau Schüler	ABB.

Die Prüflinge haben pünktlich zu erscheinen.

2. Kreis, 6. Bezirk. Verbindlich. Die Kopfsteuer für das 4. Quartal ist fällig und muß nach der Zahl der gemeldeten Spieler am Montag, dem 10. Oktober, bezahlt werden. Die Serienspiele vom 4. September werden am 9. Oktober und vom 25. September am 16. Oktober ausgetragen. Spiel 121 fällt aus, da Fichte nach Bernburg verpflichtet ist. Spiel 190 und 196 findet am 30. Oktober statt. Merseburg hat am Montag, dem 3. Oktober, den Spielleiter in die Geschäftsstunde zu schicken. Die Strafe von Fichte Jugend Halle ist bis 1. Januar 1928 gestundet. Spiel 134 findet in Wörmlitz statt. 3 Uhr. Dies dem Schiedsrichter Schanze, Fichte, zur Kenntnis. Spiel 180, Eisdorf 1. — Wörmlitz 2., findet um 15.15 Uhr statt. Dies Schiedsrichter Fichte, Halle, zur Kenntnis. Schafstädt hat Vorverkaufskarten bis Sonnabend, den 1. Oktober, bei Förster, Merseburger Straße 53, unbedingt abzurechnen. Die Disqualifikation von A. Riemann, Sportlust, ist aufgehoben. In der Börse am 21. September ist Regatta-Mütze vertauscht; selbige ist in der nächsten Geschäftsstunde abzugeben. Spiel 204 leitet Cröllwitz; Spiel 224 Wörmlitz; Spiel 195 Queis; Spiel 150 Bornkessel, Othello; Spiel 194 Merseburg; Spiel 133 Förster, Cröllwitz; Spiel 135 Rößler, ASC.; Spiel 148 Werge, Fichte. Spiel 165 findet um 14 Uhr statt; Spiel 123 um 15 Uhr; Spiel 225 um ½15 Uhr.

Turner

4. Kreis, 1. Bezirk (Raffball). 1. Klasse: Schönefeld — Radefeld 8:0; Altranstädt — Ermlitz 5:2; Taucha — Gautzsch 12:5; Lindenau — Göhren 7:0; Großzschocher — Lößnig 5:2; Südwest — Zöbigker 6:4. 1. Jugendklasse: Altranstädt — Teuditz 5:0; Südwest — Glesien 0:3.

5. Kreis, 4. Bezirk. Ich bitte alle Bezirks- und Gruppenfunktionäre der Turn-, Fußball- und Wassersportsparte, die technischen Ausschüsse zusammenzurufen und die Veranstaltungen für 1928 festzulegen. Zweck: Zusammenstellung des Bezirks-Jahresplanes. Selbiges ist bis spätestens 8. Oktober beim Unterzeichneten einzusenden.

Obmann des technischen Ausschusses: R. Hentzschler, Zeitz, Scharrenstraße 31.

Vereinsmitteilungen

Sportvereinigung Bitterfeld 03. Am Mittwoch, dem 28. September, abends 8 Uhr, findet im Bitterfelder Gesellschaftshaus eine wichtige Mannschaftssitzung der 1. und 2. Elf statt. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Sämtliche Zuschriften gehen ab heute an Willy Petermann, Gartenstraße 13. [672

Sportklub Adler 1895. Sonnabend, 1. Oktober, nach Schluß der Uebungsstunden Mitgliederversammlung im „Bär". In Anbetracht einer wichtigen Tagesordnung ist restloses Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. [674

Sportvereinigung Achilles von 1898. Heute, Mittwoch, abend findet nach der Uebungsstunde eine Vorstandssitzung bei Reichert statt. Den Sportlerinnen zur Nachricht, daß das Spiel am 2. Oktober, mittags von 12 bis 1 Uhr, gegen 09 Sportlerinnen auf dem Sandanger stattfindet. [675

Fichte Halle. Sonnabend, 1. Okt., 7½ Uhr, im „Volkspark" Vorstandssitzung. [676

Fichte (Handball). Die 2. Handballjugend trifft sich Sonntag früh 9 Uhr an der „Glocke" (Ecke Seebener und Trothaer Straße). [677

Schach. Ammendorf. Jeden Freitagabend 8 Uhr Treffpunkt aller Schachfreunde in Café Georgi am Schillerplatz. [678

HFC. Minerva. Spielausschußsitzung am Mittwoch, dem 28. September, fällt aus, dafür am Sonnabend, dem 1. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung. Erscheinen aller Sportgenossen, die für die 3. Mannschaft aufgestellt sind, erforderlich, da Sonntag Spiel. [679

Deutsche Arbeitersportler in Sowjet-Rußland

Trotz des Verbotes der Luzerner Sportführer, die Sommersportveranstaltungen 1927 in Moskau zu besuchen, haben sich außer der Mannschaft des Arbeiter-Athletenbundes auch Berliner Arbeitersportler nicht davon abhalten lassen, nach Rußland zu fahren. Auch aus der finnländischen und lettländischen Sektion der LSJ. haben Arbeitersportler gemeinsam mit den norwegischen und tschechischen Genossen am Sommerfest teilgenommen. Im Anschluß an das Sportfest hatten die Berliner und tschechischen Arbeitersportler Gelegenheit, die Verhältnisse auch in anderen Teilen der Sowjetunion kennenzulernen. Ihre Betrachtungen haben sie in der folgenden Erklärung zusammengefaßt, die wir dem „Arbeiter-Fußball" entnehmen:

„Wir, die an dem allrussischen Sportfest in Moskau teilnahmen, und nachher Charkow, Sebastopol, Yalta, Odessa und Kiew besucht haben, erklären:

Während unseres monatigen Aufenthaltes in der USSR. überzeugten wir uns, daß hier die Arbeitersportbewegung von der Sowjetregierung, den städtischen Sowjets und von den Gewerkschaftsorganisationen gefördert und gestützt wird, wie in keinem anderen Lande.

In allen Städten sind Sportanlagen, Stadione, Schwimmschulen, Schießstände usw. errichtet. Vorzüglich ist die sportärztliche Kontrolle ausgebaut. In speziellen Schulen werden neue Kaders von Instruktoren ausgebildet. Die physische Kultur dringt immer mehr und mehr in die Arbeiter- und Bauernmassen ein. Die mehr als drei Millionen starke Sportbewegung in der Sowjetunion ist ein Beweis, daß nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse die Körpererziehung ihre größte Ausbreitung findet. Ueberall ist das mächtige Interesse für physische Kultur festzustellen.

Wir kamen nach der USSR. nicht nur, um uns über das Wachstum der Sportbewegung zu überzeugen, den technischen Fortschritt und die Leistungen einzuschätzen. Wunsch beider Delegationen war es, auch mit den Arbeitermassen direkt in den Fabriken in Verbindung zu kommen. Dank den russischen Gewerkschaften besuchten wir, wie in Moskau, so auch in der Ukraine und Krim eine Reihe Betriebe, Erholungsheime, Sanatorien, Kinderstätten und andere Institutionen. Unser Eindruck besagt nach alledem: das Arbeitervolk in der USSR. fühlt sich wirklich frei. Es lebt unter viel günstigeren Bedingungen, als das Proletariat in den kapitalistischen Ländern. Durch den fortschreitenden Aufbau der Industrialisierung sind ferner die Bedingungen zur steten Besserung der sozialen und kulturellen Politik gegeben. Einesteils ist die ständige Besserung der Lage der Arbeiterklasse in der USSR. von der Haltung des Proletariats in den westlichen Ländern abhängig. Die beiden Delegationen, die die Möglichkeit hatten, in die Verhältnisse der USSR. Einblick zu nehmen, halten die Schreibweise eines Teiles der sozialdemokratischen Presse über Rußland für das gesamte Proletariat für schädlich. Je mehr sich in der USSR. der Aufbau zum Sozialismus im Aufstieg befindet, desto mehr wird Rußland von seiten der kapitalistischen Länder bedroht. Wer sich in solchem Augenblick nicht als offener Freund Rußlands erklärt, kann nichts anderes als ein Verbündeter der Bourgeoisie sein."

Arbeiter-Sportvereine bestellt eure Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0007

C. Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle a. d. Saale

Halle-Norden

ATLANTIC
Deutsche Seefischvertriebs-Ges.
Tägl. frische See- und Flußfische, Räucherwaren und Marinaden
51563

Karl Weber, Advokatenweg 20
gegenüber der Giebichensteiner Post
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51569

Hans Eckert, Triftstraße 1 Lebensmittel
hausschl. Fleisch- u. Wurstwaren
51570

Arno Ulitzsch, Gr. Brunnenstraße 71
Bäckerei und Konditorei
Täglich: Frische Backwaren
50164

Julius Klostermann
Advokatenweg 27
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
50161

Wir
reinigen und färben
Damen- u. Herren-Garderobe
in bekannter guter Ausführung
Vereinigte Färbereien u. Wäschereien
Mauersberger, Galgenberg, Union, Giesert, G. m. b. H.
Läden:
Geiststraße 15, Leipziger Straße 43
Große Steinstraße 1—2, 11 und 34
Steinweg 25, Merseburger Straße 8
Schmeerstr. 11, Bernburger Str. 15
Landwehrstraße 7
Merseburg: Markt 15
51568

Rind- und Schweine-Schlächterei
ff. Wurstwaren
Emil Rammelt, Reilstr. 60
50702

Trikotagen, Strümpfe, Wäsche u. Strickgarne
D. Geminder
Bernburgerstr. 16
50149

Otto Zörner, Reilstr. 15
Kolonialwaren, Molkereiprodukte, prima hausschl. Wurstwaren
50137

S. Kanner
Reilstraße 18
Strümpfe, Wolle, — Wäsche, —
:: Handarbeiten ::
50136

Drogen Farben Parfümerien
Paul Möckel
Gr. Gosenstraße 12
50156

Rind- u. Schweineschlächterei,
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Willi Dönitz
Triftstr. 30
50166

Otto Trümpler
Burgstraße 1
Bäckerei und Konditorei
51559

Rind- und Schweineschlächterei.
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Karl Laue
Röderberg 7
50157

H. Kryyehne
Advokatenweg 30
Kolonial-, Wurst- und Grünwaren
50160

Karl Landgraf
Burgstr. 13
Bäckerei
50151

Rind- u. Schweineschlächterei
Wurstfabrik
Franz Kunze
Burgstr. 59
50150

Sämtl. Kolonialwaren
Spez.: Obst u. Gemüse
Schlegelmilch,
Burgstraße 72
Markthalle Nord
51560

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten!

Halle-Zentrum

Alfred Voigt, Friedrichstraße 6
hausschlachtene Wurstwaren, Obst, Gemüse
51573

Optisches Institut
Paul Mäder, Leipziger Straße 39
Lieferant für Krankenkassen
Reparaturwerkstatt
51566

Egbert Bohne
nur Geiststraße 33, Ecke Harz
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51564

Minna Beyer, Friedrichstr. 36
pa. frische hausschl. Wurstwaren
51574

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Lederausschnitt, Bedarfsartikel
Wilh. Kraniq, Neue Promenade 14
51571

Rind- und Schweineschlächterei
Wilhelm Nietsch jr., Geiststr. 17
feinste Fleisch- und Wurstwaren
Spez.: Rouladen und Bierwurst
51555

Uhren, Goldwaren
A. Kratz, Uhrmacher
vormals A. Schäfer
jetzt Große Steinstraße 58
Reparaturen preiswert, gut und schnell
51562

Molkerei Merbitz, Halle (Saale)
Freimfelder Str. 8 Freimfelder Str. 8
allerbeste Molkereiprodukte
Spezialität Joghurt-Milch
51558

Funk-Genossen
gehören in den Arbeiter-Radio-Bund
und decken ihren ganzen Bedarf an Rundfunkmaterial im eigenen Heim, Delitzscher Straße Nr. 6b
51557

Photo-Apparate
in jeder Preislage nur beste Fabrikate
Sämtliche Zubehörteile
preiswert und gut
Photo- u. Kino-Spezialhaus
Ballin & Rabe
Poststraße 11 Fernruf 26381
51567

Nur eine Anzeige
im „Klassenkampf“
und Sie sind unser ständiger Inserent!

Alsleben

Schuhhaus Pfeiffer
Alsleben, Burgstraße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art
51387

Kaufhaus Peter Strecker
Markt 2 Markt 2
51530

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabak
Zigarren, Zigaretten, Fischwaren
J. Kämmerer, Alsleben
51384

Tabakwaren, Schokoladen, Kakao, Keks, Zuckerwaren
G. Bredow, Alsleben, Markt 13
51386

Paul Kühlewind, Alsleben
Kolonialwaren, Eisenwaren, Wirtschaftsgegenstände
51385

Halle-Ost

Beerdigungs-Anstalt
Wilh. Lutze, Krukenbergstr. 7
Geschäftsstelle des deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins
51289

:: **Paul Seifarth** ::
— Landsbergerstraße 51 —
Lebensmittel — Landwurstwaren
51274

4- und 6-eckige Drahtgeflechte
Fertige Drahtzäune
Verzinkte Stacheldr.
Billigste Bezugsquelle
Kleinverkauf
C. Müllers Wwe. & Sohn, Halle, Magdeburger Str. 59
51572

Halle-Cröllwitz

Rind- und Schweineschlächterei
W. Zörner, Weißenburgstr. 6/7
Spez.: Hausschlacht. Wurstwaren
51204

Eduard Jänicke
Belfortstraße 1 Belfortstraße 1
Obst, Gemüse, Kartoffeln, Kohlenhandlung
51203

Kolonialwaren, Mehl- und Futterartikel
Albert Schulze, Belfortstraße 11
51292

Lebensmittel, Kohlen, spez. hausschl. Fleisch- u. Wurstwaren
August Richter, Waisenburgstraße 1
51291

Bäckerei und Konditorei
Otto Martin, Dölauer Str. 2
51293

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten

Ammendorf

Kaufhaus Renner & Co.
Arbeiterbekleidung und Schuhwaren in großer Auswahl
50734

Gustav Godehardt
Hüte, Mützen, Herrenartikel, Berufskleidung
50735

Fahrräder, ★ Eisenwaren, ★ Leder
Ernst Adam, Regensburger Str. 3
50733

Paul Schmidt, Regensburger Str. 92
Rind- und Schweineschlächterei
51472

Gasthaus Radewell, Inh.: Paul Werther
empfiehlt seine schl. Lokalitäten
Neue Bewirtung Neue Bewirtung
51471

Bäckerei Franz Thiele
Richard-Loesche-Straße 10
50591

Nietleben

G. Mehl, Eislebener Straße 25
Kolonialwaren
51575

Wettin

Reserviert

Dürrkopp-Nähmaschinen bei Wochenrate Mk. 3.— Teilzahlung sowie Fahrräder empfiehlt **Franz Fahrmeyer**
51100

Brot- u. Feinbäckerei
Otto Lüder
Johannisstraße 2
51102

Albert Glaser Brot- und Feinbäckerei Könnersche Str. 73
51099

Könnern-Hettstedt

Mechan. Wäsche- und Schürzenfabrik
Sally Lewy, Bernburg, Markt 89
Filialen: Könnern, Hettstedt, Sandersleben, Leimbach
51598

Döllnitz

Der Kenner trinkt Döllnitzer Hanisch-Gose von Hanisch & Neumann
50731

Gasthof **„Palmbaum“**
Restaurationsbetrieb
☆ Tanzsaal, Freitags Kino ☆
50732

Albert Torgau, Hallesche Str. 22
Rind- und Schweineschlächterei
51474

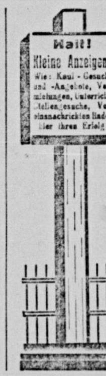
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen,
Bequeme Teilzahlung
Paul Angermann, Regensburger Str. 42
50600

Bäckerei
Gustav Rauschenbach, Postplatz
Stets frisches Landbrot
50599

Döllnitzer Warenhaus **Otto Schneller**
Hallesche Straße 18 Hallesche Straße 18
51473

Oskar Gröbel
Kirchplatz 4
Lager sämtlicher Bedarfsartikel
50598

Gustav Klotz
Regensburger Str. 18
Kolonialwaren sowie alle Bedarfsartikel
50601



Sparkasse
Kreisbank des Saalkreises
Halle a. d. S., Große Steinstraße 20
Zweigstellen in:
Ammendorf, Könnern, Löbejün, Wettin
Beesenlaublingen, Niemberg
Annahme von Spareinlagen auf mündelsicherer Basis gegen zeitgemäße Verzinsung. Erledigung bankmäßiger Geschäfte
51561

Löbejün

Konsumverein Löbejün
Arbeiter, deckt Euren Bedarf nur im eigenen Geschäft. Dieses ist der Grundstein zur proletarischen Wirtschaft
50653

Paul Brandenburg Löbejün
Farbdrogerie, Farbengeschäft
Stets billigste Bezugsquelle auch für alle Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
Plötzer Tor 12 Plötzer Tor 12
50651

Herren- Damen- u. Kinderkonfektion
Manufaktur- und Schnittwaren
Margarete Lackmann, Ringstr. 6
50652

L. Birkhold, Inh.: W. Fuchs, Löbejün
Hallesche Str. 28 Hallesche Str. 28
Beste u. billigste Bezugsquelle für Lebensmittel. Großes Lager in Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräten, Drahtgeflechten, Öfen und Herden
50643

Reserviert Nr. 1
50644

Rind- und Schweineschlächterei
Wilhelm Heyer
Fernspr. 351 Fernspr. 351
Tägl. frische Fleisch- u. Wurstwaren
50648

Rest. „Zur Börse“ Inh. F. Dobritz
Rochs Tor 12
50650

Rind- u. Schweineschlächterei
Anna Rust Fernsprecher Nr. 390
Täglich frische Fleisch- u. Wurstwaren
50645

Schuhwaren und Herrenkonfektion
sowie Schuh-Reparatur-Werkstätte
empfiehlt preiswert und gut
Martha Conrad, Mühlertor 5
50646

Fritz Deparade, Löbejün
Markt 6 ★★ Markt 6
empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren
50649

Lebensmittel, Haus- u. Küchengeräte u. Emaillewaren liefert preisw. u. gut
Carl Lauf, Karl-Löbe-Straße 8
50641

Schuhwarenhaus u. Reparaturwerkstatt **Arthur Müller** Hallesche Str. 9
50642

Brot- und Feinbäckerei **Gustav Brockhausen** Lange Str. Nr. 18
50647

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zu
Inserieren!

Könnern

Bäckerei u. Konditorei
Louis Wunderlich, Untere Braunschweiger Str. 1
51210

Gustav Thiele
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone
elektrische Installation
51211

Zigarren, Zigaretten, Tabake
erstklassige Qualitäten, empfiehlt
Otto Kreidner, Thorweststr. 10
51216

Brot- und Weißbäckerei
Herm. Rothe, Markt 3
51220

Obst, Gemüse u. Südfrüchte
Emil Sturm, Thorweststraße 14
51207

Schuhwaren
Maß- und Reparatur-Werkstätte
E. Klemme, Rothenburger Str.
51221

Paul Säcker, Könnern
Herren- u. Knabenanzüge Arbeitsbekleidung, Hüte, Mützen, Pelzwaren
und sämtliche Herren-Artikel
51219

Paul Junge
Manufakturwaren, fert. Damenmäntel, Damenkleider, Wäsche, Metallbettstellen in allen Größen. Fertige Betten u. Bettfedern usw.
Untere Braunschweiger Straße 12
51213

Willi Böttger, Heilige-Geiststr. 14 Friseur
für Dam- u. Herr., sämtl. Parfümerien u. Toilettenartikel
51217

Ludwig Hellwig
empf. ff. Fleisch- und Wurstwaren
51205

Paul Behrendt
Könnern, Poststraße 27
Kolonial-, Manufaktur- und Eisenwaren
Haushaltungsartikel, Öfen
51212

Rind- und Schweineschlächterei
ff. Wurstwaren
• **Otto Eising** •
Untere Braunschweiger Straße 10
51098

Rind- und Schweineschlächterei
∴ ff. Wurstwaren elektr. Betrieb ∴
Aug. Bennemann, Neumarkt 12
51206

Maßschneiderei u. Berufskleidung
Richard Brekler, Ob. Braunschweiger Str. 24
51222

Otto Lederbogen
Könnern, Heilige-Geist-Straße 15
Kolonial-, Kurz- u. Eisenwaren
Wirtschaftsgegenstände
51215

Manufaktur- und Schnittwaren
Wilhelmine Bücking, Hallesche Str. 23
51218

Bau- und Möbeltischlerei und Kinderwagen
Albert Jungmann
Markt 9
51208

Schweineschlächterei
Spez. hausschlacht.
★ Wurstwaren
Aug. Knorz
Obere Braunschweiger Straße 23
51209

Bernhard Hüther, Könnern
Untere Braunschweiger Straße 7
Kolonialwaren, Fische u. Delikatessen
51214

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Tel.: 21045, 21047, 22251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Sozialpolitik auf dem preußischen Städtetag in Magdeburg

Die Fortsetzung des deutschen Städtetages in Magdeburg war die Tagung des Hauptausschusses des preußischen Städtetages.

Nach Eröffnung des Hauptausschusses durch den Berliner Oberbürgermeister Boeß sprach Oberbürgermeister Bracht-Essen über die Sozialfürsorge unter besonderer Berücksichtigung des vom Reichstag verabschiedeten Arbeitslosen-Versicherungsgesetz und des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Selbst der Referent mußte zugeben,

daß die Auswirkungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes für große Teile der Arbeitnehmer geradezu katastrophal sind.

Das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz schließt einen großen Teil der Erwerbslosen von der Unterbringung in Arbeitsstellen überhaupt aus.

Die Gemeinden bekommen dadurch noch mehr Lasten als vorher aufgebürdet.

Wenn die von der Arbeitslosen-Versicherung Ausgeschlossenen unterstützt werden sollen, muß die Gemeinde eingreifen.

Bei der Behandlung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wies der Referent darauf hin, daß hier die private Wohlfahrtsfürsorge in stärkerem Maße herangezogen werden soll. Das bedeutet, daß der Gesinnungschnüffelei und der Denunziation Tor und Tür geöffnet wird. (Gegen eine derartige Auslegung müssen wir uns mit aller Entschlossenheit wenden.)

Die SPD.-Reichstagsabgeordnete Schroeder-Altona hielt ein „Korreferat". Nach ihren Ausführungen ist in Deutschland alles in bester Ordnung. Selbstverständlich beständen noch einige Mängel, aber das lasse sich nicht vermeiden.

In der hieran sich anschließenden Aussprache priesen sämtliche Diskussionsredner, bürgerliche sowohl wie Sozialdemokraten, die kommunale Wohlfahrtsfürsorge.

Von den Kommunisten sprach die Genossin Stadtverordnete Rosenthal-Berlin. Anknüpfend an die Ausführungen der Referenten bewies sie, daß das ganze Gerede über die Sozialpolitik zum Teil Heuchelei und Täuschung der Massen bedeutet. Die Verhandlungen des deutschen „Städtetages" und die Fortsetzung durch den Hauptausschuß des preußischen Städtetages bewiesen, daß man sich an das Problem überhaupt nicht heranwagt. Hätte der preußische Städtetag den ernsthaften Willen, die Sozialfürsorge wirklich auszugestalten, so war es Pflicht der preußischen Vertreter, dafür zu sorgen, daß die Finanzfragen mit der Sozialfürsorge auf dem deutschen Städtetag sowohl wie auf der Hauptausschußsitzung zu behandeln. Um aber den Konflikten aus dem Wege zu gehen und Einheitlichkeit nach außen vorzutäuschen, hat man diese Schiebungen, wie sie jetzt zu Tage getreten sind, unternommen. Die ganze Sozialfürsorge ist keinen Deut wert, wenn man nicht zugleich versucht, die Wirtschaftsprobleme zu lösen. Die Redner der SPD. und des Bürgertums hätten ihren Appell, den Aermsten zu helfen, an die Industriellen Borsig, Duisberg, Thyssen und Konsorten wenden müssen. Anstatt hier schöne Reden zu halten für die Sozialfürsorge, sollten sie mit den Kommunisten lieber gemeinsam gegen die verschärfte kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. In den Gemeinden sollen die Oberbürgermeister erst einmal dafür eintreten, daß den Gemeindearbeitern, Angestellten und unteren Beamten ausreichende Löhne und Gehälter gezahlt werden. Hier könnten sie praktisch zum Ausbau der Sozialfürsorge viel tun.

Eingehend auf das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, führte unsere Genossin aus, daß die Prostitution nicht durch Sittengesetze bekämpft werden kann. Das sei das untauglichste Mittel, um die Prostitution abzuschaffen. Viel notwendiger als alle Sittengesetze ist die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit und ausreichender Bezahlung. Die deutschen Wirtschaftsführer und Sittlichkeitsapostel sollen die weiblichen Arbeitskräfte so bezahlen, daß diese es nicht notwendig haben, ihren Körper zu verkaufen. Doch von alledem haben wir in den Referaten, auch in dem Referat der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, nicht ein Wort gehört.

Eine wirkliche Sozialfürsorge sei nur möglich nach Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft, nach Uebernahme der Herrschaft durch das Proletariat.

Die Verlegenheitszwischenrufe der SPD. vermochten nicht den Eindruck der Ausführungen der kommunistischen Rednerin zu verwischen.

Zur Sozialfürsorge und zu dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hatte die kommunistische Fraktion folgende Entschließung eingebracht:

Entschließung!

Mit zu den wesentlichen Aufgaben der preußischen Städte gehört die Sozialpolitik. Was hier Reich und Land zur Erhaltung der Arbeitskraft, der Gesundheit und zur Abwehr der vollständigen Verelendung der arbeitenden Bevölkerung versäumen, müssen die Gemeinden ergänzen.

Die derzeitigen Unterstützungssätze reichen bei weitem nicht aus. Der preußische Städtetag empfiehlt daher den Gemeinden eine Erhöhung der Unterstützungssätze und verlangt von der Reichsregierung sofort die Beseitigung der Bestimmung, nach der die Unterstützungssätze der gehobenen Fürsorge 25 Prozent höher sein müssen als die der allgemeinen Wohlfahrt.

Der preußische Städtetag protestiert dagegen, daß Reich und Land neue Gesetze beschließen, deren finanzielle Lasten lediglich auf die Gemeinden abgewälzt werden, den Städten aber auf der anderen Seite die Aufbringung der Mittel durch Belastung der Besitzenden unmöglich macht.

Der Hauptausschuß des preußischen Städtetages stellt zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fest, daß die Formulierungen der erlassenen Anweisungen bezüglich der Lastenübertragung und der Behandlung der Geschlechtskrankheiten abgelehnt werden muß. Die Durchführung des Gesetzes legt den Städten wieder neue ungeheure finanzielle Lasten auf, ohne daß auch hier Reich und Staat in irgendeiner Weise dieser finanziellen Belastung Rechnung trägt. Da der Landtag noch nicht endgültig zu der preußischen Ausführungsverordnung Stellung genommen hat, beschließt der preußische Städtetag:

beim preußischen Staatsministerium dahingehend zu wirken:

1. **Alle Kosten zur Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, soweit nicht soziale Versicherungseinrichtungen die Lastenträger sind, werden vom Staat übernommen.**
2. **Die preußische Ausführungsverordnung und die vorläufige Anweisung, welche noch nicht vom Landtag beschlossen worden ist, müssen in nachfolgender Weise geändert werden:**
   a) **In allen Städten und Landkreisen sind Gesundheitsämter einzurichten, die dem Staat gegenüber als Gesundheitsbehörde verantwortlich sind.**
   b) **Die Beratung, Untersuchung und Behandlung der Kranken erfolgt grundsätzlich, soweit nicht soziale Versicherungseinrichtungen die Lastenträger sind, unentgeltlich. Eine Rückzahlung oder Verpflichtung Dritter zur Zahlung darf nicht gefordert werden.**
   c) **Die durch die Städte, Landkreise usw. einzurichtenden Beratungsstellen sind gleichzeitig Untersuchungs- und Behandlungsstellen.**
   d) **Die Gesundheitsbehörden müssen zur Durchführung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eigene gesundheitsfürsorgliche Kräfte einstellen.**
   e) **Den Kranken und ihren unterhaltungsbedürftigen Angehörigen sind während der Dauer des Heilverfahrens die notwendigen Unterhaltungsmittel zu sichern.**

Magdeburg, den 24. September 1927.

Die kommunistische Gruppe des preußischen Städtetages.

In seinem Schlußwort beantragte der Oberbürgermeister Bracht-Essen, die kommunistische Entschließung dem Vorstand als Material zu überweisen.

Gegen diesen Versuch, sich um die Entscheidung herumzudrücken, wandte sich der Genosse Knab-Köln. Genosse Knab führte aus, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nur noch eine ganz kurze Spanne Zeit — bis zum 1. Oktober — liege. Deshalb ist es Pflicht, daß der Städtetag eine klare Entscheidung fällt. Gegen die Stimmen der Kommunisten beschloß die Versammlung entsprechend dem Antrag Bracht-Essen.

Die Abstimmung auf dem deutschen Städtetag sowohl wie auf dem Hauptausschuß des preußischen Städtetages und der Verlauf dieser Tagungen kennzeichneten deutlich diese „Parlamente". Tagelanger Besuch von Theatern, Festmählern und ähnlichem Klimbim, aber kein ernsthafter Versuch, die zur Diskussion stehenden Probleme zu lösen, ist das Charakteristikum der Debatte.

Mansfeld-Sangerhausen

Alte Vollinvaliden werden in Hunger-Mansfeld aus den Werkswohnungen geworfen

Schon vor Jahren unternahm die Mansfeld A.-G. eine Aktion gegen ihre früheren Ausbeutungsobjekte und jetzigen Arbeitsinvaliden, sie aus ihren Werkswohnungen herauszubugsieren und nach Mansleben in alte verwanzte Baracken einzuquartieren. Diese Maßnahmen mußte sie damals unter dem Protest aller Bevölkerungsschichten einstellen. Jetzt sollen die Manöver von neuem beginnen. In der letzten Zeit finden nämlich mehrere Wohnungsklagen der Mansfeld A.-G. gegen alte Vollinvaliden statt. Nach Gerichtsbeschluß müssen die Invaliden die Wohnung räumen. Wohin sie abziehen sollen, sagt ihnen der Richter nicht. Mit welcher brutalen Rücksichtslosigkeit die Gewerkschaft vorgeht, soll besonders folgender Fall beweisen:

Die Mansfeld A.-G. strengte Klage gegen den „früheren" Hüttenmann Ludwig B. in Eisleben an. Erstens sollte er die Wohnung sofort räumen und zweitens die Kosten des Rechtsstreites bezahlen. Interessant ist die Begründung dazu. Hier schreiben sie: „— daß der Angeklagte freiwillig aus den Diensten der Firma ausgeschieden ist, und der Beklagte das Arbeitsverhältnis gelöst hat, ohne daß ihm unsererseits ein gesetzlich begründeter Anlaß gegeben war" (!).

Wenn Lächerlichkeit töten würde, so läge des öfteren die Mansfeld A.-G. schon längst eingescharrt auf dem hiesigen Friedhofe. Dabei ist die Gesellschaft brutal wie keine zweite.

Im Jahre 1922 haben sie allen Werksangehörigen, die in ihren Häusern wohnten, und davon haben wir ziemlich ein halbes Tausend in Eisleben, einen besonderen Vertrag unterschreiben lassen. Darin ist enthalten die Klausel der Werkswohnung, d. h. wenn einer den Betrieb freiwillig verläßt und bei einem anderen Unternehmer arbeitet, daß er dann die Wohnung innerhalb eines Monats zu räumen hat.

Nun ist B. am 1. März 1926 Vollinvalid geworden. **45 Jahre war er bei der Mansfeld A.-G. beschäftigt,** zuletzt auf der „Krughütte" als Hüttenmann. Doch mußte er bereits im Jahre 1925 19 Wochen kuren und im Jahre 1926 wieder 26 Wochen. Weil er an Arterienverkalkung, Muskelverzerrung und Lungenerweiterung litt, wurde er auf die ärztlichen Gutachten hin invalid geschrieben. *Doch kaum war dies geschehen,*

da kündigte ihm am 1. Mai 1926 die Mansfeld A.-G. die Wohnung.

Sie wies ihm zwei Wohnungen an und als er hinkam, waren sie bereits vergeben.

So wandte er sich an das städtische Wohnungsamt. Hier erging es ihm nicht besser. Zwei Wohnungen wurden ihm angewiesen. Die Mietsleute auf dem „Grünen Weg", im früheren Restaurant „Jägerhof", wollten nicht tauschen gegen eine Werkswohnung bei der Mansfeld A.-G. Sie kennen anscheinend den Laden, sie wissen, daß sie sich dadurch „freiwillig" einen Klotz an das Bein hängen. Die andere Wohnung war eine Deputatwohnung vom Gutsbesitzer August Faubner. Dort hätten ihn bald die Mieter in ihrer Dusligkeit hinausgeworfen.

Trotz seines Asthmaleidens war dem B. kein Weg zu weit und so suchte er andauernd eine Wohnung. Aber immer vergebens. Auf der „Nußbreite" und in der „Freistraße" waren die Wohnungen noch kleiner als seine jetzige, die auch nicht groß ist. Obendrein waren dort die Räume naß, so daß die jetzigen Inhaber ihre Betten einen halben Meter von der Wand abgerückt haben. Selbstverständlich sind diese Mieter sofort bereit, zu tauschen. Da aber die Frau des B. äußerst rheumatisch krank und er selbst sehr leidend ist, braucht das Ehepaar eine trockene Wohnung. Dafür liegt folgendes ärztliches Attest vor:

„Herr Ludwig B. in Eisleben leidet an Bluterkrankung und hat dringend eine gesunde Wohnung mit besonderem heizbaren Schlafraum nötig. gez. Dr. Quenzel."

In seiner jetzigen Wohnung muß B. mit seinem Sohne schon wegen Räumlichkeitsmangels auf dem Boden schlafen, was gesundheitlich für ihn äußerst schädlich ist. Trotzdem weist man ihm noch schlechtere und kleinere Wohnungen an. Obendrein wollen die Mieter nicht tauschen, da sie ja auf eine größere Wohnung reflektieren. Dem Gericht wurden alle diese Fälle vorgetragen. Besonders, daß B. doch unter dem Zwange der Krankheit das Arbeitsverhältnis aufgegeben habe. Es nutzte alles nichts. B. muß die Wohnung bis zum 1. Januar 1928 räumen! Er soll noch die Prozeßkosten tragen.

Es ist ein Skandal, wenn derartige Urteile gefällt werden. 45 Jahre hat sich der Arbeiter abgerackert für die Mansfeld A.-G., vier Söhne sind noch dort beschäftigt. Durch die Arbeit krank und invalid geworden, wurde heute nun Dank der „treue Knappe" aus der Wohnung geworfen. Dabei steht fest, daß jeder Vollinvalid aus der Arbeit scheidet, denn die Mansfeld A.-G. beschäftigt keine Vollinvaliden. Nach unseren Erkundigungen arbeiten z. B. auf der „Krughütte" nur drei Kriegsinvaliden und nur einige Halbinvaliden als Nebenarbeiter. Wie kann da das Gericht entscheiden, daß ein Vollinvalid „freiwillig" das Arbeitsverhältnis gelöst habe? Hier ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Erstens hat hier der „Zentralverband der Invaliden und Witwen" einzugreifen, und zweitens wird im Preußischen Landtage eine Interpellation eingereicht, speziell über diesen Fall. Nicht nur, daß man dem Invaliden aus der Wohnung wirft, nein, von seinen paar Rentendreiern soll er auch noch die Prozeßkosten zahlen. Und diesem Staate, dieser Justiz sollen die Invaliden Vertrauen schenken? Nie und nimmer! Auch ein **treudeutscher Invalid, der extra sein Ordenszeichen angesteckt hatte, wurde verurteilt!**

Die Mansfeld A.-G. treibt diese alten Leute in ihrer Hilflosigkeit zur Verzweiflung. Passiert dann ein Selbstmord, dann markieren sie die Unschuldigen. Jedenfalls raten wir den Invaliden, trotz ihrer Invalidität auf ihr Werk zu gehen, um zu arbeiten. Die Mansfeld A.-G. wird sie fortschicken, weil sie nur vollwertige Arbeitskräfte braucht. Das hat sich jeder bescheinigen zu lassen. Das Schreiben ist sorgfältig aufzuheben, damit man niemand späterhin aus der Werkswohnung herauswerfen kann. In diesem Falle beweist es sich, daß auf Grund der Anfrage der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament betreffs der Invaliden in den Werkswohnungen, zwar Herr Direktor Menzel schöne Erklärungen abgibt, die aber bei den jetzigen Prozessen der Mansfeld A.-G. gegen Invaliden im strikten Gegensatze stehen. Hier entpuppt sich wiederum das Doppelspiel eines Direktors Menzel. Sorgen wir für genügende Aufklärung unter den Invaliden, Genossen, um diese Aktion zu parieren!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Massenvergiftungen in Hohenmölsen

Ueber 100 Personen erkrankt — Bisher ein Todesfall

Seit Montag sind in Hohenmölsen und in den Nachbarorten weit über hundert Personen an Fleischvergiftung erkrankt. Ein Todesopfer wurde bereits festgestellt. Eine eingehende Untersuchung muß sofort eingeleitet werden. Wir kommen noch auf den Fall zurück.

Vertrauensarzt und SPD. bei der Zeitzer Ortskrankenkasse

Bereits vor einigen Monaten wurde schon einmal an dem Vertrauensarzt der Zeitzer Ortskrankenkasse eine Kritik geübt. Man glaubte, es würde mit dem Herrn etwas besser werden. Es ist leider nicht so. Unter der Leitung des Geschäftsführers Meier und des 1. Vorsitzenden Klopsch, der ein mundradikaler SPD.-Mann ist, werden die Verhältnisse eher noch schlechter. Keine Woche vergeht, in der nicht eine große Anzahl Kranker vor den Vertrauensarzt zitiert werden, weil sie es wagen, länger als 14 Tage krank zu sein. Wenn man dort bei dem Vertrauensarzt nicht auf allen Vieren gekrochen kommt, wenn man nicht den Kopf unter dem Arme bringt, dann ist man noch nicht krank. Manchmal sagt dieser Herr: „Ich glaube wohl, daß Sie krank sind", und doch schreibt er die Patienten gesund. Meist sollen sich alle leichtere Arbeit geben lassen. Wo, das sagt der Herr nicht, weil er nicht weiß, wie es in einem Betriebe im Zeitalter der kapitalistischen Rationalisierung zugeht.

Vor kurzem wurde wieder eine Anzahl Kranke vor den Doktor geladen. Sie wurden dort alle bis auf zwei gesundgeschrieben. Per Post sandte der tüchtige Arzt den Kranken den Gesundbrief zu; er wagte es nicht, den Leuten seinen Befund ins Gesicht zu sagen.

Wir fragen einmal die Leitung der Kasse, wie lange sie noch gedenkt, dieses „Vertrauensarzt-System" beizubehalten? Ist das die soziale Politik der SPD., die sich zum größten Teil im Vorstand breitmacht?

Früher haben die Leute um Klopsch die Vertrauensärzte bekämpft und heute stützen sie dasselbe System! Arbeiter, lernt daraus, denn das ist das typische Gesicht der SPD.

Weißenfels. Auszahlung der Unterstützung für Rentner. Am Donnerstag, dem 29. September findet die Auszahlung der Unterstützung für Oktober an die Kleinrentner, am Freitag, dem 30. September, an die Sozialrentner, das sind Invaliden-, Witwen- und Waisenrentenempfänger, an beiden Tagen in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags statt.

Naumburg. Große Funktionärsitzung! Am Freitag, dem 30. September, abends 8 Uhr, findet im „Goldnen Hahn" eine große Funktionärsitzung der KPD., des RFB., der Frauengruppe und der „Klassenkampf"-Leser statt. Tagesordnung: Einteilung zur Konsum-Wahlarbeit! Alles muß erscheinen.

Naumburg. Aus dem Bürgerkriegsfeldzug der Reichswehr. Während der Manövertage hatte ein Reichswehrauto kurz vor dem Dorfe Gernstedt die „Sicht verloren", weil ein Motorradfahrer nicht abgeblendet hatte. Es fuhr infolgedessen in die Passanten hinein. Der 50jährige Landwirt Emil Brummer wurde dabei überfahren und so schwer verletzt, daß er in einer Naumburger Klinik starb. Es wird wohl kein Hahn danach krähen, aus welchem Umstand heraus sich der entsetzliche Unglücksfall ergab. Es heißt ja beim Militär „immer druff wie die Wilden".

Bad Kösen. Aufgepaßt, Versammlung! Am Freitag, dem 30. September, abends 8 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung der KPD. statt. Alle Genossen müssen erscheinen, da die örtliche Konsum-Wahlarbeit besprochen und organisiert werden muß. Referent der Unterbezirksleitung zur Stelle.

Gegen Grubenkapital und Hindenburg-Rummel

demonstriert am 2. Oktober die revolutionäre Arbeiterschaft in den Orten Unternessa und Rößuln. Die auswärtigen Genossen treffen bis um 1½ Uhr mittags in dem Arbeiterdorf Unternessa ein. Um 2 Uhr ist am Gasthof Sammeln zum Abmarsch nach Rößuln. Um 4 Uhr ist daselbst eine große Kundgebung gegen Hindenburg und dem Bürgerblock und abends um 7 Uhr beginnt die gutvorbereitete Abendveranstaltung. Darum, Genossen und Genossinnen, propagiert überall die Parole:

Roter Aufmarsch in Unternessa

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Achtung, Konsum-Mitglieder. Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, findet in Helms Lokal die fällige Konsum-Generalversammlung statt. Wer nicht im Besitz seiner Mitgliedskarte ist, darf nicht mit abstimmen. Deshalb versäume niemand, seine Karte rechtzeitig einzustecken. Es sind verschiedene wichtige Abstimmungen vorzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0009

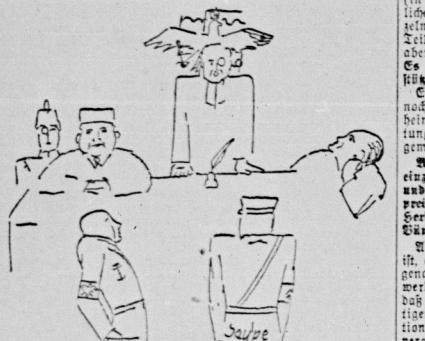
Gegen die bankrotten „Aufbauer" — die Liste Arbeiterkonsum

Sozialdemokratische Nichtkäufer wollen den Weißenseller Konsum auf den Hund bringen — Sie scheuen nicht die kostspieligsten Prozesse, um ihre Parteisuppe zu kochen — Ein aufgeklärter Genossenschaftler wählt darum keine Saboteure und Verräter!

Im Verlauf der letzten Tage haben wir einen Teilausschnitt aus der „legenstreichen" Tätigkeit der Aufbauleute gebracht. Es wäre uns nicht eingefallen, die Aufbauleute zu kritisieren, wenn nicht fortgesetzt der kommunistischen Verwaltung der Vorwurf gemacht worden wäre, daß diese es gewesen sei, die die Genossenschaft auf den Hund gebracht habe. Wir haben diesen Vorwurf immer mit Entschiedenheit zurückgewiesen, da von einer rein kommunistischen Verwaltung nicht die Rede sein kann und weil der Genossenschaftsrichter mindestens ein Wörtchen über die Genossenschaftsbewegung mitgeredet hätte. Aber nehmen wir einmal an, die Aufbauleute hätten recht, so könnte sich die kommunistische Verwaltung trotz alledem noch rühmen, daß sie sich in „bester Gesellschaft" befindet — —.

Wer schädigt die Genossenschaft?

Der Geschäftsführer Wieglepp erklärte in der Generalversammlung am 16. Juni 1925: „Die Lage der Genossenschaft ist eine mißliche. Auf der ganzen Linie Stagnation und Niedergang. Noch fünf Jahre werden vergehen, ehe wir uns wieder erholen." Das war nach Lage der Dinge objektiv gesprochen. Aber hören wir den Wieglepp in der Generalversammlung vom 4. November 1925: „Die Naumburger Genossenschaftler sind kauffaul. Es erweckt den Anschein, als wären sie nur eingeschriebene Mitglieder und Stimmvieh. Bei dem Tempo der Warenentnahme dieser Genossenschaftler



Vor dem Genossenschaftsrichter:

— — wir haben zwar keine Gründe, Herr Staatsanwalt, aber bedenken Sie doch, die anderen sind doch alles Kommunisten!!

ist an eine Sanierung und an den Aufstieg der Genossenschaft in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu denken." Dieses Geständnis von Wieglepp kennzeichnet eigentlich das Gerede, wonach die Kommunisten die Genossenschaft auf den Hund gebracht hätten. Bedenkt man, daß Naumburg eine SPD.-Hochburg ist, und daß die Aufbauleute bei der Wahl zur Vertreterversammlung das Gros der Stimmen aus Naumburg holten. In Naumburg sitzen die Wallbaum, die Grunert, Karl Neubert, Fahrmann, Teichmann, Karl Marien usw., die alle einmal in der Genossenschaft ein Unterkommen finden wollen. Aber (um mit dem Genossen Wieglepp zu reden), grund ihrer sprichwörtlichen Kauffaulheit werden sie noch länger in der „Äußerpessung" bleiben müssen. Sie werden wahrscheinlich nie wirkliche Genossenschaftler werden.

Ein besonders tüchtiger „Genossenschaftler" war auch der SPD.-Mann Rublack. Als er sich im Genossenschaftswesen und in der Warenverteilung einige Kenntnisse erworben hatte, benutzte sie dieser „Aufbauer" dazu, einen „genossenschaftlichen Schwarzhandel" einzurichten. Sein Geschäft hätte zweifellos „floriert", hätten die Hamburger Instanzen **ihm nicht die Gurgel zugedrückt!** Sie veranlaßten, daß er als Genossenschaftler ausgeschlossen wurde. In dem Augenblick, wo dem „Aufbauer" Rublack dieses Malheur passierte, zeigte er seine „genossenschaftliche Treue", indem er als Kartellvorsitzender einen „flammenden" Aufruf für die Aufbauliste erließ, nach dem alle Naumburger Arbeiter bei der Wahl nur seine „Aufbauliste" zu unterzeichnen haben. Die Haltung des Rublack sieht gerade so aus, als sei er bei Kutisker und Barmat i ndie Schule gegangen.

Wie recht Wieglepp in seinen Ausführungen in der Generalversammlung am 4. November 1925 hatte, beweist der Fall Wallbaum. Dieser „August der Starke in zweiter Auflage", mußte von der Kandidatenliste gestrichen werden, weil er nicht genügend Umsatz hatte. Sein Umsatz liegt natürlich auf anderem Gebiete. Durch seine Bedarfsdeckung beim Privathändler ähnelt er einem wahren Genossenschaftler wie eine Portion Kaviar einer Portion Kakenbrot.

Ein besonderer Typ der Aufbauer ist der

„Genossenschaftler" Karl Neubert.

Ehemals Spitzenkandidat, diesmal ungeeignet, weil er keinen genügenden Umsatz hat. (Es ist schon so, wie Wieglepp sagt.) Besagter Neubert war früher im Aufsichtsrat. Als solcher wurde er im Jahre 1924 zum Genossenschaftstage nach Eisenach geschickt. Dieser Kongreß tagte zu einer Zeit, als er seine Ferien verlebte. Er hatte also keine Arbeitseinbuße. Die Ferientage bekam er vom Arbeitgeber bezahlt. Karl Neubert war nicht zufrieden damit, weil er nach der Devise lebte: „Gib her, was Du hach, das übrige kannst Du selbst behalten."

Er ließ sich also für seine Reise nicht nur das Fahrgeld zweiter Klasse bezahlen, sondern auch den angeblich entgangenen Arbeitsverdienst und — — diese Spesen natürlich!

Neubert gehört demnach zu denjenigen, die aus der Schule Kutisker und Barmat hervorgingen. Zur Vervollständigung der Anklagen Wieglepps über ungenügenden Umsatz diene ein Fall in Rohbach. Dort wohnt und thront bekanntlich der „liebe Gott". Mit seinem bürgerlichen Namen wird er Voigt genannt. Bei der letzten Vertreterwahl hat er seine Mannen hundertprozentig an die Wahlurne geschleppt. Das war natürlich eine Tat! Als aber kurz darauf eine Werkskantine durch den Michelkonzern errichtet wurde und bei dieser zehn Prozent Rückvergütung gezahlt wurden, liefen die Schafe des „lieben Gott" alle in die Werkskantine. Durch diese „Ereignisse" hatte der „liebe Gott" in Rohbach eine Mindereinnahme von 60 000 Mark im Jahre. Durch diese Tatsache war bewiesen, daß es mit der Allmacht des „lieben Gott" in Rohbach nicht weit her ist.

Trotz dieser „wertvollen" Mitarbeit der Aufbauer ist es der verpönten Verwaltung gelungen, den Bezirkskonsumverein Weißenfels-Naumburg auf eine beachtenswerte Höhe zu bringen. Diese Entwicklungstendenz seit dem Jahre 1925 hat dann auch dem „Aufbauer" Wieglepp zu der Anerkennung gezwungen: **Daß der Verein nie so günstig dagestanden habe wie heute!** In der Tat,

unser Unternehmen hat eine solide Grundlage.

Wären wir nicht fortgesetzt durch die Reibereien und Treibereien der Aufbauleute, die oftmals bis zur Sabotage ausarteten, gestört worden, das Ergebnis wäre ein noch günstigeres gewesen.

Die Rückvergütung hätte im Jahre 1926/27 um vier Prozent höher sein können — — wenn die Aufbauer nicht so prozeßwütig gewesen wären!

Das größte Plus, das uns im Wahlkampf zur Seite steht, ist und bleibt **das günstige Geschäftsergebnis, trotzdem es durch die Reformisten um rund 2000 Mark geschmälert wurde.**

Zur Dividende ein paar Worte. Wir als überzeugte Genossenschaftler denken für uns persönlich zu allerletzt an die Gewährung einer Rückvergütung. Das gilt für heute und für alle Zukunft. Aber die Indifferenten, die Hausfrauen und die Ausgeschlossenen denken anders. Sie wollen am Jahresschlusse klingende Münze in die Hand gedrückt bekommen.

Die Genossenschaftsbewegung ist eine Bewegung der Solidarität. Ihr bleibt eine unbedingt notwendige Aufgabe, nämlich sich zunächst örtlich und dann zentral mit den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung (Partei und Gewerkschaften) zu koalieren. Das Wohl der Genossenschaften hängt so ursächlich mit dem Wohl der Mitgliedschaft und dem Gesamtproletariat zusammen, daß viele den klaren Sinn dieser Wechselwirkung verkennen. Erst müssen die Gewerkschaften mit Hilfe und Unterstützung der Genossenschaften (in Lohnbewegungen, Streiks usw.) dem Proleten einen auskömmlichen Lohn verschaffen, dann fließt derselbe, wenn er vom einzelnen konsumgenossenschaftlich verausgabt worden ist, ihm zum Teil in Form einer erhöhten Rückvergütung wieder zu. Es kann aber auch noch viel, viel mehr und viel wichtigeres damit geschehen. **Es kann ein Fonds geschaffen werden, der lediglich zur Unterstützung des Proletariats dient.**

Es können in Gemeinschaft mit anderen Genossenschaften oder noch besser auch aus eigener Kraft Kinder-, Ferien- und Erholungsheime für die Mitgliedschaft geschaffen werden. Also Einrichtungen, die unzweifelhaft zur gesundheitlichen und somit zur allgemeinen Hebung des Wohlstandes im Arbeiterhaushalt führen.

Weiter sind wir daran interessiert, die Genossenschaftsbewegung einzuspannen in den Kampf gegen die Teuerung, gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblock-Regierung, gegen die Monopolpreise und für den Achtstundentag, für Erhöhung der Löhne, für Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit und für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland.

Aus diesem Aufgabenkreise, der noch nicht erschöpfend dargestellt ist, ergibt sich, daß die proletarischen Klassenaufgaben von den sogenannten „nur genossenschaftlichen Fragen" abgeleitet und entwickelt werden müssen. Es besteht somit die unbedingte Notwendigkeit, daß alle wirtschaftlichen und politischen Ereignisse, daß alle wichtigen Kampagnen und Kämpfe der Arbeiterschaft, in der Agitations- und Propagandaarbeit der proletarisch geleiteten Konsumvereine ihren Ausdruck finden.

Weitere Unterstützung soll die Arbeiterklasse von den Genossenschaften erhalten, indem ihr das Material über die Lebenshaltungskosten zugeht. Monatliche Veröffentlichung der proletarischen Indexzahlen sind notwendig, ebenso die Zusammenstellung der Zoll- und Steuerentwicklung für die wichtigsten Lebensmittel. Wenn dann demgegenüber die Entwicklung der Aktienkurse der Ausbeutergesellschaft gezeigt werden, dann hat die Arbeiterschaft ein Material in Händen, das ihr im Kampfe sehr gute Dienste tut. Aus allem ist zu ersehen, wie wir uns die Arbeit in der Genossenschaft denken. Es ist zu bemerken, daß noch lange nicht alles angeführt wurde, was wir als Kommunisten als Aufgabe der Genossenschaften erachten. Diese Darlegungen sind nur ein Ausschnitt aus unserem Genossenschaftsprogramm, das wir zu beachten gelohnen, wenn wir ungehindert von den „Aufbauleuten" an die Verwirklichung so mancher Pläne gehen können.

Seht Euch auf der anderen Seite das Programm der Reformisten an, da ist Sabotage der Genossenschaft festzustellen, die dieselbe an den Rand des Ruins brachte. Es gab Amtsenthebung von Personen ohne Angabe von Gründen, nur weil dieselben anderer politischer Meinung waren. Es wurden **politische Maßregelungen** in unserem Arbeiterunternehmen vorgenommen. Sie bilden sich also wirklich ein, die Bewegung zu treffen, wenn sie einige Personen maßregeln. **Futterkrippenpolitik! — das ist ihr Programm!**

In der Nummer des „Volksboten" vom 24. September 1927 lesen wir, daß die SPD.-Leute in rücksichtslosester Weise gegen die eigenen Anhänger vorgehen. In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten am Donnerstag, dem 22. September 1927, in Zeitz wurde von den Lagerhaltern gegen den Konsumverein Klage geführt, wonach ihnen Kündigungsschreiben zugestellt worden sind. Ueber die Kündigung der Lagerhalter sei mitgeteilt, daß die Lagerhalter im Konsum- und Produktivverein Zeitz 500 Mark Kaution stellen müssen. Diese Kaution ist in der Vorkriegszeit von allen Lagerhaltern gestellt worden. Durch die Inflation wurde die Kaution entwertet und die Kautionssumme auf 150 Mark aufgewertet. Die Konsumverwaltung besteht nunmehr auf Neueinzahlung bis zur Vorkriegssumme. Darüber sind die Lagerhalter empört und verweigern die Nachzahlung. Die Empörung kam in einer Entschließung zum Ausdruck:

Die reformistischen „Aufbauer":

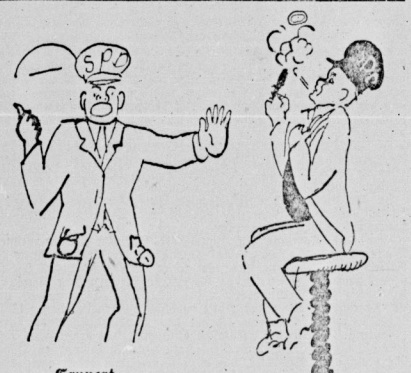
— — können wir noch nicht unseren Posten antreten? Unsere Parteisuppe wird kalt!!

„Die am Donnerstag, dem 22. September 1927, in der Gastschrift Wagner stattfindende Mitgliederversammlung des ZdA. spricht dem Vorstand und Aufsichtsrat des Konsum- und Produktivvereins Zeitz seine Mißbilligung wegen der Kündigung sämtlicher Lagerhalter aus. Sie fordert, die Maßnahme sofort rückgängig zu machen und sofortige Einleitung von Verhandlungen, andernfalls wir zur Anwendung schärfster Maßnahmen greifen werden."

Das Vorgehen der Genossenschaftsverwaltung in Zeitz ist charakteristisch für die dortigen leitenden Personen. Wir erwähnten bereits bei einer anderen Gelegenheit, daß das Kontrollrecht der dortigen Verwaltung ein sehr mangelhaftes ist, durch einen großen Teil politisch anders eingestellter Genossenschaftsmitglieder. Die kommunistisch eingestellten Genossenschaftler sind weder im Aufsichtsrat noch im Vorstand vertreten. Dadurch, daß die SPD.-Leute unter sich vollständig allein sind, ist es bis heute noch nicht möglich gewesen, Aufklärung über den Fall Fuhlbrügge (?) zu bekommen. Es hat die Kasse bei dem Kassierer Fuhlbrügge nicht gestimmt. Fuhlbrügge hat daraufhin gehen müssen. Zur Verschleierung leitete man ein Pensionierungsverfahren ein.

Wie würden die Aufbauleute in Weißenfels schreien, wenn derartige Dinge einmal mit den Lagerhaltern und zweitens mit dem Kassierer in Weißenfels passieren würden?

Die kommunistische Verwaltungsmehrheit würde geradezu als Spitzbuben hingestellt und der Genossenschaftsrichter würde ihr auf den Hals gehetzt. Da aber solche Dinge in Zeitz passieren, findet man sie offenbar ganz in Ordnung, und kein Verbandsrevisor findet sich. In der bereits erwähnten Nummer des „Volksboten" vom 24. September leisten sich die Aufbauleute unter „Naumburg" eine hundsmiserable Gemeinheit. Sie bezeichnen die Werber für die Genossenschaft mit Gesindel, weil sie Mitglieder aufgenommen haben, die, nun, weil sie in das Genossenschaftsregister eingetragen sind, das Wahlrecht ausüben können. Nach der Meinung der Aufbauer ist das ein Verbrechen.



Grunert

Das Großmaul sprach:
Arbeiter, Taschen zu vor dem Konsumverein, und er träumt — — — — —

Aber was wollen diese Dummköpfe von Zeilenschreibern? Es gibt keine Bestimmung im Statut, daß neuaufgenommene Mitglieder nicht wählen dürfen, wenn sie ihr Eintrittsgeld bezahlt haben. Kommunistische Werber als Gesindel bezeichnen, übersteigt den Gipfel der Gemeinheit und trägt dazu bei, das Genossenschaftswesen aufs schwerste zu gefährden.

Daß die Neutralität der Genossenschaft nur eine „Mußbestimmung" für die Kommunisten ist, beweist der Beschluß des Gewerkschaftskartells in Naumburg. Dieses verpflichtet die Gewerkschaften, daß sie nur die „Aufbauliste zu unterstützen haben"! Ein anderer Neutralitätsbruch wird verlangt. Der Reichstagsabgeordnete Krüger spricht am Mittwoch, dem 28. September, in Naumburg in der SPD. Zu dieser Versammlung sind auch Reichsbannerleute eingeladen. Bekanntlich ist ja „Reichsjammer" eine „neutrale" Organisation! Krüger wird sie schon einseifen. Auch werden die Aufbauleute toben, wenn das Gewerkschaftskartell einen Beschluß faßt, wonach die Gewerkschaften nur die Liste „Arbeiterkonsumverein" zu unterstützen haben. Wird Hörsing Einspruch erheben, wenn er erfährt, daß seine „Armee" politisch mißbraucht wird? Das erstere wird tatsächlich eintreten, das letztere annehmen, heißt: Den Sperling uns Lerchennest setzen und warten, bis er singen lernt — —.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß **Neutralität im proletarischen Klassenkampf, ganz gleich, ob sie von einer wirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Organisation geübt wird, kompletter Unsinn ist.**

Neutralitätsübung im proletarischen Klassenkampf bedeutet Brandstiftung im eigenen Hause.

Der Klassengegner ist nicht dumm genug, seine eigenen Organisationen auf dieses Gebiet zu schieben. Predigt die SPD. gelegentlich den Neutralitätsgedanken, so handelt sie doch gegen die Kommunisten anders. Das ganze „Gebrabble" kann doch nur den Zweck haben, daß es dem Gegner hilft und die Kommunisten schlägt. Die Geschichte der SPD. beweist das. Auf das Neutralitätsgerede der SPD. hören, heißt den Klassenkampf begraben. Das ist nicht der Wille der revolutionären Arbeiter und auch nicht der SPD.-Arbeiter. Noch immer ist im entscheidenden Kampfe allen Arbeitern der ehrliche Kampf das Ideal. Mann gegen Mann, Brust an Brust ist den Proleten viel lieber gewesen, als die Hinhaltungstaktik der Kegelbahnpolitiker von der SPD. Diese Taktik ist in der entscheidenden Phase des Kampfes von der SPD. immer in einen Frankitreurkrieg gegen die Arbeiter umgebogen worden.

Den Kampf mit allen Mitteln

Diese Losung hat die SPD. schon längst aus ihrem Gebetbuch gestrichen. Welchen Sinn hat es aber, die SPD. zu unterstützen, wenn sie die Waffen des proletarischen Klassenkampfes „pazifisierte" und dieselben in die tiefste Truhe begrub? Arbeiter, die dies trotzdem noch tun, melden ihre wirtschaftlichen Forderungen und Ansprüche tatsächlich beim lieben Gott an.

Die Aufbauleute sind in Wirklichkeit nichts anderes als die Hindenburgianer von gestern und heute. **Sie leben von den Armen und helfen den Reichen!** Sie predigen: „Krieg den Hütten, Friede den Palästen" Sie mästen sich Bäuche an, während andere hungern. Die Quelle des Elends ist für sie die Quelle des Himmelreichs! Wer glaubt noch an diese Strauchritter?? Wer kennt nicht die Geschichte der proletarischen Revolution? Wer kennt nicht die Führerrolle der SPD.? Wer kennt nicht die Dolchstöße, die der Arbeiterschaft versetzt wurden und noch heute versetzt werden? Wer kennt nicht die Ueberläufer in das Lager der Gegner?

Die Ahnenreihe der Renegaten wächst, je beschwerlicher, je schwieriger und gefahrendrohender unser Kampf gegen den Klassengegner wird.

Arbeiter und Proletarier! Jage die Verräter, die Ver-Führer fort und schlage Deinen Klassengegner nieder, dann bist Du frei! Frei werden kannst Du aber nur an der Seite der Kommunisten im täglichen Klassenkampf! Genossenschaftler, entscheide Dich mit den Kommunisten am 2. Oktober für die Liste

Arbeiterkonsumverein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Die Kirche hat einen unersättlichen Magen

Eine Illustration zum Reichsschulgesetz-Entwurf

Die Gemeinde Dobien will das Dach des Schulgebäudes erneuern, wozu sich ein Kostenaufwand von zirka 2000 Mark nötig macht. Nach den alten Regesten sind Kirche und Schulverband je zur Hälfte an den Reparaturkosten usw. beteiligt. Die Gemeindevertretung hat sich demzufolge an die Kirche gewandt, um einen entsprechenden Beitrag zwecks Erneuerung des Daches zu erhalten. „Geben ist seliger denn nehmen", so steht's in der „heiligen Schrift". **Aber die Gemeindevertretung hat nicht mit der Auslegung der** „heiligen Schrift" durch das kirchliche Oberhaupt gerechnet. Jetzt, wo die Bürgerblockregierung durch den Reichsschulgesetz-Entwurf die Schule der Kirche ausliefern will, mögen die schwarzen Herrschaften Morgenluft, hellen die „heilige Schrift" auf den Kopf und sagen: **Nehmen ist seliger denn geben.** Wer das bezweifelt, der lese folgenden Vertrag, den das kirchliche Oberhaupt von Dobien der Gemeindevertretung vorlegte:

Vertrag zwischen Kirchengemeinde Dobien-Braunsdorf und Schulverband Dobien betr. Vermögensauseinandersetzung und Lösung der organischen Verbindung zwischen dem Kirchen- und Schulamt.

1. Das gesamte Schulgrundstück mit Haus und Stallgebäude, Garten und Wiese gehört der Kirchengemeinde Dobien (einschl. des späteren Einbaues) 2. Lehrerwohnung und zwei Klassenzimmer.

2. Der sogenannte Küstenacker südlich des Wallberges gehört der Kirchengemeinde Dobien.

3. Sämtliche Kapitalien gehören der Kirchengemeinde Dobien, desgl. die Transfeuervergütung.

4. Die Kirchengemeinde Dobien überläßt dem Schulverbande die beiden Klassenräume nebst Zubehör unentgeltlich zur Benutzung, **solange in der Schule evangelischer Religionsunterricht nach den Grundsätzen der Kirche erteilt wird.**

5. Die Kirchengemeinde Dobien behält sich das Recht vor, die Klassenräume zum Konfirmandenunterricht und etwaigen Versammlungen zu benutzen, zu denen der Schulverband Licht und Heizung unentgeltlich zur Verfügung stellt.

6. Der Schulverband zahlt der Kirchengemeinde Dobien den vollen zeitgemäßen Anrechnungswert der Lehrerwohnung als Miete, dessen Inhaber nicht das Organistenamt für Dobien und Braunsdorf bekleidet.

7. Die Kirchengemeinde übernimmt die bauliche Unterhaltung der Gebäude mit sämtlichen Reparaturen und Ausschluß des Inventars des Klassenzimmers. Für Licht und Heizung sorgt der Schulverband.

8. **Der Magistrat von Wittenberg bleibt als Patron leistungspflichtig für das Schulgebäude in seinem Umfange vom Jahre 1882 (!!!).**

9. Die Kirchengemeinde Braunsdorf entsagt jeglichem Anspruch auf Miteigentumsrecht am Küstereibesitze und Vermögen, dafür wird sie von der Unterhaltungspflicht am Küstereigebäude entbunden und verpflichtet sich, ein Gehalt zur Besoldung des Organisten, der für den Kirchendienst in Braunsdorf verpflichtet bleibt, beizutragen.

10. **Wird das Organistenamt für Kirche Dobien und Braunsdorf von keinem Lehrer des Schulverbandes ausgeübt, so steht der Kirchengemeinde das Recht zu, beide Lehrerwohnungen für sich in Anspruch zu nehmen** oder auch den vollen Anrechnungswert beider Wohnungen zu verlangen.

11. Mit dem derzeitigen 1. Lehrer von Dobien schließt der Gemeindekirchenrat von Dobien einen besonderen Dienstvertrag ab, in welchem die Belange der Kirchengemeinde Braunsdorf gewahrt werden.

Wir halten jeden weiteren Kommentar für überflüssig. Jeder dürfte sich aber darüber klar sein, **was noch alles zu erwarten ist, wenn der Reichsschulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung Gesetz wird.** Die breiten Volksmassen haben es in der Hand, das zu verhüten. Im übrigen dürfte diese Charakterisierung dieser „Nachfolger Christi" genügen, um denkende Menschen, soweit sie es noch nicht getan haben, endlich zum Austritt aus der Kirche zu veranlassen.

Unterbezirkskonferenz Bitterfeld-Wittenberg

Die Opposition einmütig zurückgewiesen

Die Unterbezirkskonferenz für den Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg, welche im Gesellschaftshaus Bitterfeld tagte, war von 36 Delegierten besucht, welche fast alle Ortsgruppen sowie Betriebszellen vertraten. Der Besuch ist als ein guter anzusprechen und zeigt somit die steigende Aktivität und den Willen der Parteimitgliedschaft, über alle Differenzen hinweg praktische, politische und organisatorische Arbeit zu leisten. Ueber die politische Lage und die Aufgaben der Partei sprach der Genosse Schröter. Er schilderte eingehend die gesamtwirtschaftliche und politische Lage, um sich dann besonders der Lage in Deutschland und im engeren Bezirk zuzuwenden. Der Genosse Schröter behandelte besonders die Notwendigkeit der inneren Stärkung der Partei im Bezirk und legte das parteischädigende Treiben einiger sogenannter Oppositioneller im Bezirk dar. Es gilt, die Partei im Bezirk entsprechend der Wichtigkeit Mitteldeutschlands für ihre großen Aufgaben geschlossen und einheitlich zusammenzureißen, um den Vorstößen der Bourgeoisie gewachsen zu sein.

Die äußerst rege Diskussion zeigte, daß die Mitgliedschaft den Ernst der Situation begriffen hat und gewillt ist, mit allem Ernst an die Erfüllung der gestellten Aufgaben heranzugehen. Es ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß die Partei politisch gewachsen ist, denn die Genossen behandelten besonders die Seite der praktischen Durchführung der gestellten Aufgaben.

Genosse R., Bitterfeld, welcher als Vertreter der Opposition sprach, versuchte der Parteileitung im Bezirke nachzuweisen, daß die Taktik in der Bewegung der Vergarbeiter Mitteldeutschlands eine falsche sei. Es waren die alten Argumente, die er auf Grund des ihm übersandten Manuskriptes zum Vortrag brachte, wie Differenz in der Einschätzung der Situation zwischen Varga und der Redaktion des „Klassenkampf", chinesische Revolution, Fehler in der Sacco- und Vanzetti-Kampagne usw.

Der Genosse Berger weist die verschiedenen Angriffe von R. zurück. Er geht besonders auf die besonderen Verhältnisse der Stadtorganisation Bitterfeld ein und betont, daß er es für seine Pflicht halten wird, jeden Versuch fraktioneller Arbeit mit allen zulässigen Mitteln zu unterbinden.

Nach dem Genossen Berger nahmen noch verschiedene andere Genossen das Wort, die alle zum Ausdruck bringen einmal, daß die Politik und Taktik der Partei richtig, zweifellos ein stetiges Fortschreiten der Partei zu verzeichnen ist, daß besonders in der Gewerkschaftsarbeit die Partei im Bezirk sich Mühe gegeben hat und daß die einzelnen Entgleisungen nicht auf das Konto der Partei kommen, sondern Fehler der einzelnen Parteigenossen sind, die trotz der präzisen Anweisungen in entscheidenden Situationen versagten.

Im Schlußwort geht der Genosse Schröter auf alle die aufgeworfenen Fragen ein, soweit Unklarheiten vorhanden waren.

Die Resolution der Bezirksleitung wurde gegen eine Stimme angenommen. In der Resolution selbst wird einmal die Linie der Partei gebilligt, zum anderen die Bezirksleitung beauftragt, gegen die Opposition mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen, wenn sie von ihrem parteischädigenden Verhalten nicht Abstand nimmt. Die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag erfolgte entsprechend dem Abstimmungsverhältnis.

Die Konferenz selbst war ein sicheres Zeichen dafür, daß die Partei über die Periode der Stagnation hinaus ist, daß die Inaktivität verschwindet, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei hergestellt, jeder Versuch der Zerreißung der Partei zurückgewiesen ist und die Partei im Bezirk einheitlich und geschlossen vorwärts marschiert.

Bitterfeld. Industrie-Neubauten. Bei jeder Lohnforderung der Arbeiterschaft muß man zwar immer wieder das alte Klagelied der Industriegewaltigen hören, daß es ihnen so dreckig geht und daß doch alle Teile des „Volkes" zum Wiederaufbau unseres (!?) Vaterlandes Opfer bringen müßten usw. Gerade in unserem Industriebezirk können die Proleten tagtäglich am besten selber beurteilen, was an diesem Geschwätz Wahres daran ist. So erfahren wir, daß z. B. die Papierfabrik in Muldenstein einen großen Erweiterungsbau im Werte von über 500 000 Mk. vornehmen will. Die Arbeiten sollen der Baufirma G. Siebert K. Co. in Gräfenhainichen übertragen worden sein, die damit sofort beginnen und möglichst den Winter durcharbeiten lassen will. Ferner baut im benachbarten Petersroda die Brikettfabrik der Grube Ludwig, welche selbst ihren Tagebau eingestellt hat, einen Bunker, der zur Aufnahme der von der Grube Leopold geförderten Kohle dienen soll. Was heißt, mer ham's ja! Dafür schwingt dann „Kameradt" Leopold um so größere Töne über die „Not des Vaterlandes" und die Richtigkeit der deutschnationalen Bürgerblockpolitik.

Bitterfeld. Achtung, Parteimitglieder! Das Bureau der UBZ. Bitterfeld befindet sich jetzt beim Genossen Otto Schmidt, Bitterfeld, Neue Straße 38 Hof. Sprechzeit von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr. UBZ. Bitterfeld.

Ramsin. Der „Klassenkampf" hat sich schon des öfteren mit dem Schulleiter Meyes von Ramsin beschäftigt. Arbeiterinnen und Arbeiter von Ramsin-Nennerig, für uns ist nun das Maß voll. Wir wollen nun endlich reinen Tisch schaffen. Zwei Fälle sollen heute unser Kampfmotiv sein. Im ersten Fall hat Rektor Meyes Schulkinder für seine eigene Person beschäftigt zum Sauberhalten seines Feldes. Im zweiten Falle hat er Kinder in Strümpfen bei nasser Witterung turnen lassen, weil sie keine Schuhe angezogen hatten, nebenbei hat er sie noch mit Strafarbeiten bedacht. Arbeiter, so eine rechte Kasernenhofblüte ist dieser Herr. Auf der einen Seite tritt er für soziale Forderungen ein, auf der anderen Seite untergräbt er die Gesundheit unserer Kinder. Laßt Euch solche „Beschützer" Eurer Kinder nicht gefallen, befreit Eure Kinder vom Religionsunterricht, den diese Herren in Schutz nehmen. Hand in Hand, dann kommen wir zum Sieg. Die Arbeiter von Ramsin rufen dem Schulvorstand in die Ohren: Nehmt diesem selbstsüchtigen Schulleiter die Zügel aus der Hand. Der Schulvorstand hat zu prüfen, ob all seine Handlungsweise nicht genügt, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Arbeiter, der Schulkampf ist entbrannt! Steht Mann für Mann, Frau für Frau auf der Seite des kämpfenden Proletariat. Heraus aus der Kirche! Heraus mit Euren Kindern aus dem Religionsunterricht!

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Stahlhelmjustiz in Delitzsch

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe

Während des Stadtgrabenschlämmens war vom Unternehmer in Delitzsch die Schillerbrücke gesperrt worden. Diese wurde aber trotzdem, in den Abendstunden wenn der Betrieb ruhte, von allen Passanten als Uebergang benutzt, um dadurch einen Umweg von einer Viertelstunde zu sparen. Das war dem Wächter bekannt und ebenso der Polizei. Sogar Polizeimeister Tuschling hat es des öfteren gesehen, ohne irgendwie Anzeige zu erstatten. Am letzten Tage der Sperre ging ich mit noch einem Bekannten gemeinsam über die Brücke. Der Beamte Tuschling hält uns an und notiert unsere Namen. Als ich bei dieser Gelegenheit gleich eine Anzeige gegen einen bürgerlichen Gartenbesitzer wegen Verunreinigung des Stadtgrabens machte, lehnt Tuschling die Annahme ab mit der Begründung, es ginge ihm nichts an. Dadurch entstand natürlich ein Wortwechsel. Nach kurzer Zeit erhalte ich eine Strafe von 10 Mark. Für eine Uebertretung so geringfügiger Natur natürlich viel zu hoch. Wunderbarerweise bekam mein Kollege keine Anzeige. Wegen der Höhe der Strafe legte ich natürlich Berufung ein und wurde mir vom Polizeisekretär Martini gesagt, die Höhe wäre von Tuschling so festgesetzt **wegen Frechheit.** Ich bin schon der Meinung, daß man mich dann wegen ungebührlichen Verhaltens verurteilen könnte und nicht wegen Betretens der Schillerbrücke. Vor dem Einzelrichter, Amtsrichter Schulze, **welcher bei jedem Aufmarsch der nationalen Verbände stahlhelmgeschmückt aufmarschiert,** wurde mir bedeutet, ich solle lieber meinen Einspruch zurückziehen. Das lehnte ich ab. Darauf plädierte der Amtsanwalt auf 5 Mk. im Höchstfalle. Amtsrichter Schulze verurteilte mich zu 20 Mark Geldstrafe oder 5 Tagen Haft. Das Urteil wurde mir nicht zugestellt, sondern 14 Tage später eine Kostenrechnung. Darauf wurde mir beim Einsehen der Revision mitgeteilt, daß ich die Einspruchsfrist überschritten hätte. Ich beantragte nun das Wiederaufnahmeverfahren. Auch das wurde am Freitag abgelehnt und am Sonnabend wollte man mich wegen dieser Sache verhaften. Hier steht fest, daß der Amtsanwalt für dieses lächerlich geringfügige Vergehen 5 Mark Geldstrafe beantragt hatte und der Amtsrichter mit 400 Prozent darüber hinausgegangen ist. Daraus, sowie aus verschiedenen früheren Urteilen des Amtsrichters, ersieht man klar, daß er nur Klassenurteile zu fällen in der Lage ist. Eine Republik dürfte es gar nicht gestatten, daß monarchistische Richter, welche bei jeder Gelegenheit durch Tragen ihrer Klempnerladen ihre Republikfeindlichkeit beweisen, überhaupt noch amtieren dürfen. Weiter steht fest, daß der Polizeimeister Tuschling sich eine grobe Dienstverletzung hat zuschulden kommen lassen. Indem er bei einem Menschen eine Gesetzesverletzung feststellt und trotz Namensfeststellung andere straffrei ausgehen läßt. Wir raten dem Tuschling, ehe er eine Waffensendung an Delitzscher Arbeiter zu konstruieren gedenkt, oder auszuspüren versucht, wer von den Delitzscher Arbeitern zum zehnten Jahrestag nach Rußland fährt, daß er da lieber mal nachts aufpaßt, wer von **den nationalen Helden besoffen in den Straßen rumgrölt** und dadurch die Arbeiter, welche am nächsten Tag ihrem schweren Tagewerk wieder nachgehen müssen, die Nachtruhe raubt. Dabei bitte aber auch auf behördliche Vertreter, wie Rechtsanwälte, Sekretäre und andere Obacht zu geben. Außerdem wäre es von der Polizei auch besser, die Kohlstraßenecke sowie andere gefährlichere Ecken im Auge zu behalten, damit sich die erhebliche Zahl der Unfallopfer, welche Delitzsch dieses Jahr schon gehabt hat, nicht noch vergrößert. Alles in allem, „hohe" Polizei, etwas mehr Augenmerk auf die sausenden Autofahrer als auf Proleten, welche mal ein geringfügiges Vergehen sich zu „schulden kommen" lassen.

Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda

In dem Falkenberg abgehaltene Konferenz des Unterbezirks Torgau-Liebenwerda brachte den energischen Willen der erschienenen Delegierten und damit der Parteimitgliedschaft zum Ausdruck, jeden Störungsversuch, der die praktische Arbeit hemmt, zu bekämpfen. Genosse F. hat in seinem Referat die Entwicklung seit dem Essener Parteitag aufgezeigt und bewiesen, daß der Essener Parteitag sowohl in den internationalen als in den innerpolitischen Fragen die richtigen Perspektiven aufgestellt hat. In der Diskussion wurde allen Delegierten die breiteste Möglichkeit gewährt, ihren Standpunkt zu begründen. Die Vertreter der Opposition waren aber nicht imstande, der Aufforderung des Referenten und der anderen Diskussionsredner entsprechend praktische Vorschläge zu machen. Als erfreuliches Ergebnis der gründlichen Diskussion ist festzustellen, daß von den sechs ursprünglichen delegierten oppositionell eingestellten Genossen zum Schluß nur zwei gegen die Resolution der Bezirksleitung gestimmt haben, welche mit 24 Stimmen angenommen wurde. Damit kam der Wille des Unterbezirks Torgau-Liebenwerda, die Linie der Partei praktisch durchzuführen, zum abschließenden Ausdruck.

Im Anschluß an die von der Bezirksleitung vorgelegten Entschließungen wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 25. September stattfindende Unterbezirkskonferenz verurteilt das Vorgehen der Opposition, das dazu beiträgt, die Schlagkraft der Partei zu vermindern. In einer Zeit, wo der Bürgerblock mit den schärfsten Mitteln gegen das Proletariat vorgeht, **in einer Zeit, wo die Kapitalisten dazu übergehen, einen Feldzug gegen Sowjet-Rußland vorzubereiten, geht die Opposition dazu** über, gegen die Partei, gegen die 3. Internationale, einen Verleumdungsfeldzug zu führen. (Siehe die „Fahne des Kommunismus".) Wir ringen um jeden ehrlichen Arbeiter. Die Partei muß es aber schärfstens ablehnen, daß Zersetzung in die Reihen der Mitgliedschaft getragen wird. Jeder Genosse, der mitarbeitet an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterklasse, ist uns herzlich willkommen. Das bedeutet naturgemäß die Beschlüsse und Thesen der Partei anzuerkennen, Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Partei in den Parteiversammlungen und Konferenzen auszutragen. Wir müssen feststellen, daß die Kleinarbeit nicht so durchgeführt wird, wie es im Interesse der Partei notwendig ist, die sich die wirtschaftliche und politische Machteroberung zum Ziel gesetzt hat. Heran an die Massen, statt Zersetzung, ist die Losung, die Revolution siegreich zur Durchführung zu bringen! Wir fordern die Mitgliedschaft auf, jeden Zersetzungsversuch energisch zu bekämpfen.

Es erfolgte dann die Wahl von neun Delegierten zum Bezirksparteitag. Obwohl sich nur zwei Delegierte zur oppositionellen Auffassung bekannten, gewährte die Konferenz der Opposition das Recht, einen Delegierten zu wählen, um somit erneut zu zeigen, daß die Partei weitestgehend Demokratie in ihren Reihen gestattet. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Holzweißig wurde die Konferenz, die einen Beweis von dem Willen der Genossen gab, erhöht die Aufgaben in gemeinsamer Arbeit zu erfüllen, geschlossen.

Unter roten Fahnen

Treffen der Spielmannszüge, 1. Bezirk, 4. Kreis, in Torgau am 23. September

Der Bezirksausschuß hatte die Spielmannszüge im Arbeiter-Turn- und Sportbund zu einer Bezirksübung nach Torgau gerufen. Diesem Rufe waren über 400 Spielleute gefolgt. Am Sonnabend wurde schon ein Teil vom Bahnhof mit brennenden Fackeln abgeholt und nach Durchzug einiger Straßen nach dem „Bürgergarten" geleitet, woselbst ein gut besuchter Kommers stattfand. Am Sonntagfrüh. nach Eintreffen der letzten Spielmannszüge, begann sogleich die Bezirksübungsstunde. Am Nachmittag trafen dann die Spielmannszüge gleichzeitig in zwei Gruppen auf dem Marktplatz ein. Der Bezirksausschußvorsitzende richtete an die Menge der Zuschauer eindringliche Worte, die ausklangen in der Feststellung, daß die Arbeiter-Sportverbände die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse sind, gegen die reaktionären Bestrebungen in den bürgerlichen Sport-Verbänden. Die Parole für einen sporttreibenden Arbeiter kann nur lauten: „Hinein in die Arbeiter-Sportvereine!" Es wurden nun unter Führung eines Tambours einige Märsche zum Vortrag gebracht mit dem Schluß der „Internationale".

Die Torgauer Spießer mögen aufgeschreckt sein von den Trommel- und Paukenschlägen und vor allen Dingen davon, daß der Aufmarsch der Spielleute

unter der leuchtenden Farbe der roten Fahnen

vonstatten ging. Für viele Arbeiter wieder eine Genugtuung und ein Ansporn. Haben wir doch als Arbeiter zu jeder Zeit und Stunde gar keine Rücksicht zu nehmen auf die bürgerlichen Gepflogenheiten. Nach den Ausführungen des Bezirksausschußvorsitzenden: Nur mutig weiter vorwärts unserem sozialistischen Ziele zu! Hierzu soll und wird die Arbeiter-Sportbewegung ihren Anteil beitragen.

Liebenwerda. Immer noch die Vogl-Affäre. Vor der Zivilkammer des Landgerichts Torgau begann am Freitag das Verfahren in der Strafsache des Ruhrverbandes gegen den Kreis Liebenwerda auf Zahlung von einer Million Mark. Das Ganze stellt ein Nachspiel zu der Affäre des ehemaligen sozialdemokratischen Landrats Vogl dar. Der Ruhrverband hat Wechsel in Höhe von einer Million in der Hand, die Vogl und sein ehemaliger Sparkassendirektor Merres seinerzeit gegen ein Darlehn von 500 000 Mk. an eine inzwischen ebenfalls bankrottgegangene Bank gegeben hatten. Das Gericht beschloß auf Antrag des Ruhrverbandes Vertagung auf den 25. November. Inzwischen soll noch einmal versucht werden, eine gütliche Einigung zu erzielen.

Bockwitz. Roter Jugendtreffen im Unterbezirk Torgau-Liebenwerda. Am Sonnabend, dem 1. und Sonntag, dem 2. Oktober, findet im Bockwitzer Ländchen ein Jugendtreffen statt. Wir richten an die Arbeiterschaft, insbesondere an alle Partei-Jugendgenossen und RFB.-Kameraden die Aufforderung, sich restlos zu beteiligen. Am Sonnabend, dem 1. Oktober, treten alle Genossen von Mückenberg um 7 Uhr am Bahnhof an. Die Genossen von Bockwitz und Naundorf, sowie die RFB.-Kapelle des Ländchens um 3/7 Uhr am „Volkshaus". Um 8 Uhr findet bei Dambowsky in Naundorf eine große Werbeveranstaltung statt. Am Sonntag ist um 11 Uhr in Bockwitz, um 3/4 12 Uhr in Naundorf Platzkonzert. Nachmittags 1½ Uhr in Naundorf Antreten auf dem Marktplatz, in Bockwitz „Volkshaus". 2 Uhr Demonstration von Mückenberg, Marktplatz, nach Bockwitz. Dort Schlußkundgebung auf dem Markt.

Bockwitz. Quartiere gesucht! Zum Jugendtreffen werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Wir bitten alle Genossen und RFB.-Kameraden um Anmeldungen, welche gemacht werden können in Mückenberg bei den Genossen Lewandowski, Arthur Weser und Paul Paulick, in Naundorf bei den Genossen Maier, Kleinschen und Thießler, und in Bockwitz bei den Genossen Max Bär, Sandner und Otto Jurraß.

Der Schwindler Bosche

ist in Torgau und Falkenberg aufgetaucht. Ein KPD.- und ein Rote-Hilfe-Mitgliedsbuch wurde ihm abgenommen. Er versucht jetzt mit einem Mitgliedsbuch des Baugewerksbundes weiter seine Klassengenossen zu betrügen. Es wird also nochmals dringend vor ihm gewarnt. Alle Meldungen sofort an die BL. geben.

Genosse!

Du wirst wissen und besonders in der letzten Zeit bemerkt haben, wie überall nach Deiner Zeitung, dem „Klassenkampf", gefragt wird. Merke, es ist und bleibt im täglichen Kampf

Deine beste Waffe

Es dürfte Dir sehr leicht gelingen, **zum mindesten einen neuen Leser zu gewinnen.** Du hast vielleicht noch nicht daran gedacht. Tu' es noch heute und wirb' für die einzige Arbeiterzeitung in unserem Bezirk. Dies ist

der „Klassenkampf".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0011

Neues aus aller Welt

Die Speisekammer zwischen den Oberschenkeln

Wie es eine Leidensgefährtin der Resl von Konnersreuth trieb

In Berlin und in allen anderen Städten beschäftigt sich die öffentliche Meinung immer noch mit dem „Wunder von Konnersreuth“. Der Heiligenschein zerfließt immer mehr. Ein Berliner Nervenarzt ließ sich darüber aus, daß der Fall der Therese Neumann nur eine genaue Wiederholung vieler anderer Fälle von Erzeugung von Wundmalen sei, wie sie zurzeit der Kreuzzüge überaus häufig waren. Am meisten der Aufklärung bedürftig sind die angeblichen Hungerkünste der Resl von Konnersreuth. Vielleicht finden sie bald eine ähnliche Aufklärung wie diejenigen des Hungerkünstlers Jolly oder einer Leidensgefährtin der Therese, der jungen stigmatisierten Sabina S., von der die „W. a. A.“ zu berichten weiß, daß sie im Jahre 1879 ebenso großes Aufsehen erregte, wie heutigentags Therese Neumann.

Die 17jährige Sabina S. hungerte mit Talent und Ausdauer, bis man in der Klinik, wohin sie sich gutwillig überführen ließ,

ein großes Stück Schwarzbrot eingeklemmt zwischen ihren Oberschenkeln

fand.

Ein Kästchen, von dem sie sich nicht hatte trennen wollen, stellte sich bei näherer Prüfung als mit doppelten Böden versehen heraus, die ein ideales Versteck für Mandel- und Brotstückchen boten.

Vielleicht wird sich so oder auch ähnlich das Mirakel von Konnersreuth aufklären. Der Verdacht auf einen riesengroßen Betrug ist nicht von der Hand zu weisen und würde sich als berechtigt herausstellen, wenn die Neumann unter die Aufsicht geeigneter Aerzte käme.

In sechs Minuten 500 Mark verdient

Der Berliner Sportpalast hatte gestern seine Sensation. Im Rahmen der Ringkämpfe, die allabendlich dort abgehalten werden, hatte der Ringer Sanden-Mandel vom Deutschen Ringerverband eine Herausforderung an den besten Ringer des Sportpalastes, Sztekker (Warschau), ergehen lassen. Für diesen Kampf wurden von beiden Seiten je 500 Mark beim Schiedsrichter deponiert. Der Kampf selbst brachte eine bittere Enttäuschung durch Sanden-Mandel. Unter den stürmischen Zurufen der Zuschauer konnte Sztekker den Herausforderer auf beide Schultern legen.

Die Unwetterfolgen in den Alpen

Messagero meldet, daß in Klausen der untere Teil der Straße überschwemmt ist. Der Fluß erreichte bis 10 Uhr abends 4.20 Meter über dem Normalstand. Nachrichten aus Sterzing besagen, daß die Ueberbleibsel von fünf zerstörten Brücken durch den Fluß mitgeführt werden. Die Nationalstraße ist an vier Punkten unterbrochen. Der Schaden soll zwei Millionen Lire betragen. Im Passeiertal beträgt der Schaden über eine Million Lire. Die Nationalstraße Del Jago ist auf einer Strecke von drei Kilometern überschwemmt.

Ein Rheindamm gesprengt

Der Rheindamm bei Bendern ist gestern abend gesprengt worden, um den Fluten des Hochwassers, die hier einen Stand von vier Metern erreichten, einen Abfluß in den Rhein zu schaffen. Die Sprengung war erfolgreich.

Neue Erdstöße im Baikalgebiet

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Baikalgebiet neue Erdstöße verspürt worden. 14 Häuser sind eingestürzt, sechs stark beschädigt. Ob Menschen umgekommen sind, ist noch unbekannt.

Kinoeinsturz in Argentinien

Zahlreiche Tote und Verwundete

In der Stadt Goya in der argentinischen Provinz Corrientes stürzte während einer Vorstellung die Galerie eines Lichtspieltheaters ein. Etwa 70 Zuschauer, **meist Frauen und Kinder, wurden** getötet oder schwer verletzt.

Ein ägyptischer Blaubart

Wie aus Kairo gemeldet wird, ist dort ein Kaufmann namens Tautal zum Tode verurteilt worden. **Er hatte sechzig Frauen im Laufe von 30 Jahren geheiratet** und sich von einer Anzahl seiner Gattinnen durch Mord befreit.

Raubtierausbruch auf hoher See

Das Schiff in Seenot

Nach einem in Bremerhaven aufgefangenen Telegramm des englischen Dampfers „Duke of Winchester“ hat dieser im Ozean den französischen Dampfer „St. Etienne“, der einen großen Transport von Raubtieren für die zoologischen Gärten von London und Manchester durchführte, in höchster Seenot getroffen. **Der Dampfer hatte eine Kesselexplosion erlitten und begann zu sinken. Hierbei gelang es nach der gleichen Meldung einer Anzahl von Tigern und Affen, aus ihren Käfigen auszubrechen und das Deck zu erreichen.** Die Mannschaft mußte sich in die Kajüten flüchten und eröffnete von hier aus ein Gewehrfeuer auf die Tiere.

Wechselschwindel in Kattowitz

Am Sonnabend wurde bei der Kattowitzer Postsparkasse von einer noch nicht ermittelten Person ein Wechsel in Höhe von 140 000 Zloty, auf das polnische Eisenhüttensyndikat lautend, präsentiert und gelangte zur Auszahlung. Später stellte sich auf Rückfrage heraus, daß der Wechsel gefälscht war. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Dorpmüllers Geschäft ist nicht in Ordnung

Ein Auto von einem Zuge erfaßt

An einem ungesicherten Bahnübergange (!) der Kleinbahn Erfurt—Nottleben wurde bei Gilpersleben der Personenwagen des Schaustellers Schmalfuß aus Halle vom Zuge erfaßt und durch den starken Anprall in den Chausseegraben geworfen. Der Besitzer starb kurze Zeit nach der Einlieferung in das Krankenhaus, während der Kraftwagenführer mit dem Schrecken davonkam.

Aus dem Fenster gesprungen

In einem Anfall geistiger Störung sprang am Dienstag in Leipzig in der zwölften Stunde ein 28jähriges Dienstmädchen aus einem Fenster einer im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung. Ein vorübergehender Mann wäre beinahe in Mitleidenschaft gezogen worden. Er kam aber noch glücklich vorüber, als die Abstürzende hinter ihm auf das Pflaster aufschlug. Mit schweren inneren Verletzungen wurde das Mädchen dem Krankenhaus zugeführt.

Neue Todesfälle wegen spinaler Kinderlähmung

In Leipzig hat sich die Zahl der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung um 10 vermehrt. Neue Todesfälle sind nicht zu verzeichnen. Durch das Hinzutreten weiterer Erkrankten ist die Gesamtzahl der Kranken auf 129 gestiegen. 17 sind bis jetzt gestorben.

Rollkommando-Wahlen

Wie in Rumänien die „freien Wahlen“ durchgeführt werden, läßt das Rundschreiben des Bezirkspräfekten von Putna, Chitulescu, heißt der Wahlmacher, deutlich erkennen. In der Anweisung wird folgendes befohlen: In jeder Gemeinde werden verschiedene Wahlhelfergruppen aufgestellt. Die eine Gruppe, mit dem Gemeinderat und dem Notar an der Spitze, muß alle Wähler aufsuchen und für die Kandidaten der Regierung verpflichten.

Oppositionsführer werden verhaftet und abgeschoben. Ein Rollkommando hat dafür zu sorgen, daß Gegner bald nicht mehr vorhanden sind. Kein Wähler darf der Kontrolle und der „Ueberzeugungsversuche“ entgehen. Zweifelhaften ist der Wählerausweis abzunehmen. Schließlich kündigt Herr Chitulescu an, daß er und der Vorsitzende der politischen Ortsorganisation die strikte Durchführung der Anweisungen überwachen werden. In diesem Zeichen wird dieser Bezirkspräfekt von Putna siegen!

Vielleicht ist dies ein geeignetes Rezept zur Durchführung der kommenden Wahlen im Bürgerblock-Deutschland . . .

Hindenburg, der hundertprozentige Retter

„Zeichnet Kriegsanleihe . . ., außerdem ist die Verzinsung eine ganz vorzügliche.“

Und der fünfprozentige Retter

„Ich meine, die kleinen Sparer können froh sein, wenn sie überhaupt noch etwas von ihrem Gelde wiedersehen.“

Hochwasser und Hindenburg-Spende

In bekannter großagrarischer Verlogenheit erklärt der Vorstand der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, „daß die ganze Provinz durch die abnormen Witterungsverhältnisse unermeßlichen Schaden erlitten hat und überall große Not herrscht“. Darum werden dann Steuer-, Kredit- und Lombardierungsmaßnahmen und Beihilfen usw. gefordert, die in üblicher Weise natürlich nur für die Großgrundbesitzer gedacht sind. In Brandenburg gibt es einige Unwettergebiete, dabei besonders das kleinbäuerliche Spreewaldgebiet. Die maßlosen Uebertreibungen der Landwirtschaftskammer haben nur den Sinn, die staatlichen Mittel nicht den geschädigten Klein- und Mittelbauern, sondern den Großagrariern zufließen zu lassen. Durch Ernteberichte der Landarbeiter hat die kommunistische Presse nachgewiesen, daß die Ernte auf den Großgütern in der Provinz Brandenburg durchschnittlich eine gute ist, auch die amtlichen Berichte sprechen von einer mittelguten Ernte.

Während die brandenburgische Landwirtschaftskammer den geschädigten Bauern eine staatliche Unterstützung entziehen und den Großagrariern zuschanzen will, fordert sie die Bauern gleichzeitig auf, „einen Beitrag zur Hindenburg-Spende“ zu geben. Zum Zahlen sind die werktätigen Bauern für die Großagrarier immer gut genug. Keinen Pfennig darf der Bauer für diesen Rummel auswerfen! Bauern, kämpft mit den Kommunisten gegen die kapitalistische Regierung, für die volle Entschädigung der geschädigten Bauernschaft.

Profite aus Arbeiterblut

Bei Bauarbeiten in Toulon wurden durch einen vorzeitig (!) explodierenden Sprengschuß zwei Mann getötet und drei schwer verletzt.

Mit der Holzladung in die Elbe

geriet ein Fuhrmann, der bei Breitenhagen übersetzen wollte und trotz Warnung des Fährmanns den abschüssigen Weg zur Fährstelle hinunterfuhr. Das Gefährt und den Kutscher brachte man wieder heraus, die Holzladung ging verloren.

Könnecke, der Ostasienreisende, hat nach verschiedenen Meldungen seinen Weiterflug noch nicht angetreten. Er sitzt noch in Angora.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, den 29. September:

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Lindström-A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 18.05 bis 18.15 Uhr: Steuerrundfunk. 18.15 bis 18.30 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Spanisch für Fortgeschrittene. 19 bis 19.30 Uhr: Vortrag: „Formen und Stufen der Liebe.“ 19.30 bis 20 Uhr: „Hermann Sudermann zu seinem 60. Geburtstage.“ 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Hörspiel: Heimat. Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann. Personen: Schwartze, Oberstleutnant. Magda, Marie, seine Kinder aus erster Ehe. Auguste, geb. von Wendlowski, seine zweite Frau. Franziska von Wendlowski, deren Schwester. Max von Wendlowski Leutnant, beider Neff. Heffterdingk, Pfarrer zu St. Marien. Dr. von Keller, Regierungsrat. Professor Beckmann, pensionierter Oberlehrer. von Klebs, Generalmajor a. D. Frau von Klebs. Frau Landgerichtsdirektor Ellrich. Frau Schumann. Therese, Dienstmädchen bei Schwartze. Ort der Handlung: Wohnung des Oberstleutnants Schwartze in einer mittleren Garnisonstadt. Zeit: um 1890. 22 Uhr: Funkpranger. 22.05 Uhr. Presseberícht und Sportfunk. 22.30 Uhr: Funkstille.

Freitag, den 30. September:

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Triphonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 18.05 bis 18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin: Englisch für Fortgeschrittene. 19 bis 20 Uhr: Dichter am Mikrophon. 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Orchesterkonzert. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Funkbrettl.

Sonnabend, den 1. Oktober:

Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10 Uhr: Uebertragung der Oeffentlichen Hauptversammlung der 16. Sächsischen Berufsschultagung und Vertreterversammlung des Sächsischen Berufsschulvereins in Chemnitz. Vortrag: „Die sittliche Erziehung für den Beruf.“ Anschließend: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto), Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 18 bis 18.30 Uhr: Deutsche Welle, Brelin: Technischer Lehrgang für Facharbeiter. 18.30 bis 18.45 Uhr: Funkbastelstunde. 18.45 bis 19 Uhr: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts.“ 19 bis 19.30 Uhr: „Eine zoologische Exkursion im Wohnhaus.“ 19.30 bis 20 Uhr: „Vom Wesen der Landwirtschaft.“ 2. Vortrag. 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Aus dem Schaffen von Anton Dvorak. 2. Abend. 21.15 Uhr: Lachen im Herbst. 1. Inserat. 2. Der große Krebs im Mohriner See. 3. Der beste Vogl. 4. Metzelsuppen-Lied. 5. Es gibt im Leben nur ein Ding. 6. Die Altweibermühle. 7. Ein Augenblick. 8. Oktoberlied. Dazwischen: Heitere Lieder im Volkston. 22.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.45 bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland Fortbestand des schönen Herbstwetters. Für das übrige Deutschland überall beständiges Wetter, nachts sehr kühl und strichweise neblig.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

Aus dem Geschäftsverkehr

Die Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“, die bereits zwei Verkaufsstellen am Platze besitzt, eröffnet am Donnerstagmorgen Steinweg 30 a, direkt am Rannischen Platz, eine weitere Filiale. Dieselbe ist auf das allermodernste, zweckmäßigste und praktischste eingerichtet.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. – Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Samisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Stadtorganisation Halle. Sämtliche Parteigenossen und -genossinnen nehmen am Freitag, dem 30. September, im „Volkspark“ an der Kundgebung gegen die Kulturreaktion teil.

Halle. Stadtteil Norden. Zellengruppe 2 (Trotha). Donnerstag, 29. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ Zellengruppenversammlung. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Halle. Stadtteil Zentrum. Donnerstag, 28. Sept., abends 6 Uhr, in der „Goldenen Kette“ Stadtteilleitungssitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zscherben-Nietleben. Freitag, 30. Sept., 8 Uhr, bei Bolze öffentliche Freidenkerversammlung, wozu alle Parteigenossen und RFB.-Mitglieder eingeladen sind. Thema: „Warum zahlen wir Kirchensteuern.“

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Agitpropsitzung. Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend.

Zeitz. Heute abend 8 Uhr in der „Kaffeeschänke“ Probe der Theatergruppe. Interessenten können teilnehmen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Nordhausen. Donnerstag, 29. Sept., 8 Uhr, bei Heinemann wichtige Funktionärversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Ammendorf. Heute abend 8 Uhr im „Burgschlößchen“ große Funktionärsitzung. Sämtliche Funktionäre haben daran teilzunehmen.

Passendorf-Beuchlitz. Donnerstag, 29. Sept., abends 8 Uhr, in Passendorf, „Drei Lilien“, gemeinsame Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wettin. Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Mayer.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Vollversammlung in „Stadt Leipzig“.

Mücheln. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Rattmannsdorf. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Goddula. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung „Grüner Hof“. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. RFB. und RJ. Mittwoch, 28. Sept., Abendausfahrt aller Radfahrer. Treffen 7 Uhr am Rosalskiweg

Weißenfels. Mittwoch, 28. Sept., Quartierkommission. Sitzung 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Weißenfels. Freitag, 30. Sept., Sitzung der gesamten RJ.-Gautreffen-Kommission 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hohenzollernpark“. Erscheinen aller ist Pflicht.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 30. Sept., Mitgliederversammlung der Abteilung Wittenberg.

Untergau Delitzsch

Glesien. Freitag, 30. Sept., Mitgliederversammlung beim Genossen Naue. Alle Kameraden müssen erscheinen, sowie Freunde des RFB. können daran teilnehmen.

Weißenfels. Mittwoch, 28. Sept., treffen sich alle Mitglieder ab 5 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Weißenfels. Alle früheren Zehnerschaftskassierer haben die Fragebogen bis spätestens Sonnabend wieder einzuholen und sofort abzuliefern.

Zeitz. Freitag, 30. Sept., Leseabend.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Gruppenabend im Lokal „Erholung“.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, 28. Sept., Diskussionsabend. Thema: Das Kapital.

Unterbezirk Bitterfeld

Brehna. Donnerstag, 29. Sept., 8 Uhr, Generalversammlung in der „Erholung“.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, Lokal Reißenhauer Monatsversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Adresse der Gauführung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 18.

Am Freitag, dem 30. September, beteiligen sich alle Kameraden in Bundeskleidung an der Kundgebung gegen das Reichsschulgesetz im „Volkspark“.

Mitteilung der Gauführung. Alle Ortsgruppen, welche ihre Beiträge zur Rußland-Delegation noch nicht abgeführt haben, werden aufgefordert, das Geld sofort unter Stichwort „Delegation“ an die Gauführung abzusenden. **Die Gauführung.**

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abt. 1 (Osten). Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Funktionärsitzung.

Halle. Abt. 2 (Westen). Donnerstag, 29. Sept., abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher“ Funktionärsitzung.

Halle. Abt. 4 (Norden). Freitag, 30. Sept., im „Lüderitzberg“, Reilstraße, Revision. Spielleute haben mit allem Bundeseigentum anzutreten.

Halle. Abt. 5 (Zentrum). Donnerstag, 29. Sept., abends 8 Uhr, bei Wötzel, Unterberg, Funktionärsitzung.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Jungfrontfraktion. Mittwoch abend 8 Uhr im „Volkspark“ wichtige Sitzung aller Genossen, welche in der RJ. organisiert sind. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Halle. Musikspieler. Mittwoch abend 8 Uhr in der Jugendherberge (Weingärten) Uebungsstunde

Halle. Donnerstag abend pünktlich ½8 Uhr große Mitgliederversammlung in der Jugendherberge (Weingärten). Zehnerschaftsführer, ladet ein. Mitgliedsbücher mitbringen

Halle. Freitag abend 8 Uhr Teilnahme an der Protestkundgebung gegen den Schulgesetzentwurf im „Volkspark“.

Unterbezirk Merseburg

Neumarkt. Donnerstag, 29. Sept., abends 8½ Uhr, Gruppenabend Lokal Schumann.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 29. Sept., 8 Uhr, Mitgliederversl. im Gewerkschaftshaus.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Donnerstag nachm. 6 Uhr auf dem Sandanger Uebungsstunde des Spielmannszuges.

Halle. Freitag nachm. 6 Uhr in der Produktiv. Unterhaltungsabend. Mädels, bringt Sticknadeln; die Jungens Handwerkszeug mit. Uebrige Brettspiele könnt Ihr mitbringen.

Halle. Sonnabend nachm. ½5 Uhr erscheinen alle Genossen, welche Funktionäre sind, in der Produktiv.

Ammendorf. Freitag, 30. Sept., ½6 Uhr, im Heim Versammlung.

Zeitz. Am 1. und 2. Oktober findet in Gera ein Jungspartakustreffen statt. Wir ersuchen alle Pioniere, sich daran zu beteiligen. Fahrgeld 1,30 Mark. Alle Anmeldungen müssen bis zum Mittwoch, 29. September, beim Leiter, Genosse Stück, Rahnestraße 12, getätigt sein. Abfahrt Sonnabend, 1. Oktober.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Halle. Mittwoch, 28. Sept., abends 8 Uhr, Zusammenkunft von „Klassenkampf“-Lesern im Lokal Lohse, am Wasserturm.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

Sieben. Freitag, 30. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser Versammlung.

Halle. Alle Mitglieder der IAH. beteiligen sich an der am Freitag stattfindenden großen öffentlichen Versammlung im „Volkspark“ gegen die Schulreaktion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270928-12/fragment/page=0012
DFG